RCHITEKTUR DER DDR

39









Hiddensee. *Zeichnungen: Frank Rotheiler, Stralsund*





Die Zeitschrift „Architektur der DDR" erscheint monatlich

Jahresbezugspreis
DDR: 06000, Ausland: 120,– DM

Einzelheftpreis
DDR: 00500, Ausland: 10,– DM

Die Bezugspreise für das Ausland gelten ausschließlich Mehrwertsteuer, Verpackung und Versand.

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der DDR:
Sämtliche Postämter und der VEB Verlag für Bauwesen Berlin

BRD und Berlin (West):
ESKABE Kommissions-Großbuchhandlung, Postfach 36, 8222 Ruhpolding/Obb.; Helios Literatur-Vertriebs-GmbH, Eichborndamm 141/167, Berlin (West) 52; Kunst und Wissen, Erich Bieber OHG, Postfach 46, 7000 Stuttgart 1; Gebrüder Petermann, Buch + Zeitung INTERNATIONAL, Kurfürstendamm 111, Berlin (West) 30

Österreich
Helios Literatur-Vertriebs-GmbH & Co. KG, Industriestr. B 13, 2345 Brunn am Gebirge

Schweiz:
Verlagsauslieferung Wissenschaft der Freihofer AG, Weinbergstr. 109, 8033 Zürich

Im übrigen Ausland:
Der internationale Buch- und Zeitschriftenhandel, Auslandsbezug wird auch durch den AHB Buchexport der DDR, DDR – 7010 Leipzig, Leninstraße 16, und durch den Verlag vermittelt.

Gesamtherstellung
Druckerei Märkische Volksstimme, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01), Potsdam, 1561 Printed in GDR,

Anzeigen
Alleinige Anzeigenverwaltung: VEB Verlag Technik, Oranienburger Straße 13/14, Berlin, 1020, PSF 201, Fernruf 28700, Gültiger Preiskatalog 286/1

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen,
Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Verlagsdirektor: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 20410, Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin, Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR"
Träger des Ordens Banner der Arbeit
VEB Verlag für Bauwesen,
Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Telefon 2041267 · 2041268
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR
Artikelnummer: 5236

Redaktionsschluß
Kunstdruckteil: 5. Januar 1988
Illusteil: 11. Januar 1988

Titelbild:
Neue und rekonstruierte Bauten am Alten Markt in Halle (Städtebauliche Konzeption: Dr.-Ing. Wulf Brandstädter) Foto: Erika Mielisch, Halle

Fotonachweis:
R. Lehmann, Berlin (9); E. Mielisch, Halle (1); U. Wüst, Berlin (2); A. Felz (13); G. Hoffmann, Berlin (3); K. R. Ulrich, Merseburg (1); Ch. Rosenkranz (1); IfD/J. Fritz, (1); IfD/Meßbildarchiv (1); H. Scholz, Berlin (2); G. Krenz, Berlin (1); Bundesbildstelle Bonn/Reincke (1); G. Stappenbeck, Berlin (1); H. Fernau, Berlin (3); K. Völker, Cottbus (2); R. Hartmetz, Frankfurt (O.) (1); W. Rietdorf, Berlin (4)

ISSN 0322-3413
Architektur der DDR Berlin **38** (1989), März **3**, S. 1–56

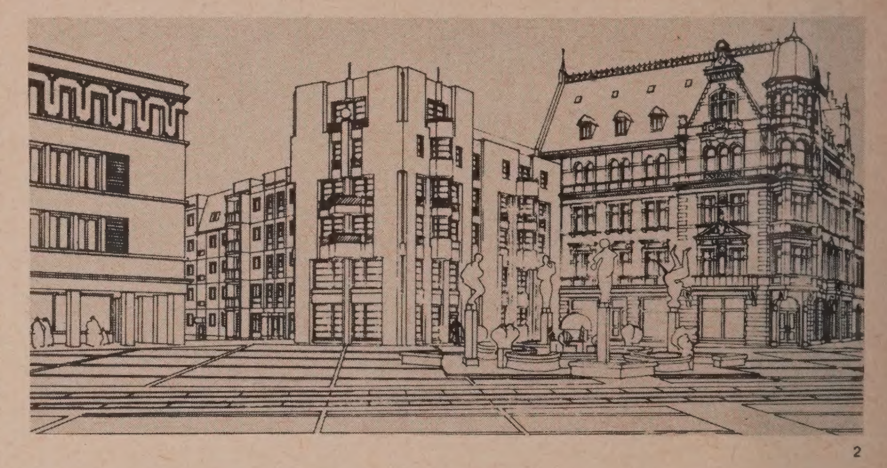
ARCHITEKTUR DER DDR

3 '89

Akademischer Festakt der Bauakademie der DDR

Die Bauakademie der DDR verlieh am 8. Dezember 1988, am Jahrestag ihrer feierlichen Eröffnung, in einem akademischen Festakt an verdiente Persönlichkeiten die Ehrendoktorwürde.
Prof. Dr.-Ing. Dr. e. h. Heinz Präßler wurde geehrt für seine Leistungen bei der Entwicklung und Anwendung moderner Technologien zur Industrialisierung von Bauprozessen und der Einführung der Rechentechnik im Bauwesen. Als langjähriger Rektor der Ingenieurhochschule Cottbus hat er die fruchtbringende Zusammenarbeit von Forschung, Lehre und Produktion gefördert und zur Herausbildung von zwei Generationen praxisverbundener Bauingenieure beigetragen.
Dr. e. h. Günter Körbel hat seit anderthalb Jahrzehnten als Generaldirektor des VEB Bau- und Montagekombinat Erfurt hohen persönlichen Anteil an der wissenschaftlich-technischen Entwicklung des Industriebaus. In dem von ihm geleiteten Kombinat wurden in enger Verbindung von Wissenschaft und Produktion in den produktionsvorbereitenden Prozessen die CAD-Technik eingeführt sowie neue Bauwerke für volkswirtschaftlich bestimmende Industriezweige entwickelt und realisiert.
Dr. e.h. Wilfried Schütze erhielt die Ehrendoktorwürde für seinen wissenschaftlichen Beitrag, den er als Leiter der Staatlichen Bauaufsicht für die Industrialisierung des Bauwesens, besonders bei der Verwirklichung des technisch-technologischen Fortschritts in den Bauprozessen, des stand- und funktionssicheren Bauens sowie die Gewährleistung der Qualität und Dauerbeständigkeit der Bauwerke geleistet hat.
Die feierliche Überreichung der Promotionsurkunden nahm der Präsident der Bauakademie der DDR, Prof. Dr. sc. techn. Hans Fritsche, vor.
Die Ehrenpromovenden dankten für die hohe Ehrung und sprachen in Festvorträgen über ihre reichen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse, deren praktische Umsetzung wesentlich zur erfolgreichen Intensivierung im Wohnungs- und Industriebau sowie zur Qualitätssicherung in allen Bereichen des Bauwesens beitrugen.
An dem akademischen Festakt nahmen teil das Mitglied des ZK der SED, der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz, Lothar Lindner, der Stellvertreter des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Dr. Groschupf, der Stellvertreter des Ministers für Bauwesen, Dieter Haselhorst, sowie weitere Repräsentanten des Bauwesens und des Hochschulwesens der DDR.

1



2

Architekturgeschichte der DDR

Am Bauhaus Dessau trafen sich Ende November 1988 Baugeschichtsforscher der DDR zu einem Arbeitsseminar der Bauakademie der DDR, um in Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR ein gemeinsames Projekt zur Erforschung der Geschichte der Achitektur und des Städtebaues in der DDR zu beginnen.
Bis Oktober 1989 werden Thesen, die die Entwicklung von Städtebau und Architektur seit dem Sieg über den Hitlerfaschismus nachzeichnen, ausgearbeitet sowie ein langfristiges Forschungsprojekt zur Vorbereitung einer Buchpublikation zur DDR-Architekturgeschichte und zum systematischen Aufbau der Architektursammlungen am Bauhaus Dessau vorgelegt.

Erfurter „Palmenhaus"

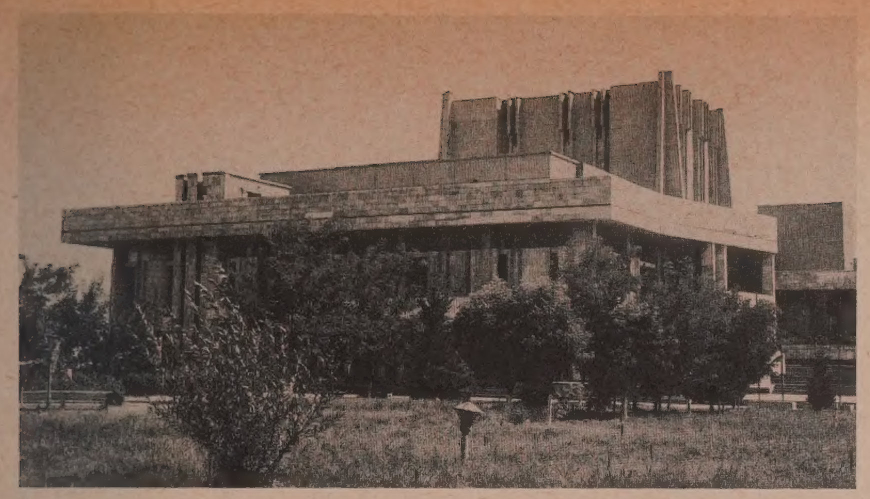
Neben der Lorenzkirche am Anger wurde 1988 das in nur viermonatiger Bauzeit rekonstruierte, lange Jahre wegen Baufälligkeit gesperrte „Palmenhaus" wiedereröffnet. Das genau 100jährige ehemalige Erfurter Palmenhaus ist ein bedeutendes Denkmal der Glashaus-Architektur und als solches in unserem Lande einmalig.
Die Bauleute des Wohnungsbaukombinates Erfurt werden das „Haus der Baukunst" künftig als ihr Kommunikations- und Ausstellungszentrum nutzen. Das wiedererstandene Objekt von architektonischer Einzigartigkeit präsentiert in seinem Foyer, Kuppelsaal sowie auf dem von Säulengängen eingerahmten Rang zahlreiche Modelle von Bauobjekten und Entwürfen für Stadtzentren.

3



4





5



6

1 *Wohnbebauung Otto-Grotewohl-Straße in Berlin. Chefarchitekt Dr.-Ing. Helmut Stingl*

2 *Projekt für einen Wohnungsbau am Markt von Halle. Architekten W. R. Thäder, A. Bollmann*

3 *Oberschule in Saint-Quentin-en-Yvelines. Architekt C. Hauvette*

4 *Verwaltungsgebäude in Zürich. Architekt T. Hotz*

5 *Musikalisch-dramatisches Theater in Dshisag (UdSSR). Architektin A. Koslowa*

6 *Kindergarten in Shemtschushnig (UdSSR)*

7 *Modell der Neubebauung des alten Hafengebietes in Rotterdam. Architekt T. Koolhaas*

8 *Wohnbauten in Odense. Architekten Schmidt, Hammer und Lassen*

Das größte Kino der Welt

„Kinepolis", das größte Kinotheater der Welt, soll in diesem Jahr in Brüssel seine Pforten eröffnen. „Kinepolis" wird in 23 Kinosälen insgesamt 7000 Plätze haben. Der kleinste Kinosaal hat 150 Plätze, der größte ist für 700 Besucher eingerichtet. Der Kinopalast wird ein vielfältiges, ständig wechselndes Programm mit neuester Kinotechnik bieten. Zum Angebot für die Kinobesucher gehört auch ein Babysitter-Service.

„Kinepolis" ist Teil eines im Bau befindlichen Vergnügungszentrums „Brupark" in der belgischen Hauptstadt, zu dem u. a. auch ein Dorf mit zahlreichen Restaurants und andere attraktive Einrichtungen für die Freizeit gehören werden.

Mehr komfortable Wohnungen

Detaillierte Entwürfe für große Neubaugebiete mit allen erforderlichen Gesellschaftsbauten sowie für die Rekonstruktion und Modernisierung historisch wertvoller Gebäude und Straßenzüge nehmen gegenwärtig auf den Reißbrettern ukrainischer Architekten Gestalt an.
Rund 5,5 Millionen Wohnungen sollen in der Ukrainischen SSR bis zum Jahre 2000 errichtet werden, um bis dahin jede Familie mit eigenem Wohnraum oder einem Eigenheim zu versorgen. Dabei geht es nicht nur um schnelles und effektives Bauen, sondern auch um die Erhöhung der Qualität der Neubauten, um höheren Wohnkomfort, wofür ein spezieller Wettbewerb ausgeschrieben wurde. Zugleich soll die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner von derzeit 15 auf 20 Quadratmeter erhöht werden.
Eine zusätzliche Maßnahme für eine Beschleunigung des Wohnungsbaus ist die stärkere Förderung des individuellen Bauens. Sein Anteil am gesamten Wohnungsbau soll erheblich steigen.

Landschaftsverbrauch

In der BRD werden täglich noch immer bis zu 120 Hektar Land für Bauzwecke aller Art „verbraucht", insbesondere für Bauvorhaben von Industrie, Gewerbe und Verkehr sowie für den Wohnungsbau. Das wird in einem Gutachten des „Deutschen Rates für Landespflege" in der BRD festgestellt, das vor einiger Zeit der Bundesregierung übergeben wurde. Ein Landschaftsverbrauch in dieser Größenordnung sei nicht mehr zu verantworten. Der Rat fordert einen verschärften Schutz der Landschaft.

2000: 6,2 Milliarden Menschen

Aus der Weltbevölkerungstabelle der UNO geht hervor, daß Mitte 1988 5,1 Milliarden Menschen auf der Erde lebten. Noch immer wächst die Erdbevölkerung jährlich um 1,7 Prozent. 1988 betrug der Zuwachs 87 Millionen. Nach den Berechnungen der UNO werden um die Jahrtausendwende bereits 6,2 Milliarden und im Jahre 2025 etwa 8,5 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Damit werden große Anstrengungen im Wohnungsbau verbunden sein.

XVII. UIA-Kongreß

Der XVII. Kongreß des Internationalen Architektenverbandes wird vom 27. 5. bis 1. 6. 1990 in der kanadischen Stadt Montreal stattfinden. Zur Diskussion stehen dort als Generalthema „Kulturen und Technologien". Als Unterthemen sind vorgesehen:
– Maßstäbe der Qualität der baulichen Umwelt
– Kulturelle und technologische Standpunkte zur Entwicklung der Architekturqualität
– Strategische Maßnahmen für eine bessere bauliche Umwelt.

In Arbeitsgruppen sollen verschiedene Aspekte dieser Thematik, von demografischen Trends, über soziale und ökonomische Gesichtspunkte bis zur Ausbildung und Praxis der Architekten, erörtert werden.

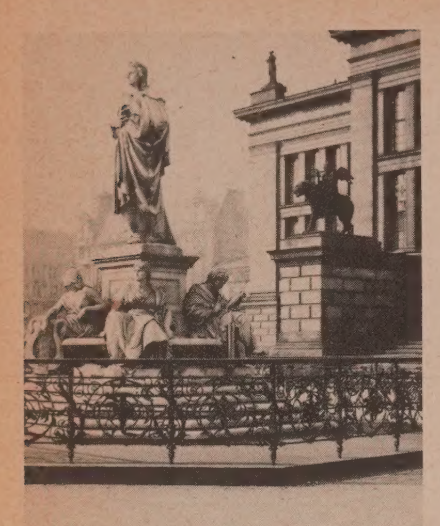
7



8



Schillerdenkmal wieder vor dem Schauspielhaus

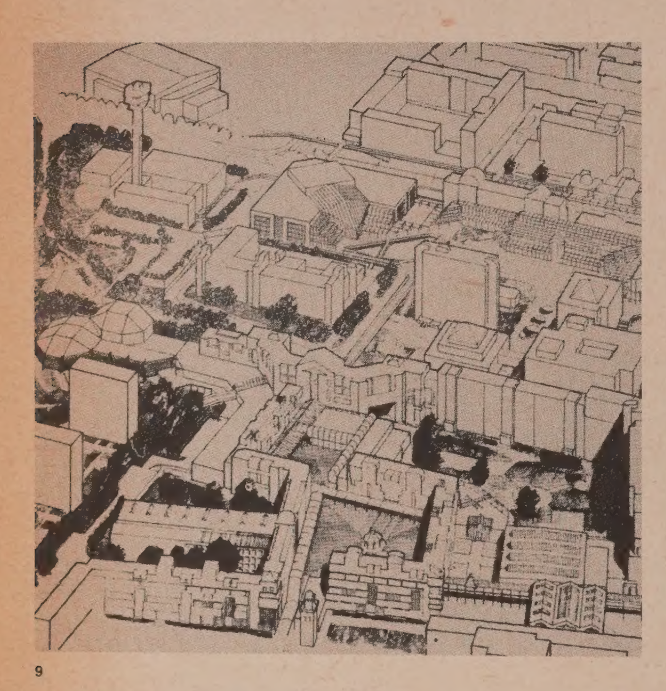


Nach umfangreichen Restaurierungs- und Rekonstruktionsarbeiten in den VEB Denkmalpflege Berlin bzw. Stuck und Naturstein Berlin ist das marmorne Denkmal Friedrich Schillers auf seinem ursprünglichen Standort vor dem Schauspielhaus am Platz der Akademie in Berlin aufgestellt worden. Das Werk des Berliner Bildhauers Reinhold Begas (1831 bis 1911) war 1871 auf dem damaligen Gendarmenmarkt feierlich enthüllt worden. Im Jahre 1936 hatten die Nazis das kostbare Bildwerk bei der Umgestaltung des Platzes für faschistische „Heldenfeiern" entfernen lassen. Die Figur des aufrechtstehenden, in eine imaginäre Ferne blickenden und mit einem Lorbeerkranz geschmückten Dichters, wurde 1986 im Rahmen eines Kulturgüteraustausches aus Westberlin in die DDR-Hauptstadt zurückgeführt. Nach der Restaurierung und teilweisen Ergänzung der vier Begleitfiguren Lyrik (mit Harfe), Dramatik (mit Dolch), Geschichte (mit Schreibtafel) und Philosophie (mit Pergamentrolle) sowie der Neuanfertigung des relief- und löwenkopfgeschmückten Sockels, der Brunnenschalen sowie der Stufen konnte das Monument Ende 1988 aufgestellt werden. Es ist ein interessantes Zeugnis für den hohen Stand der Bildhauerkunst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nach der Grundsteinlegung für das Denkmal zum 100. Geburtstag Friedrich Schillers (1859) gewann der junge Begas eine „Concurrenz-Ausschreibung" des Berliner Magistrats, an der sich 25 Bildhauer beteiligt hatten. Besonderen Beifall der Jury, der auch der Maler Adolph Menzel angehörte, fanden die auf dem Brunnen sitzenden weiblichen Allegoriefiguren. Die Plastiken wurden restauriert. H. Caspar



Links: Das Denkmal um 1900

Rechts: Das wieder aufgestellte Denkmal für Friedrich Schiller vor dem Schauspielhaus auf dem Berliner Platz der Akademie



9



10

9 *Bebauungskonzept für die Neugestaltung des Zentrums von Pardubic. Architekten Konašova, Rezač, Moudry*

10 *Neues Institutsgebäude für Elektro- und Datentechnik der Technischen Hochschule in Trondheim. Architekt P. Knudsen*

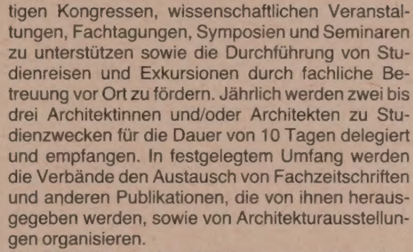
11 *Zeichnung von M. Bärmich aus „bim" 1/89*



Herzliche Glückwünsche

Dipl.-Ing. Hans-Joachim Kertscher, Zwickau, 1. April 1939, zum 50. Geburtstag
Architekt Fritz Penseler, Leipzig, 1. April 1929, zum 60. Geburtstag
Bauingenieur Hans-Joachim Gregor, Berlin, 4. April 1929, zum 60. Geburtstag
Bauingenieur Ingeborg Halle, Halle, 5. April 1939, zum 50. Geburtstag
Bauingenieur Horst Kolbow, Wismar, 5. April 1929, zum 60. Geburtstag
Bauingenieur Ingeborg Prowatschker, Halle, 6. April 1929, zum 60. Geburtstag
Dr.-Ing. Jürgen Barth, Dresden, 7. April 1939, zum 50. Geburtstag
Innenarchitekt Hartmut Pfannschmidt, Meiningen, 7. April 1929, zum 60. Geburtstag
Bauingenieur Gerhard Rösler, Cottbus, 8. April 1914, zum 75. Geburtstag
Dipl.-Gärtner Heinz Wilcke, Berlin, 8. April 1929, zum 60. Geburtstag
Dr.-Ing. Peter Höhnel, Osterburg, 9. April 1939, zum 50. Geburtstag
Bauingenieur Hiltrud Wagner, Gera, 10. April 1939, zum 50. Geburtstag
Dr. Rolf Linke, Berlin, 11. April 1939, zum 50. Geburtstag
Dipl.-Arch. Conrad Merkel, Karl-Marx-Stadt, 12. April 1924, zum 65. Geburtstag
Dipl.-Ing. Ingrid Tieze, Greitschen, 13. April 1939, zum 50. Geburtstag
Dipl.-Gärtner Dietrich Timm, Rostock, 13. April 1939, zum 50. Geburtstag
Obering. Dr. Helmut Broyer, Jena-Lobeda, 14. April 1939, zum 50. Geburtstag
Ing. Peter-Albrecht Kluge, Dresden, 14. April 1924, zum 65. Geburtstag
Dr.-Ing. Arnold Körner, Dresden, 14. April 1939, zum 50. Geburtstag
Architekt Hans Peters, Osterweddingen, 15. April 1914, zum 75. Geburtstag
Dr. Karl-Heinz Wendisch, Berlin, 16. April 1939, zum 50. Geburtstag
Dipl.-Grafiker Ernst Müller, Greiz, 17. April 1924, zum 65. Geburtstag
Dipl.-Arch. Tassilo Neuber, Berlin, 18. April 1939, zum 50. Geburtstag
Dr.-Ing. habil. Gerhart Seyfert, Dresden, 18. April 1914, zum 75. Geburtstag
Dipl.-Ing. Bernd Fischer, Leipzig, 19. April 1939, zum 50. Geburtstag
Hochbauing. Günter Hänelt, Berlin, 19. April 1914, zum 75. Geburtstag
Dipl.-Gewi. Kurt Schneider, Neuenhagen, 20. April 1929, zum 60. Geburtstag
Architekt Peter Kretschmar, Leipzig, 21. April 1939, zum 50. Geburtstag
Architekt Walter Wagner, Schwanebeck, 22. April 1929, zum 60. Geburtstag
Bauingenieur Hans Zöllick, Rostock, 26. April 1924, zum 65. Geburtstag
Hochbauing. Harry Reichert, Berlin, 28. April 1929, zum 60. Geburtstag
Dipl.-Gärtner Günter Mertel, Berlin, 30. April 1929, zum 60. Geburtstag

Langfristige Zusammenarbeit zwischen den Architektenverbänden der DDR und der BRD vereinbart



1 *Die Präsidenten Prof. Ewald Henn und Dipl.-Ing. Erhard Tränkner nach der Unterzeichnung der Vereinbarung*

2 *Fußgängerbereich in Bad Godesberg*

3 *Wohnungsneubau in Bonn*

4 *Innerstädtische Lückenbebauung in Köln*

Ganz im Sinne der von unserem sozialistischen Staat beharrlich verfolgten Politik der Vernunft, des Realismus und des Friedens ist der Bund der Architekten der DDR bestrebt, gute Beziehungen mit allen Architektenverbänden der Welt, die in der UIA vereinigt sind, zu pflegen.

Auf der Grundlage der bei dem offiziellen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland getroffenen Abkommen konnte nun auch eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Bund der Architekten der DDR (BdA) und dem Bund Deutscher Architekten (BDA) in der BRD abgeschlossen werden. Am 30. November 1988 unterzeichneten die Präsidenten beider Verbände die Vereinbarung anläßlich eines Empfangs des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auf der Bonner Godesburg, an dem der Parlamentarische Staatssekretär Jürgen Echternach, der Kulturattaché der Ständigen Vertretung der DDR in der BRD, Otto Brandstädter, sowie Architekten und Vertreter des öffentlichen Lebens teilnahmen.

Beide Verbände werden mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung schrittweise eine fachlich orientierte Zusammenarbeit entwickeln, die der Sicherheit des Friedens dient und das gegenseitige Verständnis fördert. Als Gegenstand der Zusammenarbeit betrachten sie übereinstimmend die Diskussion über Arbeitsergebnisse und den Erfahrungsaustausch auf den Gebieten von Städtebau und Architektur. Dabei stehen folgende Themen im Vordergrund:

- Perspektiven der Architektur und des Städtebaues
- Stadtentwicklung und Stadterneuerung
- Entwicklung des Wohnungsbaues sowie Erhaltung und Modernisierung der Bausubstanz im Wohnungsbau
- Neubau und Umbau von Kultur- und Sozialbauten sowie von Industrie- und Gewerbebauten
- Pflege, Restaurierung und Nutzung kulturhistorisch wertvoller Bauten und städtebaulicher Ensembles
- Gestaltung von Freiräumen und Erholungsgebieten in Innenstädten und im Außenbereich
- Entwicklung rationeller Bauweisen
- Anwendung moderner Arbeitsmethoden in der Tätigkeit der Stadtplaner und Architekten.

Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der Architektenverbände, die in zwei souveränen Staaten wirken und im internationalen Architektenverband (UIA) durch eigenständige Sektionen vertreten sind. Beide Verbände haben sich darauf geeinigt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Einladung und Entsendung von Architekten und Stadtplanern zu wichtigen Kongressen, wissenschaftlichen Veranstaltungen, Fachtagungen, Symposien und Seminaren zu unterstützen sowie die Durchführung von Studienreisen und Exkursionen durch fachliche Betreuung vor Ort zu fördern. Jährlich werden zwei bis drei Architektinnen und/oder Architekten zu Studienzwecken für die Dauer von 10 Tagen delegiert und empfangen. In festgelegtem Umfang werden die Verbände den Austausch von Fachzeitschriften und anderen Publikationen, die von ihnen herausgegeben werden, sowie von Architekturausstellungen organisieren.

Die Präsidien beider Verbände unterstützen ihre Mitglieder auch bei der Wahrnehmung der Zusammenarbeit auf der Basis bereits bestehender staatlicher Kontakte. Das betrifft im Bereich des Bauwesens speziell die Beziehungen, die sich aus dem Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten von Wissenschaft und Technik ergeben. In diesem Sinne werden auch die Beziehungen des Hochschulwesens zu Fragen der Ausbildung und die Städtepartnerschaften im Rahmen der Kommunalpolitik aktiv unterstützt.

Der Delegation unseres Verbandes, der neben dem Präsidenten der 1. Vizepräsident, Prof. Dr. Gerhard Krenz, der 1. Sekretär, Hubert Scholz sowie die Mitglieder des Präsidiums Dr. Karlheinz Schlesier und Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Eisentraut angehörten, wurde Gelegenheit zum intensiven Erfahrungsaustausch sowie zur Besichtigung interessanter Vorhaben geboten.

Beide Seiten informierten über Schwerpunkte in der Arbeit ihrer Verbände sowie über den Entwicklungsstand von Städtebau und Architektur. Dabei wurde unsererseits insbesondere der Beitrag der Architekten zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem sowie zu den Aufgaben der intensiven Stadtentwicklung hervorgehoben und auf die spezifischen Anforderungen des innerstädtischen Bauens eingegangen. Die Kollegen aus der BRD sprachen über eine Reihe von Problemen im Zusammenwirken mit den Bauherren, über die verschiedenen Architektenorganisationen im Land und die Organisationsstruktur des BDA, der sich als Dachorganisation für die Länderverbände versteht. Besondere Einflüsse erwartet der BDA im Rahmen neuer Festlegungen der Europäischen Gemeinschaft ab 1992, die sich auch auf die Tätigkeit der Architekten der Bundesrepublik Deutschland auswirken werden.

Am zweiten Tag nahm unsere Delegation am 17. Godesburger Gespräch, der jährlichen Hauptveranstaltung des BDA, teil. Einzelne Vorträge waren außerordentlich interessant und boten zur Standpunktbildung über die gesellschaftliche Funktion architektonischer Gestaltung und menschlicher Kreativität breiten Raum.

Am Nachmittag wurde uns durch Mitglieder des Bezirksvorstandes Bonn des BDA in Begleitung ihres Vorsitzenden, Dipl.-Ing. Stolle, und Dr. Busmann vom Stadtplanungsamt die Stadtentwicklung Bonns auf einer Stadtrundfahrt vorgestellt. Die Stadt hat zur Zeit 280 000 Einwohner.

Beeindruckend war die Besichtigung des Stadtzentrums sowie neuer Wohngebiete im Weichbild der Stadt und besonders des rekonstruierten Ortes Duisdorf. Am Abend nahm die Delegation am Fest der Architekten im Bundessekretariat des BDA teil. Hier boten sich vielfältige Gesprächsmöglichkeiten. Der Wunsch, mehr über Städtebau und Architektur sowie über die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR zu erfahren, war sehr ausgeprägt. Ungeteilte Übereinstimmung gab es auch zu der abgeschlossenen Vereinbarung, die neue Chancen zum produktiven Zusammenwirken eröffnet.

Am nächsten Tag wurde unsere Delegation in Köln durch Mitglieder des Bezirksvorstandes Köln und vom Stadtplanungsamt betreut. Im Stadtplanungsamt erläuterten der Leitende Stadtbaudirektor Joachim Riedel und weitere Mitarbeiter Schwerpunkte der städtebaulichen Entwicklung. Einen hohen Stellenwert nahm dabei die Verkehrsplanung in der Umgehung des Stadtzentrums und die Schaffung verkehrsberuhigter Zonen in Wohngebieten ein. Am Beispiel der Trabantenstadt Chorweiler unterbreiteten sie ihre Vorstellungen von einer sozialen Aufbesserung und dem „Rückbau" in einem Neubaugebiet der 70er Jahre.

Bei der Stadtbesichtigung wurden neben dem Kölner Dom und der Kirche Groß St. Martin andere historische Bauten sowie das im Aufbau befindliche Hotel Maritim (Büro Prof. Gottfried Böhm), das innerstädtische Rekonstruktionsgebiet am Rheinufer, das Martinsviertel (Büro Prof. Joachim Schürmann), der Neubau des Museumskomplexes und die Kölner Philharmonie (Architekten Peter Busmann und Godfried Haberer), eine der bedeutendsten Architekturleistungen der BRD aus jüngster Zeit, besichtigt.

Man kann mit Genugtuung feststellen, daß alle Gespräche in einer aufgeschlossenen, auf Verständigung gerichteten Atmosphäre verliefen und unsere Delegation von der Leitung und den Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten herzlich empfangen und aufmerksam betreut wurde.

Das berechtigt uns zu der Überzeugung, daß sich auf der Grundlage der abgeschlossenen Vereinbarung eine produktive, für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit entwickeln wird. Dabei gehen wir von der Gewißheit aus, daß diese Zusammenarbeit der Architektenverbände neben der Vermittlung fachlicher Erfahrungen der Verständigung und der Sicherung des Friedens dient.

Prof. Ewald Henn

2



3



4



BAUWISSENSCHAFT – *aktuell*



Bauingenieur Angelika Pomplun, Bauinformation

Technologenarbeitsplatz in der Investitionsvorbereitung

Die Qualität der technologischen Vorbereitung für Umgestaltungsgebiete ist bereits in der Investitionsvorbereitung zu erhöhen, um durch eine gründliche technologische Durchdringung der Bebauungskonzeption (städtebaulicher Entwurf) Konflikte im späteren Bauablauf weitgehend auszuschließen.
Mit dem Technologenarbeitsplatz 2. Stufe für Umgestaltungsgebiete ist das Problem der zeitlichen und räumlichen Koordinierung der verschiedenen Bauprozesse (Tiefbau, Hochbau-Reko, Hochbau-Neubau, Freiflächengestaltung) bereits in der Investitionsvorbereitung zu lösen. Dabei ist von der CAD-Lösung „Wohngebietsprojektierung" des ZOD Berlin auszugehen.
Das Ziel ist die Senkung des Ist-Arbeitszeitaufwandes auf der Baustelle, des Investitions- und des Selbstkostenaufwandes.

Ergebnis

Mit dem Technologenarbeitsplatz wird die Problembasis bearbeitet und gelöst. Die Algorithmen und Programmablaufpläne dafür liegen im Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau vor; die eigentliche Programmierung erfolgt gegenwärtig.
BE-Zuordnung
Die BE-Zuordnung (objektbezogene Baustelleneinrichtung) erfolgt in 3 Varianten entsprechend dem in der Bebauungskonzeption vorhandenen Platzangebot.
Prinzipiell erfolgt die Zuordnung über ein Koordinatensystem und fest definierte Bezugspunkte der BE-Standardfälle bzw. -Einzelobjekte. Die BE-Standardfälle bzw. -Einzelobjekte werden als wiederverwendbare Makros abgespeichert.

- Rastereinteilung
  Zur Lösung des Koordinierungsproblems wird die Bebauungskonzeption oder der Ausschnitt daraus mit einem orthogonalen Raster (z. B. 10 m × 10 m) überzogen. Die Rasterfelder werden im Bearbeitungsschritt Konfliktbeseitigung auf Flächeninanspruchnahme und zeitliche Belegung hin geprüft.
- Grobbauablauf
  Ausgangswerte für die Grobbauablaufermittlung sind betriebliche Leistungskennzahlen und Bauzeitnormative. Die Berechnung des Grobbauablaufs erfolgt mit dem Programmpaket „PC-LEINET".
- Markierungszeichen
  In Abhängigkeit von der Zuordnung der BE und der Grobbauablaufermittlung werden für die Rasterfelder Markierungszeichen für Hochbau- und Tiefbauleistungen ermittelt, die die Inanspruchnahme der Rasterflächen charakterisieren.
- Konfliktbeseitigung
  Durch Betrachtung der Markierungszeichen im Zusammenhang mit dem ermittelten Grobbauablauf werden mögliche und tatsächliche Konflikte erkannt und schrittweise beseitigt, dabei wird versucht, die Konfliktbeseitigung möglichst ohne Eingriffe in die städtebauliche Konzeption zu erreichen, indem nach einer im Heft 1/89 dagestellten Rangfolge gearbeitet wird.
  Mit diesen Maßnahmen wird erreicht, daß die Bebauungskonzeption in der Bauausführung technologisch optimal (oder zumindest günstig) realisierbar ist.
  Erstanwender
  Die Erstanwendung erfolgt in Abstimmung mit dem EGV Wohnungs- und Gesellschaftsbau, an einem Standort des VEB WBK Erfurt.
  Breitenwirksamkeit
  In Zusammenarbeit mit dem EGV Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Leitstelle ODV und ZAG ODV, werden Informationsveranstaltungen zu diesem Technologenarbeitsplatz durchgeführt.

Anwendung

Der vorgestellte Technologenarbeitsplatz erfordert MS-DOS-kompatible 16-Bit-Hardware mit graphischer Peripherie (Digitalisiergerät, Plotter). Es wird auf den ESER-PC EC 1834 orientiert, die Nutzung von Importtechnik ist möglich.

Nutzen

Gegenwärtig wird mit folgendem eintretendem Nutzen gerechnet:
- Senkung des Ist-Arbeitszeitaufwandes auf der Baustelle um mindestens 5 h/WE
- Senkung des Investitionsaufwandes um 500 M/WE
- Senkung der Selbstkosten in der Bauausführung um mindestens 100 M/WE.

Angebot

- EDV-gestützte technologische Vorbereitung und Durchführung von komplexen innerstädtischen Baumaßnahmen – Dokumentation
- Konsultationen zur dargestellten Problematik.

Anfragen sind zu richten an:

Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, WA Technologie und WAO
Plauener Straße 163–165, Berlin, 1092

Freie und kombinierte Lüftung von Industriehallen

Rechenprogramme

Zur Funktionssicherung von Bauwerken ist eine Be- und Entlüftung erforderlich. Die freie Lüftung (oft auch als natürliche Lüftung bezeichnet) ist eine energieökonomische Lüftungsart. In Kombination mit einer Zwangslüftung (Ventilatorlüftung) werden erhebliche Einsparungen an Investitions- und Energiekosten erreicht. Die genaue Berechnung der Luftströme durch Öffnungen und Gebäudefugen ist nur über komplizierte Gleichungssysteme möglich. Der Einsatz der elektronischen Rechentechnik erlaubt eine schnelle Ermittlung der Luftströme und die Durchführung von Variantenberechnungen zur Optimierung des Gebäudes und der lüftungstechnischen Anlagen. Deshalb sind die notwendigen Rechenprogramme unter Berücksichtigung eines einfachen und übersichtlichen Dialogbetriebes auszuarbeiten.

Ergebnis

Folgende Programme werden erarbeitet:
- Freie und kombinierte Lüftung eingeschossiger Hallen mit Fugen und Schächten, konstante Raumlufttemperatur; geeignet zur Ermittlung der Lüftungsheizlast, auch nach TGL 26 760 „Heizlast von Bauwerken".
- Freie und kombinierte Lüftung eingeschossiger Hallen mit Öffnungen und Schächten, konstanter Wärmestrom; vorgesehen vor allem zur Dimensionierung der Einrichtungen zur freien Lüftung für den Sommer, z. B. für Betriebe mit wärmeintensiver Technologie.
- Freie und kombinierte Lüftung eingeschossiger Hallen mit Öffnungen und Schächten, konstante Raumlufttemperatur; geeignet zur Bestimmung des Einflusses von Lüftungselementen bei Betrieb einer Raumheizung und einer Zwangslüftung bzw. einer Luftheizung auf die Außenluftströme.

Diese Programme liegen vor für
- Programmsprache: BASIC
- Betriebssystem: SCPX 1526.

Der erforderliche Programmspeicherplatz beträgt etwa 22 kB für die Berechnung einer Halle mit maximal 100 Fugen bzw. 100 Öffnungen und maximal 8 Schächten.
Für den Kleinstrechner Robotron K 1003/4 liegen analoge Programme vor, jedoch kann der Einfluß von Lüftungsschächten nicht berücksichtigt werden.

Anwendung

Die Programme werden verwendet zur Projektierung der freien Lüftung, von Heizungs- und Lüftungssystemen, für umfassende Variantenuntersuchungen und zur kurzfristigen Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen.

Nutzen

- Funktionssicherung des Gebäudes
- Einhaltung zulässiger Lufttemperaturen im Raum
- Einsparung von Heizungs- und Elektroenergie durch Optimierung der Anordnung öffnungsschließender Elemente bzw. von Schächten
- Einsparung von Investitionen und Betriebskosten für lüftungs- und heizungstechnische Einrichtungen
- Verbesserung der Qualität der Projektierung
- Ermittlung des Einflusses von Lüftungsschächten und Zwangslüftung auf die freie Lüftung

Angebot

Außer den im Absatz Ergebnis genannten 3 Programmen werden folgende Programmdokumentationen und Serviceleistungen angeboten:
- Programmdokumentation für Kleinstrechner K 1003/4; Programm Ae 11/K 1003 „Freie Lüftung eingeschossiger Hallen über Öffnungen"; Speicherbedarf: 1065 Programmzeilen, 111 Datenspeicher; Berechnung der Luftmassenströme durch maximal 20 verschiedene Öffnungen
- Programmdokumentation für Taschenrechner TI 59; Programm Ae 11/TI59 „Freie Lüftung eingeschossiger Hallen über Öffnungen"; Speicherbedarf: 480 Programmzeilen, 60 Datenspeicher"; Berechnung der Luftmassenströme durch maximal 10 verschiedene Öffnungen
- Programmdokumentation für Kleinstrechner K 1003/4, Programm L 1/K 1003 „Freie Lüftung eingeschossiger Hallen über Fugen"; Speicherbedarf: 948 Programmzeilen, 185 Datenspeicher; Berechnung der Luftmassenströme durch maximal 27 verschiedene Fugen
- Durchführung von Kundenrechnungen
- Konsultationen
- Durchführung von Berechnungen auf institutseigenem Bürocomputer
- Ausarbeitung von Konzeptionen zur freien Lüftung von Industriehallen
- Beratungen, Gutachten und Stellungnahmen zu Problemen der freien und kombinierten Lüftung.

Anfragen sind zu richten an:

Bauakademie der DDR, Institut für Heizung, Lüftung und Grundlagen der Bautechnik, Institutsteil Leipzig
Hans-Weigel-Straße 2b, Engelsdorf, 7123

Diese und weitere Forschungsergebnisse finden Sie in ausführlicher Darstellung in der von der Bauakademie der DDR, Bauinformation, herausgegebenen Fachzeitschrift „BAUINFORMATION WISSENSCHAFT UND TECHNIK".

Jeder muß sein Bestes einbringen

Aus dem Diskussionsbeitrag von Prof. Dr.-Ing. Wolf-Rüdiger Eisentraut auf dem X. Kongreß des Verbandes Bildender Künstler der DDR

Die Mitglieder des Bundes der Architekten der DDR wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Durchführung des Kongresses und in Ihrem künstlerischen Schaffen.

In der täglichen Arbeit stehen die Mitglieder unserer Organisationen Seite an Seite im tätigen Bemühen um die Gestaltung einer kulturvollen Umwelt, das letztlich in die Schaffung neuer Werte unserer sozialistischen Nationalkultur mündet, zum Wohle der Menschen. Das verbindet uns, und das verpflichtet zu engster Zusammenarbeit. Solche hat sich über Jahre auf unterschiedlichen Ebenen unserer Verbände immer mehr entwickelt. Nicht nur die architekturbezogene Kunst, sondern der kulturelle Anspruch unserer Arbeit überhaupt muß Basis solcher Gemeinsamkeit sein.

Spricht man über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der architekturbezogenen Kunst, muß die Spezifik im Schaffensprozeß zur Gestaltung baulich-räumlicher Umwelt beachtet werden. Gelten in der bildenden Kunst Regeln des künstlerischen Gestaltens in relativ freier Form, so ist die Kunst des Bauens in hohem Maße angewandt und produktionsgebunden. Sie reflektiert unmittelbar und zwingend die gesellschaftlichen Ziele und Bedingungen nicht nur über rezeptive Wahrnehmung durch die Menschen, sondern über konkrete sozial-räumliche Benutzung. Das schränkt unseren gestalterischen Spielraum mitunter ein, verlangt aber gleichzeitig und weschselwirkend um so mehr Anstrengungen, dieser Herausforderung zum Wohle der Menschen zu entsprechen.

Im vorigen Monat wurde die dreimillionste neue Wohnung seit dem VIII. Parteitag übergeben. Solche quantitative Leistung schlägt unmittelbar um in soziale Qualität für Millionen Bürger. Das ist das Entscheidende, auch wenn wir hier und da noch nicht die notwendige baukünstlerische Qualität in voller Breite erreichen konnten. Doch wir orientieren uns an den erreichten positiven Ergebnissen in unserem Lande, auf ihre Verallgemeinerung und Weiterführung. Ich bitte zu bedenken, daß sich das Bild des Wohnungsbaus in den letzten Jahren in vielen Städten doch deutlich gewandelt hat.

Es geht für uns Architekten um nichts Geringeres als um die baukünstlerische Meisterung der industriellen Bauweisen, um einen Prozeß, der die tiefe Wechselwirkung zwischen Entwicklung der Produktivkräfte und künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten widerspiegelt. Auch wenn bei uns dieser Prozeß in kürzester Zeit abläuft, bedenkt man die historischen Dimensionen der Entwicklung von Baukonstruktionen und deren künstlerischen Ausdruck in der Baugeschichte, müssen wir uns fragen, ob wir schon genug dazu getan haben.

Hier liegt ein vordringlicher Arbeitsschwerpunkt, der nicht über ein Zurück zu Technologien niedrigerer Produktivität, sondern nur über ein Vorwärts zu neuen Technologien mit mehr Leistungsfähigkeit und besserer Gestaltbarkeit bewältigt werden kann, ohne dabei freilich handwerkliche Prozesse einfacher Instandsetzung und Instandhaltung zu vergessen. Auch das gehört zur Kultur im weiten Sinne.

Ich führe diese Zusammenhänge an, um Verständigung darüber zu erzielen, daß das Gestaltungsmedium des Architekten schließlich ein ganzer Industriezweig ist und daß sich dessen Bedingungen und Entwicklungsstand gesetzmäßig in den baukünstlerischen Ergebnissen widerspiegeln. Das wird manchmal übersehen, obwohl es unsere Zusammenarbeit fundamental beeinflußt.

Ich kann versichern, daß viele engagierte Architekten in unserer Republik ihre ganze Kraft und schöpferische Phantasie einbringen, um eben diesen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen, um mit der künstlerischen Aussage des Gebauten der sozialen Größe unseres Wohnungsbauprogramms zu entsprechen. Hier liegt auch mein persönliches Arbeitsfeld, mehr Individualität und Vielfalt zu schaffen in den Zentren neuer Wohngebiete.

In solchem Bemühen treffen sich Architekten und bildende Künstler, und damit meine ich im komplexen Sinne Vertreter aller Sektionen Ihres Verbandes – treffen sich Architekten und bildende Künstler auf dem sensiblen Gebiet der architekturbezogenen Kunst. Wir haben eben hierzu gehört, wir sind hier gut vorangekommen, bestimmte Grundsätze haben sich bewährt. Die staatlichen Förderungen durch Mittelbereitstellung und Regelungen haben daran wesentlichen Anteil.

Doch haben wir als Architekten, haben Sie als bildende Künstler schon das Mögliche ausgeschöpft, die unserer Gesellschaft innewohnenden Vorteile voll genutzt? Haben wir gemeinsam die architekturbezogene Kunst schon zu bester Qualität geführt? Ich denke, nicht erst seit der X. Kunstausstellung ist zu erkennen, daß wir trotz vieler Erfolge durchaus noch Qualitätsgewinne erzielen müssen und können.

Das Hauptproblem dabei scheint mir zu sein, daß dem Wesen der architekturbezogenen Kunst, nämlich der inneren Bezogenheit von Baukunst und bildender Kunst in der Einheit bis hin zur Integration noch nicht hinreichend Rechnung getragen wird. Zu oft begegnen wir einem Nebeneinander, Kunstobjekte bleiben isoliert oder verselbständigen sich, wirken eher zufällig in ihrer Einordnung. Gut gemachte Kunstwerke vor mittelmäßiger Architektur in additiver Hinzufügung sind ebenso unbefriedigend wie Häuser mit zufällig bemalter Wandfläche. Und kaum erträglich ist die Wiederholung konfektionsartig bemalter Giebel, ohne Beziehung zur Gestalthaltung des betreffenden – oder besser betroffenen – Hauses.

Solches entwertet auch die zahlreichen positiven Beispiele dazu, die es glücklicherweise zahlreich gibt, wie jüngst in Halle und auch anderswo. Hier kommt es darauf an, den entscheidenden Qualitätsgewinn zu erzielen, indem die gegenseitige Beeinflussung von Architektur und bildender Kunst mit dem Ziel einer Integration schon im frühesten Arbeitsstadium bewußt organisiert wird. Das geht nach meinen Erfahrungen nur auf dem Wege der Erarbeitung geistiger Gemeinsamkeiten im differenzierten, aber auf das gleiche Ziel orientierten Schaffensprozeß des Architekten und des bildenden Künstlers.

Diese geistige Gemeinsamkeit ist nicht ersetzbar durch quantitative Verteilung von Kunstpositionen. Mancher macht sogar ein Kunstwerk an einem Bauwerk, ohne den Architekten überhaupt zu kennen. Es mag simpel klingen, ist aber leider noch nicht allgemeine Praxis: Architekt und bildender Künstler müssen sich nicht nur kennen, sie müssen miteinander arbeiten, sich und damit ihr Werk gegenseitig beeinflussen über ihre schöpferische Tätigkeit und dieses in der gegenseitigen Bedingtheit zu größter Wirkung zum Nutzen der Gesellschaft führen. Dafür gibt es keinen Ersatz. Das verlangt zeitgleiches und auch kongeniales Arbeiten von beiden Seiten auf der Grundlage unverzichtbarer künstlerischer Qualität, wiederum von beiden Seiten.

Ebenso, wie die Abwesenheit von Architektur architekturbezogene Kunst unmöglich macht, schließt Routinearbeit bei Brunnen, Wandbildern oder auch Gebäudebeschriftungen die Qualität des Gesamtkunstwerkes aus, vom Verlust gesellschaftlicher und lokaler Bezogenheit ganz zu schweigen.

Hier hat jeder Partner sein Bestes einzubringen, als Voraussetzung gemeinsamer Arbeit und gegenseitiger Achtung kann nur künstlerische Qualität gelten. Dies bezieht Subjektivität ein. Nicht jeder bildende Künstler kann mit jedem Architekten – und umgekehrt ebenso – in einen gegenseitig befruchtenden Schaffensprozeß geraten. Das muß man respektieren und auch dem Sich-Finden Rechnung tragen, Möglichkeiten dafür schaffen und nicht durch a priori getroffene Festlegungen verhindern.

Ich möchte nicht verschweigen, daß uns Architekten in diesem Zusammenhang eine Diskussion in der Zeitschrift „Bildende Kunst" bewegt und verwundert, wer denn nun eigentlich Kompetenz zur Gestaltung besitzt. Was soll eine solche Ausgrenzung? Abgesehen davon, daß das nicht dem bekannten Niveau der Zeitschrift entspricht und vor allem unsere Zusammenarbeit erschwert, kann sich solches nur auf dem Boden von grundlegenden Mißverständnissen entwickeln.

Der architektonische Gestaltungsprozeß beginnt in



elementaren städtebaulichen Ebenen, verläuft über deren Ausformung wechselwirkend bis hin zu ihrer emotional-zeichenhaft wirkenden Anlage. Das verlangt Professionalität – ebenso wie der Schaffensprozeß des bildenden Künstlers Professionalität verlangt –, da kann man nicht einfach die Rollen tauschen. Aber man kann und muß von Anfang an engstens zusammenarbeiten.

Und Stadtgestaltung ist eben nicht das Verteilen von Gegenständen, sondern beginnt in der städtebaulich-räumlichen Konzeption mit Freiräumen und Gebäuden als raumprägende Gestaltungselemente primärer Ordnung und setzt sich mit großer Komplexität über alle Gestaltungsebenen fort.

Auch diese Gesetzmäßigkeiten verlangen professionelle Beherrschung, und ich muß kritisch einräumen, daß hier nicht einmal alle Architekten so sicher sind.

Die Bedeutung von städtischem Design, konzipiert und ausgeführt von kompetenten Spezialisten in diesem komplexen Zusammenwirken, muß nicht hervorgehoben werden. Auch die Gestaltung einer Gaststätte beispielsweise erfolgt nicht allein durch die Arbeit eines Künstlers mit architekturbezogenen Werken, sondern sie baut sich aus dem architektonischen Gestaltkonzept auf, das der Architekt aus der Gesamtheit der Gebäudegestaltung – unter Einbeziehung des Künstlers und auch unter Beachtung der Nutzermitsprache – vorzulegen hat.

Leider gibt es hier viel Verwirrung und auch Unterlassung, die mich bei den Autorenangaben im Katalog der X. Kunstausstellung beispielsweise auch persönlich getroffen haben.

Ich denke schon, daß es bei aller Kollektivität so bleiben wird: Der Architekt macht das Haus, der Maler das Wandbild und der Bildhauer die Plastik. Jeder in seiner Verantwortung, Kompetenz und subjektiven künstlerischen Qualität.

Das Neue besteht aber in der gegenseitigen Beziehung der Arbeit unter Anerkennung eines Gesamtzusammenhanges, dem Öffnen gegenüber Argumenten des Partners, dem Respektieren seiner aus anderen Positionen abgeleiteten Meinung, der kongenialen Findung einer Gesamtidee, die dann jeder auf seinem Gebiet verwirklicht.

Die unmittelbare Partnerschaft ist also durch nichts ersetzbar, auch nicht durch die Koordinierung von Architekten und Künstlern durch ein Büro für Kunst.

Ich bin glücklich, in meiner Arbeit als Komplexarchitekt mit zahlreichen Mitgliedern Ihres Verbandes durch anspruchsvolle Zusammenarbeit verbunden zu sein. Solche hebt nicht nur die Architektur, die Qualität des Gebauten in eine höhere Ebene, sondern sie ist für meine persönliche Entwicklung von ebenso großer Bedeutung. In vielen Gebäuden und Ensembles aus der Arbeit meines Kollektivs mit Ihren Kollegen zusammen, beginnend bei der Körperbehindertenschule Berlin über zahlreiche kleine Zentren und Gaststätten in Wohngebieten der Hauptstadt bis hin zum gesellschaftlichen Hauptbereich in Berlin-Marzahn, sind Ergebnisse ablesbar. Und ich hoffe, daß wir mit den in Arbeit befindlichen Projekten durch Praktizierung obengenannter Arbeitsweisen weitere Beiträge liefern können.

Ich wollte noch kurz erwähnen, daß die Konzeptionskollektive Kollektive des Verbandes Bildender Künstler sind, und ich meine, wir sollten Regelungen suchen, daß die Komplexarchitekten und autorisierten Kollegen zu verpflichteten Mitgliedern dieser Kollektive gemacht werden, um eben die Gemeinsamkeit von vornherein auch organisatorisch zu suchen und zu finden.

Ich möchte mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

Zur Generalbebauungsplanung der Städte

1 *Rostock. Ansicht der neugestalteten nördlichen Altstadt an der Warnow*

Aus dem Referat für die 4. Bundesvorstandssitzung des BdA in Karl-Marx-Stadt

Dipl.-Ing. Martin Beutel, Leiter der Arbeitsgruppe Generalbebauungsplanung
Dipl.-Ing Wolfgang Weigel, Vorsitzender der Zentralen Fachgruppe Städtebau

I.

Wenn wir heute über langfristige städtebauliche Planung sprechen, so setzen wir eine lange Tradition fort, die sich auf das ständige Bekenntnis des Bundes der Architekten zur gesellschaftlichen Notwendigkeit dieser Aufgabe gründet. Diese ständige Aufmerksamkeit belegen u. a. die erste umfassende Richtlinie zur generellen Stadtplanung, die anläßlich des V. Bundeskongresses 1966 in Halle der Praxis vorgestellt wurde ebenso wie die „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR", die im Ergebnis des VIII. Bundeskongresses staatliche Autorität erhielten. Das belegen zahlreiche Fachtagungen und Beratungen vor allem der Zentralen Fachgruppen Städtebau, Rekonstruktion und Wohn- und Gesellschaftsbau, die sich mit der Generalbebauungsplanung, der Umgestaltung unserer Städte und dem innerstädtischen Bauen befaßten.

Die langfristige städtebauliche Planung hat sich über Jahrzehnte als wichtiges Instrument für ein zukunftsorientiertes, planmäßiges und koordiniertes Handeln für die Vervollkommnung von Städtebau und Architektur in unseren Städten bewährt.

Und wenn wir aus vergangenen Jahrzehnten die Planungen der Städte Rostock, Frankfurt/O., Erfurt, Cottbus und Dresden und der Bezirke Cottbus und Magdeburg hervorheben, dann wissen wir, daß gleichgute Arbeitsergebnisse auch für andere Städte entstanden waren. Mit Recht kann man sagen, daß Generalbebauungsplanungen und sie begleitende wissenschaftliche Untersuchungen zur effektiven Flächennutzung, zu Standorten und ihrer Erschließung wesentliche Beiträge und Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung des Wohnungsbauprogramms sind.

Die Analyse von Umgestaltungsbedingungen und die Begutachtung der Generalbebauungspläne ausgewählter Städte in den 70er Jahren haben ebenso wie die Analyse der städtebaulichen Intensivierungsmöglichkeiten und die Auswertung der Standortkonzeptionen des Wohnungsbaus in den 80er Jahren zu einer neuen Qualität der Wechselwirkung zwischen örtlicher und zentraler Planung geführt. Das sind ganz wesentliche Etappen bei der Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Planwirtschaft auf dem Gebiet des Städtebaus.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen unterstreichen die wachsende Bedeutung, die die städtebauliche Planung auf der örtlichen Ebene bei der Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte in den Städten unseres Landes hat.

Die Städtebauer und ihre Partner verfügen über gute Erfahrungen und solide Grundlagen für die neue Etappe langfristiger städtebaulicher Planung für den Zeitraum bis 2000 und darüber hinaus.

II.

Anordnung und Richtlinie zur Generalbebauungsplanung vom 11. Februar 1988 leiten diese neue Etappe ein und geben grundsätzliche Orientierungen. Erstmalig verfügen wir mit hoher Verbindlichkeit über eine Ordnung für eine straffe, zielgerichtete und in den Territorien übereinstimmende Leitung und Durchführung der Generalbebauungsplanung. Sie schließt ein die kontinuierliche Betreuung der Planer durch zentrale Arbeitsseminare, Beratungen und Erfahrungsaustausche, durch regelmäßige Konsultationen am Ort sowie die Begutachtung und Auswertung der Planungsergebnisse für Entscheidungen auf der örtlichen wie auf der zentralen Ebene.

Wir möchten einige Anforderungen unterstreichen, denen die Generalbebauungsplanung gerecht werden sollte:

- Sie ist als Prozeßplanung durchzuführen, in der durch ständige Vertiefung alternativer Lösungen und Varianten die Entscheidungen zur Stadtentwicklung vorbereitet und fortschreitend, entsprechend der Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungen, fundiert werden. Weder Programmplanung noch reine Angebotsplanung erfüllen den gesellschaftlichen Auftrag an die Generalbebauungsplanung.
- Sie ist stadtkonkret durchzuführen, d. h. die differenzierten Entwicklungsbedingungen und -erfordernisse zur Vervollkommnung der Ökonomie und Kultur der jeweiligen Stadt sind realistisch auszuarbeiten und die damit verbundenen Anforderungen an das Bauwesen sind aufzuzeigen. Stadtkonkret ist das günstigste Verhältnis von Neubau, Modernisierung und Erhaltung zu bestimmen. Damit ist die intensive Stadtentwicklung zu fördern, zugleich ist die Individualität der Struktur und Architektur der Städte weiter auszuprägen, und die soziale Wirksamkeit des Wohnungsbaus ist zu steigern.
- Sie ist auf der Grundlage gesellschaftlicher Zielstellungen mit großer Komplexität und in ständiger Koordinierung mit den anderen Planungen für das Stadtterritorium, mit der Generalverkehrsplanung, der Planung der Netze und Anlagen der Stadttechnik, der Freiflächen- und Landschaftsplanung als kommunalpolitische Leitungsaufgabe durchzuführen.
- Mit der Beschlußfassung durch die örtlichen Räte ist die Verbindlichkeit für nachfolgende städtebauliche Planungen, für die städtebauliche Einordnung und Gestaltung von Baumaßnahmen durchzusetzen.
- Im Rahmen der Generalbebauungsplanung sind mit Leitplanungen für die städtebauliche Entwicklung der Stadtzentren und ausgewählter Teilgebiete der Stadt Entscheidungsgrundlagen für die räumliche und architektonische Gestaltung, die Denkmalpflege, die Neuordnung der Funktionen des Arbeitens und des gesellschaftlichen Lebens, für die rechtzeitige Bereitstellung von Bauland sowie für den erforderlichen Vorlauf bei der stadttechnischen Erschließung zu erarbeiten.

Die Richtlinie stellt Anforderungen, die in der vorgegebenen Zeit mit den verfügbaren Planungskräften nur schwer zu erfüllen sind. Das bedarf großer Anstrengungen und ist Anlaß, zunächst Lösungsansätze für die Hauptprobleme einer jeden Stadt, die sich unterscheiden werden, zu erarbeiten. Es kommt darauf an, die Schlüsselentscheidungen ausreichend fundiert und rechtzeitig vorzubereiten. Das spricht nicht gegen Komplexität und die Forderung „Stadt als Ganzes", sondern gegen ein mechanisches Abarbeiten aller Positionen der Richtlinie. Es spricht dafür, die Arbeit nach einer stadtkonkreten Aufgabenstellung entsprechend den stadtspezifischen Prioritäten zu organisieren und aus der mehr aktionsorientierten Arbeit zu einem kontinuierlichen Arbeitsprozeß mit ständiger Ergebnisqualifizierung überzugehen.

III.

Es erscheint erforderlich, sich darüber zu verständigen, von welcher generellen Situation die Generalbebauungsplanung für den Zeitraum nach 1990 ausgehen muß.



1

Wir können dazu folgendes feststellen:

- Mit der Erfüllung des Wohnungbauprogramms bis 1990 wird die Wohnungsfrage als soziales Problem in der DDR gelöst. Die DDR wird mit ihrem Bestand an Wohnungen und den zugehörigen sozialen Einrichtungen zu den führenden Ländern gehören. In den meisten Städten wird die Anzahl der Haushalte mit der Anzahl der bewohnbaren Wohnungen übereinstimmen, oft wird eine ausreichende Wohnungsreserve zur Verfügung stehen. Der Wohnungsbau hat in seiner Einheit von Erhaltung, Modernisierung und Neubau zunehmend auch die Erneuerung vorhandener Baugebiete unserer Städte bewirkt. Trotzdem werden Wohn- und Mischgebiete mit überwiegender Bebauung aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und eine Reihe von Klein- und Mittelstädten noch größere Anteile verschlissener Bausubstanz, unzureichend ausgestatteter Wohnungen sowie Mängel in der Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen und stadttechnischer Erschließung aufweisen.
- Der in den 80er Jahren zugenommene innerstädtische Wohnungsneubau wird bis 1990 mit Lückenschließungen und Quartierergänzungen günstig bebaubare freie Standorte – insbesondere die für die Großplattenbauweise geeigneten – und darüber hinaus auch Reserve- und Freiflächen in den Innenstädten im wesentlichen in Anspruch nehmen. Dieses Standortangebot wird Anfang der 90er Jahre erschöpft sein. Da vorrangig die neuen extensiven Wohnungsbaustandorte stadttechnisch erschlossen werden mußten, konnten nur in wenigen Innenstädten die Netze und Anlagen der technischen Infrastruktur für die höheren Anforderungen einer umfassenden Erneuerung der Altbaugebiete rekonstruiert und erweitert werden. Das gilt in besonderem Maße für die Wärmeversorgung und die Anlagen zur Abwasserbehandlung.
- Bei Vorrang der Rationalisierung, der teilweisen Erweiterung bzw. dem Neubau von Betrieben in Industriegebieten konnten erforderliche Maßnahmen der Erneuerung und Neuordnung vor allem der in Innenstädten angesiedelten Arbeitsstätten nicht überall erfolgen.
- Neben herausragenden Ergebnissen der Pflege, Rekonstruktion und Nutzung kulturhistorisch wertvoller Bauten besteht in anderen historischen Innenstädten teilweise die Gefahr von Verlusten an kulturellen und funktionellen Werten. Es gilt, verstärkt auf die Bewahrung der Identität besonders einer Reihe von Mittel- und Kleinstädten zu achten.
- Die Ziele der intensiven Stadtentwicklung und neue Leitbildvorstellungen zu Städtebau und Architektur prägen sich wechselseitig immer weiter aus und erfordern neue Strategien. Wir stehen vor grundsätzlich neuen Bauaufgaben, die für jede Stadt ein spezifisches Verhältnis von Erneuerung und Erhaltung erfordern.

IV.

Es wird deutlich, daß sich neue Züge in der Stadtentwicklung herausgebildet haben, die uns berechtigen, von neuen Reproduktionserfordernissen und -bedingungen in den Städten zu sprechen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß in den 90er Jahren der Übergang in eine qualitativ neue Phase der Stadtentwicklung erfolgen muß.

Die Anordnung über die Generalbebauungsplanung der Städte (11. 2. 88) hat dazu Ziele und Aufgaben festgelegt, die in der zugehörigen Richtlinie weiter untersetzt wurden. Die Anordnung fordert im § 2:

„(1) Die Generalbebauungspläne der Städte sind entsprechend der ökonomischen Strategie der umfassenden Intensivierung darauf zu richten, die komplexe bauliche Entwicklung der Städte bei effektiver Nutzung und Reproduktion der Bausubstanz mit hoher sozialer Wirksamkeit für die Lebensbedingungen der Bürger und städtebaulicher Qualität gemäß den Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik zu gewährleisten.

(2) Durch intensive Nutzung des Baulandes, zweckmäßige Weiterentwicklung der räumlichen Stadtstruktur, der Arbeitsstättengebiete, der Wohngebiete, der Erholungsbereiche und die effektive Nutzung der Gebäude sowie der Anlagen und Netze der Stadttechnik sind mit den Generalbebauungsplänen der Städte konzeptionelle Grundlagen zur Reduzierung des spezifischen einmaligen und des laufenden Aufwandes bei der Reproduktion der Grundfonds und der Stadtentwicklung zu schaffen."

Es steht die Frage, welche Position wir zu den vor uns stehenden Aufgaben der intensiven Stadtentwicklung und -erneuerung und den damit verbundenen Reproduktionserfordernissen einnehmen.

- In Einschätzung der Situation stellen wir die Instandhaltung und Instandsetzung sowie Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz als Aufgabe besonderer Dringlichkeit an den Anfang. Das betrifft die Wohnbausubstanz, die Arbeitsstätten und gesellschaftlichen Einrichtungen ebenso wie die Netze, Anlagen und Einrichtungen der technischen Infrastruktur. Zunehmend werden Instandsetzungsmaßnahmen auch in jüngeren Baugebieten erforderlich.
  In den 90er Jahren muß eine neue Qualität des innerstädtischen Bauens entwickelt werden, bei der die notwendigen Erneuerungs- und Modernisierungsmaßnahmen eng mit der zunehmenden Deckung des großen Instandsetzungsbedarfs verbunden sind.
- Obwohl zahlreiche Untersuchungen belegen, daß die rationelle Nutzung der vorhandenen Bausubstanz und Baugebietsflächen ein erhebliches Intensivierungspotential darstellt, was in den meisten Städten Erweiterungen von Baugebietsflächen überflüssig machen würde, zeichnet sich noch eine starke Tendenz zum extensiven Wohnungsbau ab. Die jeweils effektivsten Reproduktionsformen müssen stadt- und standortkonkret, das heißt mit Hilfe der Generalbebauungsplanung bestimmt werden, und es ist eine neue Qualität der Einheit von Erhaltung, Modernisierung und Ersatzneubau erforderlich.
- Der häufig hohe Verschleiß stadttechnischer Netze und Anlagen in den Innenstädten erfordert zur Erhaltung der Versorgungssicherheit in den 90er Jahren teilweise umfangreiche Maßnahmen, relativ unabhängig davon, ob innerstädtisch gebaut wird oder nicht. Nachdrücklich möchten wir hervorheben: Werden die verfügbaren Tiefbaukapazitäten für die Erschließung neuer extensiver Standorte gebunden, dann können sowohl die notwendigen Rekonstruktionsmaßnahmen an den vorhandenen Netzen als auch der erforderliche stadttechnische Vorlauf für die komplexe Umgestaltung und Erneuerung der

2

3



Altbaugebiete nur zögernd realisiert werden.

– Eine große praktische Bedeutung für die komplexe Umgestaltung und Erneuerung der Baugebiete haben die planmäßige Freilenkung der abzubrechenden und zum Teil auch der zu modernisierenden Bausubstanz, die teilweise Neugestaltung von Eigentums- und Nutzungsrechtsverhältnissen, die rechtzeitge Neuordnung von Produktionsstätten sowie die Vorbereitung und Organisation der Nachnutzung und Umnutzung erhaltenswerter Bausubstanz im Zusammenhang mit der territorialen Rationalisierung der Produktion. Die Generalbebauungsplanung muß – u. a. mit städtebaulichen Leitplanungen – Konzeptionen zur koordinierten und vorausschauenden Vorbereitung der städtebaulichen Maßnahmen entwickeln. Eine intensive Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen der örtlichen Räte, mit Betrieben, Organisationen und mit der Bevölkerung ist hier notwendig.

– Bedenklich erscheint uns die z. T. bestehende Auffassung, daß die Aufgaben zur intensiven Stadtentwicklung unter weitgehender Beibehaltung der heutigen Struktur des Bauaufkommens schwerpunktmäßig durch Ersatzwohnungsbau auf großen Abrißflächen gelöst werden können. Erhaltenswerte und verschlissene Bausubstanz ist in den meisten Fällen so durchmischt, daß flächenhafter Abriß, wenn er für heutige Bauweisen zu technologisch günstigen Neubaustandorten führen soll, auch den Abriß guter, erhaltenswerter Substanz notwendig macht, was die Rekonstruktion oder den Ersatzneubau für schlechtere Bausubstanz mit ungerechtfertigt hohen Aufwendungen an anderer Stelle erfor-

2 Berlin. Stadtzentrum, Einheit von historischer und neuer Architektur.
3 Stralsund. Gebäude unterschiedlicher Architekturepochen reihen sich am Alten Markt.
4 Jena, Markt. Umgestaltung des ehemaligen Weinhauses „Göhre" zum Stadtmuseum
5 Güstrow, Markt. Erneuerung der Gebäude und Gestaltung als Fußgängerbereich


4

5


dert. Hinzu kommt, daß flächenhafter Abriß weit umfangreichere Verlagerungs- und Ersatzaufwendungen für Arbeitsstätten und gesellschaftliche Einrichtungen erforderlich macht als differenzierte, die Erhaltenswürdigkeit der vorhandenen Substanz weitestgehend berücksichtigende Erneuerungsmaßnahmen.
In diesem Zusammenhang erscheint die einseitige Anwendung der Theorie über die normative Nutzungsdauer von Gebäuden besonders gefährlich. Sie ist bequem für die Statistik, aber ungeeignet für städtebauliche, objektkonkrete Entscheidungen. Sie verabsolutiert das Baualter zum alleinigen Indikator für die Erhaltenswürdigkeit von Gebäuden. Damit wird jegliche Motivation zur rationellen Bewirtschaftung und Erhaltung älterer Bausubstanz sowohl bei den Bewohnern als auch bei den Rechtsträgern unterbunden. Nicht das Baualter, sondern die Bauausführung, die Bauweise, vor allem aber die Qualität und Kontinuität der laufenden Instandhaltung und die rechtzeitige Beseitigung auftretender kleinerer Bauschäden bestimmten die Ökonomie und die Dauer der Nutzbarkeit von Gebäuden.
Gebäude in solider Massivbauweise oder mit fachgerecht ausgeführten und geschützten Holzkonstruktionen können ohne größere Instandsetzungsaufwendungen Jahrhunderte überdauern.

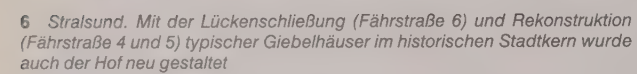
Es ist unumstritten, daß physisch und moralisch verschlissene, nicht modernisierungswürdige Bausubstanz ersetzt werden muß und daß dies in einem größeren Umfang erfolgen wird als in den 80er Jahren. Diese notwendigen Abbrüche müssen wir so weit wie möglich so durchführen, daß damit Voraussetzungen für strukturelle Verbesserungen



5



7



6 Stralsund. Mit der Lückenschließung (Fährstraße 6) und Rekonstruktion (Fährstraße 4 und 5) typischer Giebelhäuser im historischen Stadtkern wurde auch der Hof neu gestaltet

7 Schwerin. Neugestaltung des Rathausanbaus am Schlachtermarkt mit Anknüpfung an örtliche Architekturtraditionen

vor allem in den dichtbebauten Innenstädten entstehen. Das betrifft die Schaffung von Baufreiheit für notwendige gesellschaftliche Einrichtungen ebenso wie für die in einigen Fällen für Hauptverkehrsstraßen notwendige Erweiterung zu enger Straßenräume, vor allem aber für die Erhöhung des Anteils von Vegetationsflächen und für die schrittweise Verwirklichung der in den meisten Städten seit langem vorhandenen Konzeptionen zur Entwicklung des Systems der städtischen Freiflächen.

Wenn wir den Schwerpunkt der Bauaufgaben der nächsten Jahrzehnte auf die Instandsetzung, Erhaltung und Erneuerung der vorhandenen Baugebiete legen, dann ist uns bewußt, daß damit ganz neue Anforderungen an das Bauen, an die Entwicklung der Technologien, Organisationsformen und Arbeitskräfte gestellt werden. Wir wissen aber auch, daß wir gerade auf dem Gebiet der Erhaltung und Instandsetzung von Bausubstanz noch erhebliche Reserven haben, die durch zielgerichtete Forschungs- und Entwicklungsarbeit aber auch durch ein neues Ausbildungsprofil sowie neue Prinzipien der Leistungsbewertung im Bauwesen und anderen Bereichen zu erschließen sind. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Qualität der Bauausführung und der Dauerhaftigkeit der eingesetzten Materialien zu. Internationale Erfahrungen zeigen, daß damit die Produktivität bzw. Effektivität von Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen wesentlich gesteigert werden kann.

Hinzu kommt, daß die allgemeine Entwicklung durch eine progressiv zunehmende Verknappung von nichtregenerierbaren Material- und Energieressourcen gekennzeichnet ist, während die Rationalisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse in der Industrie tendenziell immer mehr zur Freisetzung von Arbeitskräften führt. Das macht die notwendige Orientierung des Bauwesens auf die Erhaltung, Instandsetzung und Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz zu einer Aufgabe, deren Lösung für ein rohstoffarmes Land, wie es die DDR ist, von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird.

Es muß uns gelingen, die notwendige weitere Verbesserung der Wohnbedingungen unserer Städte in den 90er Jahren so weit wie möglich durch die komplexe Umgestaltung und Erneuerung der vorhandenen Wohngebiete zu erreichen und dabei ungerechtfertigten extensiven Wohnungsbau ebenso wie den Abbruch erhaltenswerter Bausubstanz grundsätzlich zu vermeiden.

Eine ungerechtfertigte extensive Entwicklung hätte einschneidende negative Folgen für die ökonomische und kulturelle Entwicklung unserer Städte. Sie würde ein weiteres ungerechtfertigtes Wachstum der Netze der technischen Infrastruktur und des Volumens der Bausubstanz der Städte insgesamt hervorrufen. Die dringenden Instandsetzungs- und Instandhaltungsaufgaben würden so nicht gelöst, sondern weiter vergrößert werden, die laufenden Kosten für die Bewirtschaftung der Städte würden weit über das notwendige Maß hinaus anwachsen, die Nutzungsintensität der vorhandenen Baugebiete würde weiter sinken, ihr baulicher Zustand würde sich ebenso wie das sozial-räumliche Milieu verschlechtern.

So bleibt der Wohnungsbau – allerdings in einer neuen Weise – auch in den 90er Jahren der Faktor, der die Entwicklung unserer Städte entscheidend bestimmen wird. Wenn er im Sinne der intensiven Stadtentwicklung geplant und durchgeführt werden soll, erfordert er jedoch in viel stärkerem Maße als bisher die Komplexität der Planung:

- Tiefgehende Untersuchungen sind für alle Bereiche der Produktion, insbesondere für die Neuordnung und territoriale Rationalisierung der innerstädtischen Arbeitsstätten erforderlich.
  Hier müssen vor allem die Erfordernisse der zeitlichen und räumlichen Koordinierung mit den anderen städtebaulichen Maßnahmen aus der Sicht gesamtvolkswirtschaftlicher und nicht nur zweiglicher Effektivität berücksichtigt werden.
- In enger Zusammenarbeit mit der Generalverkehrsplanung sind realistische Lösungen für die Neugestaltung der städtischen Verkehrsräume zu entwickeln.
- Landeskultur und Stadtökologie gewinnen zunehmende Bedeutung für die Stadtbewohner, ihr Wohlbefinden und ihre Heimatbindung.

V.

Die Stadtentwicklung hat im Rahmen der sozialistischen Intensivierung erheblichen Einfluß auf den rationellen Einsatz vor allem nichtregenerierbarer Ressourcen wie Material, Energie und Bauland ebenso wie auf die weitere Vervollkommnung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, auf die Produktivkraftentwicklung ebenso wie auf die Herausbildung der sozialistischen Kultur und Lebensweise.

Hier liegen die entscheidenden Effektivitätspotentiale des sozialistischen Städtebaus, die nur durch langfristig vorausschauendes mit allen Beteiligten abgestimmtes und koordiniertes Planen und Handeln zur Wirkung gebracht werden können.

Es ergeben sich daraus u. E. folgende Schlußfolgerungen und gegenüber bisherigen Planungen neue Aufgaben:

- Gesamtstaatliche Reproduktionsstrategien für die Wohnungsbausubstanz müssen die stadt- und standortkonkreten Reproduktionsbedingungen, die durch die vorhandenen baulich-räumlichen Strukturen gegeben sind, berücksichtigen und bedürfen deshalb der Untersetzung durch die Generalbebauungsplanung.
  Im Sinne der Beherrschung der Ziel-Mittel-Dialektik ist eine enge Wechselwirkung zwischen der Arbeit an den technisch-ökonomischen Konzeptionen des Bauwesens und der Generalbebauungsplanung der Städte herzustellen. Dazu müssen die mit der Anordnung festgelegten zentralen Begutachtungen und Auswertungen der Generalbebauungspläne wirkungsvoll genutzt werden.
- Die Effektivität der städtebaulichen Maßnahmen und Bauvorhaben der 90er Jahre muß daran gemessen werden, wie diese zur weiteren Vervollkommnung der Ökonomie und Kultur der Stadt als Ganzes beitragen. Die entscheidenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Effekte können – bei aller Notwendigkeit der Erhöhung der Ökonomie des Bauens selbst – nur bei einer ganzheitlichen Betrachtung und Planung der Stadt im Sinne der Beherrschung der Dialektik von Teil und Ganzem bestimmt und erreicht werden. Mit der





8 *Greifswald. Neue und rekonstruierte Wohngebäude im 2. Bauabschnitt der Altstadt*

9 *Zeulenroda. Lückenschließung in traditioneller Bauweise in der Altstadt*

stadtkonkreten, differenzierten Umgestaltung, Erhaltung und rationellen Nutzung der vorhandenen Baugebiete ist die Inanspruchnahme von Ressourcen, Investitionen und laufenden Kosten für die Bewirtschaftung der Stadt auf das notwendige Maß zu begrenzen. Damit ist zu verbinden, daß die Geschichte der Stadt als Einheit von Altem und Neuem erlebbar bleibt und der drohende Verfall volkswirtschaftlich und kulturhistorisch wertvoller Gebäude, städtebaulicher Räume und Strukturen verhindert wird.

– Die notwendige neue Qualität des Bauens der 90er Jahre kann nicht von heute auf morgen, sondern nur schrittweise durch planmäßige Entwicklung der Kapazitäten und neuer Organisationsformen der Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Maßnahmen erreicht werden.

In diesem Zusammenhang ist es die wichtigste Aufgabe der Generalbebauungsplanung, für jede Stadt eine realistische Strategie des planmäßigen Überganges zur intensiven Stadtentwicklung zu erarbeiten.

Für zahlreiche Städte geht es dabei darum, Standorte auszuweisen, auf denen in der ersten Hälfte der 90er Jahre weitgehend mit den gegenwärtigen Erzeugnissen, ohne Nachteile für Struktur und Gestalt der Stadt rationell gebaut werden kann und mit deren Erschließung zugleich stadttechnischer Vorlauf für das weitere innerstädtische Bauen geschaffen wird.

Parallel dazu ist es erforderlich, in enger Wechselwirkung zwischen örtlicher und zentraler Ebene sowie zwischen Forschung und Praxis alle Maßnahmen einzuleiten und Voraussetzungen zu schaffen, daß die komplexe und intensive Erneuerung und Erhaltung unserer Städte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre mit hoher sozialer, kultureller und ökonomischer Effektivität als langfristiger, kontinuierlicher Prozeß gestaltet werden kann. Dabei wird immer deutlicher, daß die intensive Stadtentwicklung über eine entsprechende Neuprofilierung der Baukapazitäten und die Weiterentwicklung der Technologien und Organisationsformen für das innerstädtische Bauen hinaus, grundlegende Fragen der Bewirtschaftung der Bausubstanz, des Einsatzes gesellschaftlicher und individueller Fonds und Kapazitäten bei der Erhaltung und Umgestaltung der Bausubstanz sowie der Entwickung und Verfügbarkeit der Fonds und Kapazitäten auf der örtlichen Ebene aufwirft, die mit der Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem, dem erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der sozialistischen Demokratie in der DDR herangereift sind und für die in intensiver Zusammenarbeit von Städtebauforschung und Gesellschaftswissenschaften Lösungen ausgearbeitet werden müssen. Die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten sind ebenso wie die Ausbildung der Facharbeiter, Ingenieure und Architekten konsequent auf die neuen Aufgaben der intensiven Stadtentwicklung zu lenken.

VI.

Zu den vordringlichen Aufgaben der Generalbebauungsplanung gehören die Präzisierung und Qualifizierung der Entscheidungsgrundlagen für die weitere Gestaltung der Stadtzentren. Die gesellschaftspolitische Bedeutung dieser Aufgabe ergibt sich aus dem hohen Stellenwert, den diese relativ kleinen Stadtgebiete – sie nehmen oftmals weniger als 0,5 % und selten mehr als 5 % des Stadtterritoriums ein – für das materielle und kulturelle Lebensniveau der Bürger, für die Arbeits- und Lebensbedingungen tausender Einwohner und für das Erscheinungsbild der Stadt, seine Ausstrahlung auf Bewohner und Besucher haben.

Die oftmals einmaligen kulturhistorischen Werte der Stadtzentren sind zu aktivieren, und neuen gesellschaftlichen Erfordernissen ist Raum zu geben.

Wir erwarten, daß in den 90er Jahren die Bedeutung der Stadtzentren als besonders erlebnisreiche Versorgungszentren und als politische und kulturelle Mitte der Städte weiter wächst.

Wie und auf welchem Niveau die Erneuerung der Stadtzentren im nächsten Jahrzehnt bewältigt wird, ist von jedem Bürger und auch von der zunehmenden Zahl ausländischer Besucher unmittelbar überprüfbar. Die praktischen Ergebnisse auf diesem Gebiet werden deshalb nach der Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem zunehmend zum Indiz gesamtgesellschaftlichen Leistungsvermögens und zu einem politischen Faktor, der die internationale Ausstrahlung und das Ansehen der DDR beeinflußt.

Wir vertreten daher die Forderung – auch bei Anerkennung der arbeitsmäßigen Belastungen – städtebauliche Leitplanungen für Stadtzentren grundsätzlich zu bearbeiten, wie es die Richtlinie vorsieht. Ihre Wirksamkeit wird davon abhängen, wie es gelingt, zukunftsorientierte und flexible Gestaltungs- und Nutzungskonzeptionen mit Realisierungskonzeptionen in Übereinstimmung zu bringen.

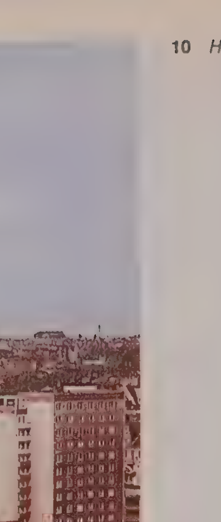
Die Variantenbearbeitung muß die Erfordernisse einer verantwortungsbewußten Erhaltung und Erneuerung aufzeigen und den örtlichen Räten Entscheidungssicherheit und auch Einwirkungsmöglichkeit auf Wirtschaftsbereiche sowie auf das Einsatzprofil des Bauwesens geben. Hier übernehmen Städtebauer und Architekten eine große Verantwortung für die Weichenstellung in die Zukunft.

Ziele und Wege der Planungsarbeit und Lösungsansätze werden sich von Stadtzentrum zu Stadtzentrum unterscheiden. Bereits jetzt läßt sich am Aufbau kriegszerstörter Zentren, am Zustand historischer Altstadt-Zentren, am Niveau der infrastrukturellen Ausstattung und an den Ergebnissen praktischer Denkmalpflege das sehr differenzierte Reproduktionsverhalten der Städte ablesen, das sowohl zu bedeutsamen Ergebnissen geführt als auch nicht wenige Aufgaben noch ungelöst gelassen hat.

Entwicklungen und Strategien, die z. B. in Frankfurt/O., Neubrandenburg, Halle und Gera zu überzeugenden Ergebnissen geführt haben und führen, sind nicht ohne weiteres auf Städte wie Bautzen, Meißen oder Stralsund übertragbar.

Eine wesentliche Unterstützung durch den Bund der Architekten sehen wir darin, zur Ausbildung gesellschaftlicher Wertorientierungen beizutragen, die schließlich ausschlaggebend für das Verhalten und Han-





10

10 *Halle. Rekonstruktionsgebiet Brunoswarte*

deln, für das Mobilisieren von Kräften zur Erhaltung und Erneuerung der Stadtzentren sein werden. Verantwortungsbewußt erarbeitete Standpunkte zur Festigung übereinstimmender Haltungen – in einigen Zentralen Fachgruppen ständige Praxis – gehören dazu.
Dabei verdienen die durch ihre reiche Kulturgeschichte geprägten, im Bauzustand oftmals gefährdeten Stadtzentren einiger Großstädte und Mittel- und Kleinstädte unsere erhöhte Aufmerksamkeit. Ihre Erhaltung und Erneuerung ist im besonderen Maße mit der im Programm der SED enthaltenen Verpflichtungen verbunden, „die historisch entstandenen kulturellen Werte und progressiven Züge in der Struktur und im Antlitz der Städte soweit wie möglich zu bewahren und immer günstigere Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Lebensweise zu schaffen".
Die meisten Stadtzentren verdanken ihren spezifischen Charakter und ihre typische Atmosphäre dem Formenreichtum der oftmals im Zeitraum mehrerer Jahrhunderte entstandenen Bauten und Ensembles. Wir meinen, daß die für jedes Stadtzentrum erforderliche Analyse ihrer charakteristischen Merkmale und kulturhistorischen Werte ausreichend Argumente liefert, der Erhaltung der authentischen baulichen Zeugen ihrer Geschichte den Vorrang vor einem undifferenzierten Ersatzneubau zu geben.
Gleichzeitig gilt die Forderung, die Qualität des Neubaus besonders in den Stadtzentren unter weitgehender Anwendung industrieller Verfahren entscheidend zu erhöhen und standortgerechte Lösungen nach standortgerechten Projekten durchzusetzen. Großflächiger Ersatzneubau hat oftmals nicht nur die Beseitigung stadtcharakteristischer Bausubstanz, sondern auch die Veränderung städtebaulicher Strukturen zur Folge, die im hohen Maße die Geschichte der Stadt verkörpern.
Kleine Neubaustandorte erleichtern es, historische Kontinuität und gestalterische Identität zu erhalten und weiter auszuprägen. Stadtzentren werden auch in Zukunft Standorte des Wohnens aber auch Konzentrationsbereiche von Arbeitsstätten sein. Für alle Stadtzentren ist und bleibt ein besonders hoher Grad der Funktionsmischung in den Quartieren, Straßenräumen und Gebäuden typisch. Das unterstreicht die Notwendigkeit komplexer städtebaulicher Planung, läßt aber auch erkennen, daß die Stadtzentren ausschließlich mit den Mitteln des komplexen Wohnungbaus nicht zu reproduzieren sind. Das Zusammenwirken aller Plan- und Investitionsträger ist hier besonders wichtig.

VII.

Jedem Städtebauer und Architekten ist bewußt, daß der durch die zentrale Anordnung eingeleitete und für die nächsten Jahrzehnte verbindliche Prozeß der Generalbebauungspläne der Städte Anforderungen an die Organisation, die analytische und konzeptionelle Arbeit, an die wissenschaftliche Durchdringung und die überzeugende Begründung von Lösungsvorschlägen stellt, in einer Breite und Tiefe, wie sie bisher nur selten erreicht werden konnten. Zwingend wird daher, die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit ingenieurtechnischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen, mit allen im Territorium planenden Institutionen, mit Kommunalpolitikern, den politischen Leitungen und gesellschaftlichen Organisationen noch enger und wirksamer zu gestalten und dabei überall Verbündete für die Aufgabenlösung und die Ergebnisumsetzung zu finden.
Die Standpunkte und Empfehlungen der Zentralen Fachgruppe Städtebau enthalten dazu Orientierungen und Aufgaben für alle Ebenen des Bundes.
An erster Stelle steht dabei die Ausbildung eines gemeinsamen Problembewußtseins zur intensiven sozialen, kulturvollen und ökonomischen Stadtentwicklung – sowohl in den Zentralen Fachgruppen als auch unter den Architekten in allen Arbeitsgebieten – und ausstrahlend auf alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens, die Volksvertretungen, die Räte, die Betriebe und gesellschaftlichen Organisationen.
Wesentliche Bedeutungen messen wir dem ständigen Erfahrungsaustausch und der Verbreitung neuester Erkenntnisse bei, wozu die bestehenden, bewährten organisatorischen Formen weiter zu entwickeln sind.
Wir sehen auch die Notwendigkeit und Möglichkeiten, angesichts des großen Arbeitsumfangs, unmittelbar an der Aufgabenlösung mitzuwirken. Besonders bei der Ausarbeitung von Leitplanungen für Stadtzentren, städtische Teilgebiete und für Kleinstädte sowie bei der Ausarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen sind geeignete Formen zu finden, den Mitgliedern und Kollektiven des Bundes die Bearbeitung von Teilaufgaben zu übertragen. Dabei können Erfahrungen genutzt werden, die in vergangenen Jahren fast alle Bezirksgruppen mit Entwurfsklausuren und Wettbewerben sowie bei der Ausarbeitung von Variantenvergleichen und Expertisen gesammelt haben. Gerade hier, am konkreten Beispiel, ist die Zusammenarbeit der Städtebauer und Architekten, staatlicher Leitungen und der Projektierungseinrichtungen der Baubetriebe und -kombinate unter Einbeziehung von Technologen und Kommunalpolitikern am effektivsten. Nachdrücklich möchten wir die Architekten aufrufen, sich für die Ausarbeitung von Gebäudelösungen einzusetzen, die zu einer Raum- und Gestaltqualität führen, die der Individualität jeder Stadt und den konkreten Standorten gerecht wird. Das ist ein dringend notwendiger Beitrag, die mit der Generalbebauungsplanung verfolgten Ziele intensiver Stadtentwicklung zu erreichen.
Die Generalbebauungsplanung ist auf die Entfaltung der sozialistischen Lebensweise und auf die Stärkung der Wirtschaftskraft der DDR gerichtet. Die Verwirklichung dieser Pläne und Entwürfe ist nur in einer friedlichen Zukunft möglich.
Sich verbessernde politische Bedingungen zur Lösung globaler Menschheitsprobleme, die Hoffnung auf weitere Fortschritte in der Abrüstung und zur Sicherung des Friedens ermutigen uns in unserer Arbeit.



1 *Annaberger Straße*

Generalbebauungsplanung und Leitplanung im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Dr.-Ing. Rainer Krettek
Bezirksarchitekt

Zum Zeitpunkt der Übergabe der dreimillionsten seit 1971 in der DDR gebauten Wohnung konnte auch der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 327495 seit dem VIII. Parteitag der SED neu gebauten und modernisierten Wohnungen eine gute, für das Leben der Bürger wirksame Bilanz ziehen. Die Voraussetzung für dieses Ergebnis haben auch unsere Architekten mitgeschaffen.
Mit großer Aufmerksamkeit und hohem Engagement für die Durchsetzung unserer Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur widmen wir uns heute der Generalbebauungsplanung, dem innerstädtischen Bauen und damit verbunden der Rekonstruktion unserer Städte und Gemeinden.

Mitwirkung des BdA

Die Bezirksgruppe Karl-Marx-Stadt des Bundes der Architekten der DDR umfaßt 310 Mitglieder. Als Bezirksgruppe des mit 1,93 Millionen Einwohnern in 601 Städten und Gemeinden dichtbesiedelsten Bezirkes der DDR schätzen wir ein, daß wir in Fortführung unserer guten Bilanz vor komplizierten Aufgaben bei der Vorbereitung der Investitionen der kommenden Jahre, den grundsätzlichen Arbeiten zum günstigsten Reproduktionsprozeß, beginnend mit dem Generalbebauungsplan, sowie den Erfordernissen zur Unterstützung von örtlichen Räten bis hin zur Erarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen stehen
Nicht jeder Anforderung oder Bitte zur Mitwirkung oder Unterstützung werden wir uns mit dem eingangs genannten Kaderbestand stellen können, sondern werden uns wie in den vergangenen Jahren nur den Schwerpunkten widmen können. Zu diesen Schwerpunkten zählen wir an erster Stelle die Lösung von grundsätzlichen Aufgaben bei der Weiterentwickung unserer Erzeugnisse des Wohnungsbaues und Gesellschaftsbau, um auch bei der Weiterführung des Wohnungbaues nach 1990 durch standortkonkrete Lösungen den nahezu ausschließlichen Ersatzwohnungsbau des Bezirkes in der maximal erreichbaren Qualität in Städebau und Architektur, gepaart mit guten sozialen Qualitäten, zu lösen. Aus unserer Sicht schätzen wir für den Bezirk Karl-Marx-Stadt ein, daß diese Zielstellung unter den gegenwärtigen Bedingungen der ökonomischen Erfordernisse zur Sicherung der Produktion im bezirklichen Bauwesen nicht einfach umzusetzen ist. Wertvolle Unterstützung erhalten wir in unseren Bemühungen durch die örtlichen Räte, und den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, der unseren Grundsatz „politisch wirksam wird nur das Gebaute, nicht der Entwurf“ mit trägt und in Umsetzung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen mit Leben erfüllen hilft. Den Kapazitäten unserer Bezirksgruppe entsprechend bemühen wir uns, weiterhin auf der Grundlage von Rahmenvereinbarungen allen interessierten Investträgern Unterstützung durch die Erarbeitung von Studien und Prinziplösungen bei der Vorbereitung von Investitionen zu geben.
Beispielhaft sei hier nur die Aktivität in Vorbereitung des VIII. Pioniertreffens genannt, in deren Ergebnis Architekten unseres Verbandes Spielplätze entworfen haben, den Aufbau von gesellschaftlichen Zentren des Treffens gestalterisch betreut haben u. a. m. Insgesamt stehen 70 realisierte Aufträge örtlicher Räte oder Investträger im Zeitraum 1985 bis 1988 zu Buche. Ein dritter Schwerpunkt unserer Arbeit als Bezirksgruppe betrifft die Qualitätssicherung im Industriebau. Wir unterstützen in Übereinstimmung mit der ZFG Industriebau alle Bemühungen zur standortkonkreten Realisierung von langfristig bestätigten Konzeptionen und wenden uns energisch gegen Tendenzen, aus den Erfordernissen zur Lösung von Tagesaufgaben Objekte zu realisieren, die die Effektivität der Gesamtlösung in Frage stellen. Als beispielgebend schätzen wir zur Stunde die Leistungen unse-


2

2 *Karl-Marx-Stadt, innerstädtisches Wohngebiet am Sonnenberg*
3 *Klingenthal, innerstädtischer Wohnungsbau, Planung 1991–95*

rer Kollegen der Industrieprojektierung des Standortes Textima ein. Mit diesem Vorhaben wird der Beweis erbracht, daß Industriebau und Wohnungsbau am Standort Reichsbahnbogen der Bezirksstadt in funktioneller und gestalterischer Harmonie gleichberechtigte Planungselemente sind.
Eingebettet in diese von uns verfolgten Schwerpunkte ist auch der Prozeß der von unserem Bundeskongreß beschlossenen Aufwandssenkung im Rahmen der gemeinsamen Initiative des Bundes der Architekten, der Kammer der Technik und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Wir sind stolz darauf, daß wir standort- und objektkonkret untersetzbare Aufwandssenkungen in Höhe von 15,6 Millionen Mark bis Mitte des Jahres 1988 nachweisen konnten. Wir werden uns auch weiterhin mit unserer ganzen Kraft dieser Aufgabe von der städtebaulichen Planung bis in die Durchführung stellen.

Tendenzen und Probleme

Wir haben jetzt nach dem Beschluß zur Durchführung der Generalbebauungsplanung die Aufgabe, 1988 die Einheit von Generalbebauungsplan und Generalverkehrsplan in den Städten Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Plauen sicherzustellen. Zugleich sind für weitere 33 Städte die Aufgaben der Generalbebauungs- bzw. Leitplanung bis 1990 zu lösen. Diese Arbeiten haben wir mit Unterstützung eines dementsprechenden Beschlusses des Rates des Bezirkes vorbereitet oder befinden uns in der Vorbereitungsphase.
Wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß unser bezirklicher Arbeitsstand aus der Einschätzung der geführten Seminare, unter Leitung des Ministeriums für Bauwesen, als gut und solide eingeschätzt wird. Wir müssen aber Schlußfolgerungen daraus ziehen, daß wir in unserem Bezirk mit 601 Städten und Gemeinden 70 Städte haben, von denen 34 Städte nicht in die Nomenklatur fallen. Darüber hinaus haben wir die Verpflichtung, an der Qualifizierung der Ortsgestaltungskonzeptionen zu komplexen Entwicklungskonzeptionen in rund 430 Gemeinden Unterstützung zu leisten. Die überwiegende Zahl der Gemeinden des Bezirkes hat durch ihr industrielles Gepräge und damit zusammenhängende Fragen funktioneller und struktureller Ordnungsprinzipien einen hohen Bedarf planerischen Vorlaufes, dem wir uns zur Zeit nur ungenügend stellen konnten.
Für unseren Bezirk hat daher die in der Methodik der Generalbebauungsplanung verankerte Leitplanung eine herausragende Bedeutung. Nur mit dieser methodischen Form sind wir in der Lage, unsere Probleme mit optimaler Breitenwirksamkeit zu lösen. Diesen Standpunkt unterstützen die gegenwärtigen, aus den ersten Überlegungen zur Standortkonzeption 1991–1995 erkennbaren Tendenzen, die sich bis 2000 weiter fortsetzen werden.
Diese für unsere Arbeit relevanten Tendenzen sind:
■ Die Siedlungsstruktur unseres Bezirkes erfordert die Weiterführung des Wohnungsbaues nach 1990 standortgerecht auf immer kleiner werdenden Standorten, eine Folge der Größenstruktur unserer Siedlungen insgesamt, bei gleichzeitig wachsenden Standortbedingungen mit Auswirkungen auf die zur Lösung der Aufgaben zur Verfügung stehenden Bauweisen und Einzellösungen des Wohnens, Arbeitens und Kommunizierens.
■ Die infrastrukturellen Ausstattungsmerkmale unserer Siedlungen, in erster Linie die Anlagen und Netze für Wasser und Abwasser, entsprechen oft noch nicht den technischen Erfordernissen zur Sicherstellung der notwendigen Ver- und Entsorgungsleistungen und zur Gewährleistung der Erfordernisse des Umweltschutzes. Daraus ist zu schlußfolgern, daß in jedem Fall auf stadtplanerischem Gebiet komplexe Lösungsansätze erarbeitet werden müssen, um Fehlentscheidungen bei der Einordnung von Einzelmaßnahmen vorzubeugen.
■ Das für den Bezirk charakteristische industrielle Gepräge nahezu aller Siedlungen wirft bei der Fortführung des Wohnungbaues in den 90er Jahren die Frage des stadtplanerischen Umganges mit den Arbeitsstätten des produktiven und nichtproduktiven Bereiches in neuen Dimensionen auf. Fehlender planerischer Vorlauf im Zusammenhang mit ungeklärten oder offenen Fragen zur Flächennutzung, Nachbarschaftsbeziehungen und gemeinsamen technischen Bindungen im infrastrukturellen Bereich haben zur Folge, daß Einzelmaßnahmen nicht immer mit der vom XI. Parteitag geforderten gesamtgesellschaftlichen Effektivität realisiert werden können.
Diese Tendenzen, die wichtige Aufgaben in unserem Bezirk zum gegenwärtigen Zeitpunkt kennzeichnen und mit unserem eigenen Arbeitsvermögen zusammenhängen, sind nach meiner Auffassung auch Ausdruck der gegenwärtig in der ganzen DDR geführten Diskussion um die Fragen der Wirksamkeit von Städtebau und Architektur und unserer Verantwortung bei der Übereinstimmung von Ökonomie und Gestaltung.

Ansatzpunkte für Lösungen

Im folgenden möchte ich einige Ansatzpunkte für Lösungen darlegen, die für unseren Bezirk relevant sind, dem gegenwärtigen Erfahrungsstand aus rund 50 Leitplanungen der letzten vier Jahre und ersten Erkenntnissen aus den bisherigen Analysen zu den Generalbebauungsplanungen entsprechen.
1. In Umsetzung der Richtlinie über die

Generalbebauungsplanung hat die Leitplanung als vereinfachte Form im Bezirk Priorität.

Die von unserem Rat 1984 bestätigte Methodik sowie die 1986 durch den Vorsitzenden des Rates vollzogene feste Verankerung der Leitplanung in die bezirkliche Kette der Investvorbereitung sichert die erforderliche Kontinuität der Investvorbereitung in allen Bereichen der Volkswirtschaft und trägt dazu bei, den örtlichen Räten realistische Empfehlungen zur Organisation des baulichen Reproduktionsprozesses für alle baulichen Grundfonds und Anlagen zu geben.

Die von uns in der Leitplanung im Planteil „Intensivierungsbedingungen“ vollzogene Synthese generalplanerischer Aussagen und flächendeckender Empfehlungen zur vorherrschenden Reproduktionsform, unter Beachtung infrastruktureller Bedingungen, befriedigt den Grundbedarf an Informationen zur Gestaltung des kommunalen Entscheidungsprozesses und sichert die Stabilität von Entscheidungen zu weiteren standortkonkreten Investitionen.

2. Die bisherigen Ergebnisse der Leitplanung und der Kenntnisstand der Analysen der ersten Generalbebauungsplanungen belegen, daß sich die Entwicklung der Städte und Siedlungen bis zum Jahr 2000 unter dem Aspekt vollziehen wird, die Stabilität des Siedlungsnetzes zu erhalten und die Intensität der Nutzung vorhandener Kapazitäten zu erhöhen. Besonders in Klein- und Mittelstädten mit höheren Abwanderungsverlusten und zum Teil überalterter Bevölkerung gewinnt dieser Aspekt zunehmend an Bedeutung und wird ausschließlich durch die soziale Qualität der zu gestaltenden Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmt. Die Kernfrage bei einer großen Zahl von Siedlungskörpern mit extensiv realisierten Standorten ist die Intensivierung der Flächennutzung mit zweckmäßiger Mischung der Funktionen. Den gegenwärtig sich noch vollziehenden Tendenzen des Rückganges der Intensität der Flächennutzung durch technische, technologische und ökonomische Faktoren und durch sie begünstigten extensiven Entwicklung ist Einhalt zu gebieten. Der Zusammenhang zwischen sozial-räumlicher und sozial-ökonomischer Qualität ist im städtebaulichen Planungsprozeß herzustellen und nachzuweisen.

3. Das Bewußtsein, daß die Bauaufgaben der 90er Jahre, die wir gegenwärtig vorzubereiten haben, im Vergleich zu den Aufgaben der letzten zwei Jahrzehnte neue qualitative Züge tragen, ist mit den Mitteln der Leitplanung stärker im gesellschaftlichen Rahmen auszuprägen.



3

Nicht selten überwiegt zur Stunde die Neigung, perspektivische Fragen der Qualifizierung der Stadtstruktur, des Städtebaues, der weiteren ästhetischen Qualifizierung unserer Erzeugnisse und der sozialen Qualität unserer gebauten räumlichen Umwelt aus dem Blickwinkel des von ökonomischen Tagesfragen belasteten Leiters zu entscheiden. Mit der Leitplanung in die Bebauungskonzeption sind wir in der Lage, unter Zugrundelegung aller bekannten sozialen und ökonomischen Einflußfaktoren alternative Entscheidungsgrundlagen zu liefern, die für eine Realisierung zugrunde gelegt werden können. Entscheidend ist, permanent den Kenntnisstand der Leitplanung als Grundlage für die Qualifizierung von Aufgabenstellungen in allen planenden und realisierenden, mit der Bauaufgabe verflochtenen Bereichen zu nutzen und längerfristige Reproduktionsstrategien auch für die materiell-technische Basis abzuleiten.

4. Die Leitplanung ist ein über die unmittelbare Investitionsvorbereitung hinausgehendes Instrument der Kommunalpolitik. In Übereinstimmung mit den in der generalplanenden Phase zu fixierenden Einwohnerentwicklung und Verteilung der Gesamtstadt kann die Leitplanung insbesondere Aufschluß für wohnungspolitische Strategien vermitteln. Die berechtigte Forderung zum überwiegenden innerstädtischen Wohnungsbau nach 1990 benötigt wohnungspolitische Konzeptionen, die bauvorbereitenden Charakter tragen. Diese Position schließt ein, daß einerseits für großflächige Gebiete Voraussetzungen für eine Erneuerung zu schaffen sind und andererseits Einzelgebäude vollständig bewohnt bleiben. Die gegenwärtigen Sachverhalte im bezirklichen Verhältnis von Wohnungen zu Haushalten begünstigen sporadisches Mietverhalten, aber damit auch den Verfall von Einzelgebäuden bei Vergrößerung des erforderlichen Bauvolumens für den Ersatzneubau und des Reparatursektors.

5. Unter Beachtung der Situation der Arbeitsstätten in unseren Siedlungen erscheint im Zusammenhang mit dem innerstädtischen Wohnungsbau die Überprüfung der Beibehaltung alter Strukturen in städtischen Mischgebieten mit überwiegendem Produktionscharakter erforderlich. Aus dem gegenwärtigen Erkenntnisstand ist das Problem der für die Neubebauung bestehenden Bindungen auf Grund fehlender finanzieller und kapazitiver Möglichkeiten der Verlagerung nicht zu lösen. Beginnend in der generellen Planungsphase der Stadt, sind Teilgebiete auch als Gegenstand weiterer städtebaulicher Leitplanung neu zu ordnen.

Die Planung der produktiven Bereiche im Städtebau ist eine städtebauliche Angebotsplanung, die nach den Möglichkeiten der Betriebe und Kombinate realisiert wird. Die auf die Standortpolitik wirkenden Faktoren sind dynamischer als die für den Wohnungsbau gültigen Kriterien. Daher hat sich die städtebauliche Planung auf die Planung der die Standortangebote begünstigenden und begrenzenden Faktoren zu beschränken. Die Aktivierung dieser planmethodischen Aspekte ist notwendig, da die Zeit, den innerstädtischen Wohnungsbau allein mit dem Schließen von Lükken gleichzusetzen, endgültig vorbei ist.

6. Allen Reproduktionsstrategien unserer Städte und Gemeinden sind real verfügbare Kapazitäten zugrunde zu legen. Die gegenwärtig noch häufig fehlende Rückkopplung zwischen dem real verfügbaren Kapazitätseinsatz und den stadtplanerisch fixierten Erfordernissen

trägt tendenziell nicht zur Erhaltung oder Erneuerung bedeutender Teile unserer Städte bei. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die realen Substanzbedingungen einen bestimmten Mindestabgang von mit vertretbarem Aufwand nicht mehr erhaltbarer Bausubstanz im Bezirk erfordern. Diesen Prozeßablauf werte ich objektiv, da es keine Möglichkeit gibt, Kapazitäten beliebig aus dem Boden zu stampfen, die die bisherigen Proportionen im Reproduktionsprozeß völlig verändern. Es hilft also nichts, sich an Altsubstanz zu klammern, deren Erhaltung soviel Kapazität erfordert, daß im gleichen Zeitraum heute noch erhaltenswerte Substanz verfällt. Zum Erhaltenswerten zähle ich neben Wohnungen und einmaliger denkmalgeschützter Substanz auch die überwiegende Zahl unserer Stadtzentren, die nicht mehr als 5 % der bebauten Flächen ausmachen. Wir haben daher den Standpunkt erarbeitet, die Leitplanungen in ihren generellen Orientierungen zur Reproduktion der Altbausubstanz überwiegend Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen als Entscheidungsvorschlag zugrunde zu legen, um das vorhandene Kapazitätsvolumen im maximal möglichen Umfang zu spreizen und damit einen wirksamen Beitrag zur Stadtgestaltung durch Erhaltung baulich geeigneter Substanz zu leisten.

7. Diese Position hat natürlich zur Folge, daß wir uns in Übereinstimmung mit geltenden volkswirtschaftlichen Effektivitätskriterien, denen wir uns nicht entziehen können, auch zu großflächigen Ersatzbaulösungen entscheiden, die in sich die Vorteile bieten, daß sie verbesserte Lösungsansätze für die Arbeitsstätten durch funktionelle und strukturelle Neuordnung bei teilweiser Weiternutzung der Altbausubstanz, aber auch für die Umsetzung gestalterischer Lösungen vom Massenaufbau bis zum Detail der Architektur bieten. Diese Position ist natürlich in ihrer Dimension dadurch zu relativieren, daß, wie ich schon in den Standorttendenzen zum Ausdruck gebracht habe, standortgerechtes Bauen Standortgrößen zwischen 200 und 400 Wohnungen als bezirkstypische Situation beinhaltet. Bezogen auf unsere Großstädte, haben wir aber auch den Standpunkt, daß hier Einheiten von 1000 und mehr Wohnungen weiter zu diskutieren sind.

8. Die Leitplanung, die in der von uns praktizierten Form die Verbindung von generalplanerischen Aussagen bis zu



4

5



einem standortkonkreten Grundentwurf der Gestaltung beinhaltet, ist auch ein ausgezeichnetes Instrument zur Organisation wissenschaftlich-technischer Arbeit in allen Betrieben des Bauwesens. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man diesen stadtplanerisch-gestalterischen Grundsatzdokumentationen generelle Entwicklungstendenzen technischer Politik entnehmen kann, deren Kenntnis im Durchschnitt mindestens 8 Jahre vor Realisierung eine entsprechende Reproduktionsstrategie in grundsätzlichen verfahrenstechnischen, technologischen und produktionsorganisatorischen Prozessen, einschließlich der materiell-technischen Basis, zuläßt und damit standörtliche Differenzierungen gewährleistet. Der gleiche Standpunkt gilt aus unserer Sicht auch für alle auf den Prozeß der Ökonomie wirkenden Faktoren.

Ich möchte damit die Gewißheit vermitteln, daß wir uns auch künftig als engagierte Partner bei der Lösung gestellter Aufgaben erweisen werden, die realitätsbezogen und mit dem erforderlichen Weitblick für das Wohl der Menschen in einer ästhetisch gestalteten baulichen Umwelt eintreten.

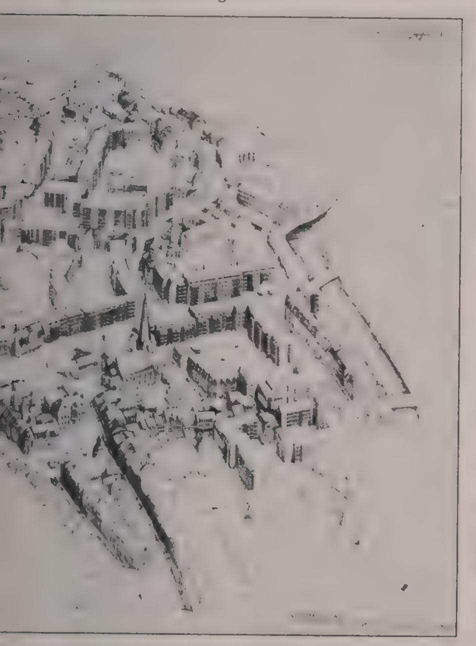
4 *Zwickau, Fußgängerzone*

5 *Hohenstein-Ernstthal, Marktplatz*

6 *Crimmitschau, Innerstädtisches Umgestaltungsgebiet „Parkgasse"*

7 *Freiberg, Innenstadtbereich*

8 *Plauen, Neubaugebiet*



6



7

8





1

Landschaftstag Hiddensee

Achim Felz
Bauakademie der DDR

Seit 1966 werden in der DDR zu ausgewählten und durch besondere Naturbedingungen gekennzeichneten Territorien Landschaftstage einberufen. Landschaftstage – manchmal werden sie auch als Kreislandeskulturkonferenzen bezeichnet – sind demokratische Foren, auf denen staatliche Dienststellen, Betriebe, wissenschaftliche Einrichtungen und umweltinteressierte Bürger über Probleme der Landeskultur, des Naturschutzes und der Umweltgestaltung beraten. Gebiete im Harz, im Thüringer Wald und in der Sächsischen Schweiz waren bislang bevorzugte Objekte von Landschaftstagen. Nachdem 1985 der Bereich Mönchgut auf der Insel Rügen einen erfolgreich verlaufenden Landschaftstag erlebte, setzte der erste Hiddenseer Landschaftstag (28.–30. Oktober 1988) besondere Akzente im Reigen dieser Veranstaltungen.

Langfristige Vorbereitung, komplexe Betrachtung aller Probleme, konkrete Empfehlungen und eine zeitgleiche Diskussion mit den Bürgern der Insel zeichnen diesen Landschaftstag aus. Er vereinte 160 Teilnehmer, von denen 50 Ortsansässige waren. An den in allen Orten der Insel stattfindenden Einwohnerversammlungen nahmen 350 Bürger teil.

Die von den Teilnehmern des Landschaftstages ausgearbeiteten und angenommenen Empfehlungen gehen davon aus, daß die oberste Belastungsgrenze von Landschaft, Bebauung und Infrastruktur erreicht ist. Die vorgeschlagenen Maßnahmen z. B. zum Naturschutz, zur baulichen Entwicklung, zur Wasserver- und -entsorgung, stützen sich auf die Aussagen der Entwicklungskonzeption Hiddensee. Diese wurde im Vorfeld des Landschaftstages im Auftrag des Rates des Kreises Rügen von der Baukademie der DDR gemeinsam mit den örtlichen Organen erarbeitet, den Bürgern der Insel vorgestellt und während des Landschaftstages ausgestellt und diskutiert.

Entwicklungskonzeption Hiddensee

Entwurfsgruppe des Instituts für Städtebau und Architektur unter Leitung von
Prof. Dr.-Ing. A. Felz
Dipl.-Ing. P. Gohlke
(Arbeitsverantwortl.)
Dipl.-Ing. St. Strauss
Dipl.-Ing. G. Stephan
Dipl.-Ing. R. Höschel
Dr.-Ing. P. Skujin
D. Weidemüller
Dr.-Ing. R. Linke (Inst. f. Landw. Bauten)
B. Peschel
G. Seibt

Mitarbeit:
Rat der Gemeinde Hiddensee:
Bürgermeister Bernd Hammelmann
Rat des Kreises Rügen:
Dipl.-Ing. A. Blaschke
Dr.-Ing. H. Hoge
Dipl.-Ing. J. Pahl
Dr. K. Timmel (E.-Moritz-Arndt-Universität)

Konsultationen:
Ratsbereiche d. Rates des Bezirkes, des Kreises und der Gemeinde,
BfT Rostock,
WAB Rostock, Energiekombinat Rostock,
WWD Küste u. a.

Die Hauptaussagen der Entwicklungskonzeption:

1. Dank jahrzehntelanger landschafts- und naturschützender Maßnahmen, erheblicher staatlicher Aufwendungen für den Küstenschutz und dank einer kontrollierten Begrenzung der Neubautätigkeit konnte der besondere Charakter des Landschaftsschutzgebietes Hiddensse mit seinen Naturschutzgebieten prinzipiell bewahrt werden. Konflikte entstanden und entstehen dort, wo die Erhöhung der Zahl der Urlaubsplätze und die notwendige Verbesserung der Qualität der Arbeits-, Lebens- und Urlaubsbedingungen zu einer Beeinträchtigung der Natur durch Abwässer, Abfälle und Ausweitung der technischen Infrastruktur führen. Neben Fortsetzung bewährter Pflegemaßnahmen sind die künftigen Aufgaben in einer landschaftsschonenden Einfügung notwendiger technischer Anlagen zu sehen bei maximaler Nutzung ihrer Möglichkeiten zur Verringerung der Umweltbelastung.

2. Die enge Verknüpfung von Arbeits- und Erholungsumwelt ist eine Besonderheit der Insel. Die volkswirtschaftlichen Bereiche Fischereiwesen und Landwirtschaft sowie die wissenschaftlichen Einrichtungen müssen im Interesse der Wahrung der Eigenart von Hiddensee und des sozialen Milieus intensiviert werden, ohne durch erhebliche bauliche Erweiterungen das Landschaftsbild zu beeinflussen. Der besondere Stellenwert des Naturschutzes auf der Insel verlangt, daß betriebliche Intensivierungsmaßnahmen so gesteuert werden – das betrifft besonders die Landwirtschaft –, daß die wirtschaftliche Nutzung der landschaftlichen Gegebenheiten zugleich ein Beitrag zum Naturschutz ist, entsprechend den Behandlungsrichtlinien für die Naturschutzgebiete auf Hiddensee.

3. Gebremst durch staatliche Regelungen erweiterten sich zwar die Ortslagen und Einzelbauten – gemessen an anderen Urlauberstandorten – nur allmählich, dennoch hat heute die Bebauung einen Umfang erreicht, der als Maximum für die Insel anzusehen ist. Gleichzeitig sind vielerorts Ergebnisse einer schleichenden Expansion von Bauten, Anbauten, Höfen und Lagerflächen feststellbar. Sie beeinträchtigen oft wegen ihrer Unaufgeräumtheit und ihres unschönen und provisorischen Aussehens die Ortsbilder und damit die traditionell gewachsenen und denk-



2

malgeschützten Bebauungsformen. Letztendlich wird damit das Erscheinungsbild der gesamten Insel herabgesetzt. Es muß akzeptiert werden, daß gestiegene und gesellschaftlich anerkannte Bedürfnisse Fläche und Raum beanspruchen, es kann und darf aber nicht toleriert werden, daß dieser Prozeß an manchen Stellen von Unordnung, Inanspruchnahme fremder Flächen und von untypischer Gestaltung begleitet wird.

4. Die Verbesserung der baulichen und gestalterischen Situationen erfordert Maßnahmen in dreierlei Hinsicht. Erstens muß bis auf Bauten zur Sicherung der Wohnbedingungen der Bevölkerung eine extensive Ausweitung jedweder Bebauung unterbunden werden. Zweitens muß das Schwergewicht künftiger Bautätigkeit auf der funktionellen, technischen und gestalterischen Qualitätsverbesserung vorhandener Bauten und Anlagen durch Werterhaltung, Modernisierung, Rekonstruktion und gegebenenfalls Ersatzneubau an gleicher Stelle liegen. Drittens muß bei ungerechtfertigten Bau- und Grundstückserweiterungen der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt werden. Qualitätsverbesserung kann jedoch nicht übertriebenen Komfort bedeuten, denn damit wäre eine weitere Belastung der Umwelt verbunden, und zugleich verlöre die Urlaubsgestaltung auf der Insel ihren naturverbunden Charakter.

5. Der hohe Anteil von Urlaubsunterkünften in Privathäusern und eine selbstbewußte und der Insellage verpflichtete Einwohnerschaft gebieten ein Vorgehen, das sich besonders auf Bürgerinitiativen und privates Engagement stützt. In gleichem Maße sind die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Betriebe der Region und jener Betriebe zu nutzen, die auf der Insel Ferienobjekte unterhalten. Dabei sind von den staatlichen und betrieblichen Einrichtungen Schrittmacherdienste und Vorbildwirkungen zu leisten – auch besonders in bezug auf die Anpassung von Wünschen und Forderungen an die gegebenen Verhältnisse. Die Charakteristik der Insel zu erhalten erfordert eine Vielfalt unterschiedlicher Maßnahmen. Das kann nicht nur durch staatliche Regulierungen oder staatliche Investitionen erreicht werden, sondern verlangt eine durch Verständnis stimulierte Einsicht jedes einzelnen als Voraussetzung für eine aktive Mitarbeit.

6. Mit rund 1 300 Einwohnern und 2 600 zeitgleich untergebrachten Urlaubern sowie mit einer maximalen täglichen Frequentierung durch 3 000 Tagesbesucher ist die oberste Belastungsgrenze von Landschaft, Bebauung und Infrastruktur erreicht. Das betrifft die Sommermonate. Durch die ganzjährige Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten können noch Reserven erschlossen werden.

Diese inhaltlichen Aussagen wurden ergänzt um 10 große Schautafeln, auf denen die Entwicklung der Landschaft und der Ortslagen bis hin zu Einzelbebauungen fixiert ist. Drei Methoden der Darstellung verdeutlichen auch interessierten Laien die Entwicklungsabsichten:

- alle Darstellungen zur Gesamtinsel und zu den Ortslagen sind auf Schwarz-Weiß-Luftbildaufnahmen eingetragen und als farbige Flächen oder Symbole deutlich gemacht;
- Vorschläge zu Veränderungen oder Korrekturen im Landschafts- und Ortsbild oder bei Gebäuden sind als Gegenüberstellungen von Zustand und Zielvorstellung dargestellt. Der Zustand ist entweder als Foto oder als Situationsskizze sichtbar gemacht, während die zukünftige Situation als farbig angelegte Skizze auffällt;
- Hinweise zur Neugestaltung oder zu Gestaltungskorrekturen an Gebäuden sind mit Fotos belegt, wobei die ortstypische Lösung sowohl mit einer noch vertretbaren als auch einer nicht gelungenen verglichen wird.

Ursprünglich zur Ausarbeitung einer Ortsgestaltungskonzeption aufgefordert, entschloß sich angesichts der engen Verknüpfung der Probleme von Landschaft, Erholung und Bebauung das Bearbeiterkollektiv, den Versuch einer Synthese von Ortsgestaltungskonzeption und Landschaftspflegeplan zu wagen. Dieses Vorgehen war auch deswegen notwendig, weil auf Hiddensee die Grenzen zwischen Bebauung und Landschaft nicht streng zu fixieren sind. Die positive Reaktion aus Fachkreisen auf dieses Herangehen ermutigt zu der Feststellung, daß so eine komplexe Betrachtungsweise bei ähnlichen Situationen wiederholt werden kann und dann den dafür zu eng gefaßten Begriff Ortsgestaltungkonzeption ablöst.

Als Arbeitsmethode bewährte sich – wie schon bei anderen Objekten – die Durchführung eines Entwurfsseminars „vor Ort". Das sicherte die erforderliche Standortbezogenheit, die Einbeziehung der Erfahrungen von Ortskundigen und ermöglichte außerdem über zwei Sitzungen des Rates des Kreises während des Entwurfsprozesses eine direkte Mitarbeit des Auftraggebers und einen ständigen Austausch der Vorstellungen und Gedanken.

Die Auswertung vorangegangener Untersuchungen, so z. B. „Projektplanung für die Insel Hiddensee" von 1964 (TU Dresden, Sektion Architektur, Prof. Dr.-Ing. Helmut Trauzettel) oder das „Langfristige Programm zur Entwicklung der Insel Hiddensee" vom 11. 10. 1974 konnten den Analyseprozeß erheblich verkürzen.

Wie kaum bei einem anderen Landschaftstag sind konkrete Maßnahmen für eine Realisierung der gemachten Vorschläge festgelegt. So wird der Rat des Kreises im 1. Quartal 1989 einen

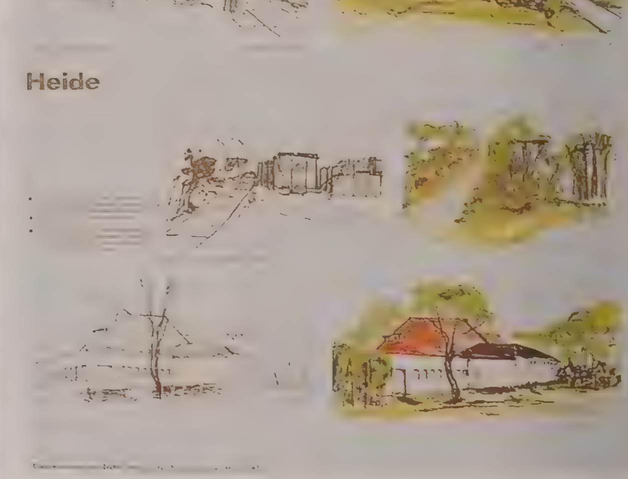


3





4



9

Ratsbeschluß über die künftige Entwicklung der Insel verabschieden, und bis zur Mitte des Jahres 1989 wird sich eine Interessengemeinschaft Hiddensee unter Leitung des örtlichen Rates konstituieren. Dieses Gremium wird Fachorgane des Rates des Kreises Rügen, gesellschaftliche Organisationen, auf Hiddensee ansässige Betriebe sowie die Trägerbetriebe von Hiddenseer Ferieneinrichtungen vereinen, um den gezielten Einsatz der materiellen und

3 *Feriensiedlung des VEB Erdöl-Erdgas Grimmen: gegenwärtiger Zustand*
4 *Immer noch beispielhaft: Feriensiedlung des Fahrzeug- und Jagdwaffenwerkes Suhl*
5–6 *Zäune: ortsfremd und aufwendig*
7–8 *Zäune: ortstypisch und einfach*
9 *Tafel Landschaft – Entwicklung der Gesamtinsel*
10 Tafel Landschaft – Landschaftsschützende Maßnahmen
11, 12 *Feriensiedlung des VEB Erdöl-Erdgas Grimmen: Entwurfskonzeption und Haustyp*
13–15 *Dächer: traditionell – modernisiert – neugebaut*

7

5



6

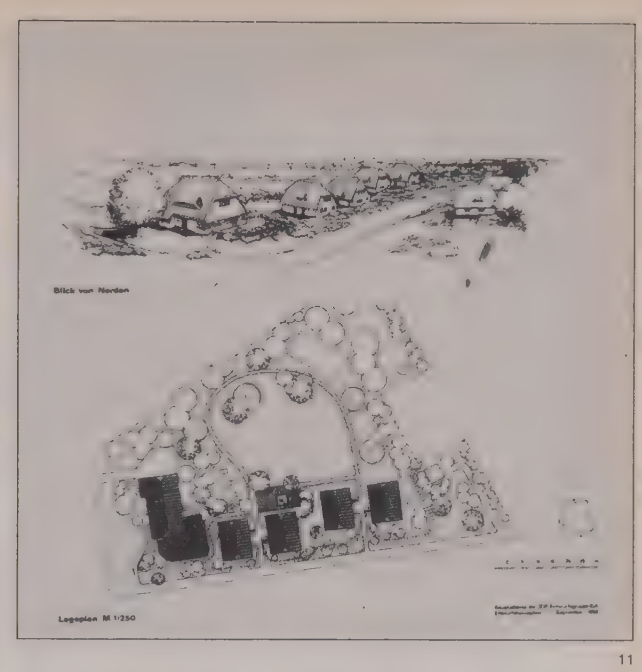


8





10



11



12

finanziellen Kapazitäten zu steuern. Das Entwurfskollektiv wird weiterhin durch Einflußnahme auf Projektvorlagen funktionelle und ästhetische Qualitätsverbesserungen an der vorhandenen Bausubstanz fördern.

Ein erstes Beispiel direkter Einflußnahme auf die Qualität der Gestaltung konnte schon auf dem Landschaftstag vorgestellt werden. Es handelt sich um die von der Entwurfsgruppe konzipierte Ferienanlage des VEB Erdöl-Erdgas Grimmen, die den jetzigen provisorischen, durch Baracken und Wohnwagen charakterisierten Zustand ablösen wird – ganz im Sinne der Empfehlungen des Landschaftstages, die bestehende Situation funktionell und ästhetisch zu verbessern, ohne Kapzitäts- oder Flächenerweiterungen zuzulassen.

Bei den Überlegungen zur Gestaltung der Neubeuten zeigte sich, daß ein den überlieferten und bewährten Gebäudeformen und Materialverwendungen verpflichtetes Erscheinungsbild sich wohltuend in das Ortsbild und unaufdringlich in die Landschaft einfügt, zumal die Ortslagen noch weitgehend von traditionellen Gestaltungselementen beherrscht sind. Gerade auf dieser Insel dürfte eine – vielleicht sogar verkrampfte – Suche nach Originalität oder Modernität (dafür gibt es ohnehin schon genug Beispiele) in des Wortes wahrster Bedeutung ins Auge gehen.

13



14



15



Zur städtebaulichen Leitplanung von Mittel- und Kleinstädten

Dr. sc. Christa Rosenkranz
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Für Mittel- und Kleinstädte unter 35 000 Einwohner werden im Jahr 1990 auf der Grundlage des Ministerratsbeschlusses vom 11. Februar 1988 zur Generalbebauungsplanung für Städte städtebauliche Leitplanungen erarbeitet. Zielstellung dieser Leitplanungen ist es, die stadtkonkreten Aufgaben und Wege für die städtebauliche Umgestaltung in den 90er Jahren abzuklären und damit Voraussetzungen für die Einleitung erforderlicher Maßnahmen zur städtebaulichen Umgestaltung der Mittel- und Kleinstädte zu schaffen. Dabei geht es, wie auch bei den Städten über 35 000 Einwohnern, um die Durchsetzung des innerstädtischen Bauens in der Einheit aller Reproduktionsformen bei Einbeziehung der baulichen Grundfonds aller Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft in unterschiedliche Reproduktionsmaßnahmen. Dadurch kann die soziale und gestalterische Qualität dieser Städte aufgewertet und ihre Möglichkeiten für die weitere Leistungssteigerung unserer Volkswirtschaft intensiver genutzt werden.

Gegenwärtig werden jedoch in vielen Mittel- und Kleinstädten ungerechtfertigte Unterschiede zwischen den städtebaulichen Planungszielen zurückliegender Planungsetappen und der erreichten städtebaulichen Situation deutlich. Daraus leitet sich ab, daß ein qualitativ neues Herangehen an die städtebauliche Leitplanung der Mittel- und Kleinstädte erforderlich wird, um in den 90er Jahren eine hohe Übereinstimmung zwischen Ziel und Ergebnis der städtebaulichen Leitplanung zu erreichen.

Worin sollte unseres Erachtens das qualitativ neue Herangehen an die städtebauliche Leitplanung der Mittel- und Kleinstädte bestehen?

1. Die Spezifik und Entwicklung der Produktivkräfte der kleinen Mittel- und Kleinstädte sollte mehr als in den zurückliegenden Planungsetappen mit der Stadtplanung und -entwicklung verknüpft werden.

Wichtigster stadtbildender Faktor in kleinen Mittelstädten und Kleinstädten ist die Industrie. Das Industrieprofil dieser Städte ist nach der Betriebsgrößenstruktur zumeist durch eine Vielzahl kleinerer und in der Regel durch einen, seltener durch mehrere Großbetriebe, geprägt. Veränderungen in der Entwicklungsdynamik, insbesondere der größeren Betriebe, haben infolge der vergleichsweise geringen Einwohnerzahl und flächenmäßigen Stadtausdehnung spürbare Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung und die sozialdemographische Struktur der Wohnbevölkerung, die Stadtstruktur und Flächennutzung als in größeren Städten. Das wird auch künftig so sein. Unter diesem Aspekt wird es erforderlich, die längerfristigen Entwicklungsperspektiven, insbesondere der größeren Betriebe, und ihre territorialen Anforderungen (Flächen, Arbeitskräfte u. ä.) zu kennen und diese in die städtebauliche Leitplanung zu integrieren. Die Kenntnis der Entwicklungsperspektiven der größeren Betriebe ist aber auch deshalb wichtig, weil diese oftmals Standorte der Einführung von Schlüsseltechnologien sind. Neben den unmittelbaren Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Stadtstruktur sind darüber hinaus mittelbare Folgen für die Umgestaltung zu erwarten. Sie resultieren aus dem wachsenden Bedeutungsgewinn, den die Lebensqualität in der Stadt für die Wohnortbindung der Beschäftigten dieser Betriebe erhält (Wohnung, Versorgung, Infrastruktur u. a.).

2. Die Besonderheiten der sozialen und demographischen Struktur der Wohnbevölkerung und deren Entwicklung sollten zunehmend mehr als soziale Triebkraft der städtebaulichen Umgestaltung erschlossen werden.

Die sozialstrukturelle Prägung der Wohnbevölkerung einer Stadt steht im engen Zusammenhang mit ihrer Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Kleine Mittel- und Kleinstädte sind in der Regel Industriestandorte, z. T. historisch gewachsene Zentren der landwirtschaftlichen Produktion (vor allem in agrarisch strukturierten Gebieten), eine beachtliche Anzahl dieser Städte ist das politisch-administrative Zentrum eines Kreises, und sie üben Versorgungs-, Betreuungs- und Bildungsfunktionen für die Stadt- und Umlandbevölkerung aus. Der Anteil der Handwerker und Gewerbetreibenden an den wirtschaftlich Tätigen ist in diesen Städten häufig überdurchschnittlich hoch im Vergleich zu anderen territorialen Einheiten.

Solche sozialstrukturellen Besonderheiten, die nur im Vergleich mit anderen territorialen Einheiten (anderen Städten, Kreis, Bezirk) erarbeitet werden können, sollten in zunehmendem Maß als soziale Triebkräfte für den städtebaulichen Umgestaltungsprozeß erschlossen werden, z. B. durch die Ausbildung von Handwerkerstraßen, durch verstärkte Einbeziehung von Betrieben der Industrie und ggf. der Landwirtschaft in den städtebaulichen Umgestaltungsprozeß (die Möglichkeiten hierfür sind vielfältig, sie können z. B. koordinierte Lösungen von Industriebetrieben und Territorium bei der Wärmeversorgung, die Unterstützung Betriebsangehöriger bei der Errichtung von Stadthäusern, Reihen- oder Einfamilienhäusern oder die Rekonstruktion und nachfolgende Nutzung kulturhistorisch wertvoller Gebäude umfassen).

Die demographische Struktur der Wohnbevölkerung und deren künftige Entwicklung ist auch in den kleinen Mittelstädten und Kleinstädten stark durch die Bevölkerungsentwicklung im zurückliegenden Zeitraum geprägt. Kleinere Städte hatten häufiger langjährige und hohe Wanderungsverluste als größere Städte. Als Spätfolge der Migration war und ist auch künftig eine Abnahme der Bevölkerung im arbeitsfähigen und Kindesalter zu verzeichnen, die mit überdurchschnittlichen Anteilen älterer Werktätiger und Rentner verbunden ist. Diese Entwicklung würde sich verstärkt fortsetzen, wenn keine ausgeglichenen Wanderungsbilanzen erreicht würden.

Eine wichtige Aufgabe der städtebaulichen Leitplanung von Mittel- und Kleinstädten besteht deshalb darin, durch städtebauliche Lösungen zur Erhöhung der Wohnortbindung der Einwohner beizutragen. Bei diesen Lösungen sollten auch Eigenleistungen der Bürger zur Verbesserung ihrer Wohnbedingungen sowie für die Instandsetzung von Wohngebäuden berücksichtigt werden. Zu beachten ist dabei, daß sich die demographische Struktur der Wohnbevölkerung in den städtischen Teilgebieten voneinander unterscheidet. Wie auch in den größeren Städten ist der Anteil jüngerer Bürger in den Neubaugebieten höher, während in zentrumsnahen Altstadtgebieten oft ein überdurchschnittlicher Anteil älterer Bürger wohnt. Die Eigenleistungen der Bewohner bei der Erneuerung der Wohnsubstanz solcher Gebiete können durch die Altersstruktur begrenzt werden.

3. Die städtebauliche Umgestaltung der Mittel- und Kleinstädte in den 90er Jahren und deren Vorbereitung durch die Ausarbeitung von städtebaulichen Leitplanungen erfordern ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Bewahrung und Erneuerung.

In diesem Zusammenhang sind unseres Erachtens insbesondere folgende Fragen zu klären:
– was muß im Interesse der Einmaligkeit der Stadt, der Weiterentwicklung von Heimatgefühl und Identifikation der Bewohner erhalten werden?
– was kann erneuert und ggf. völlig verändert werden? (ein Gradmesser dafür sollte die sozialkulturelle Qualität sein)
– was muß im Interesse sozialer und gestalterischer Qualität und ökonomischer Effektivität verändert werden?

Aus der Sicht der Bewohner und Besucher wird das Bild der Stadt fast ausschließlich durch Objekte der Altstadt geprägt, und unter dem Aspekt der Bedürfnisstruktur sind die Altstadtkerne geeignete städtebauliche Räume zur Befriedigung eines Spektrums wesentlicher Bedürfnisse der Stadt- und Umlandbewohner, ggf. von Besuchern. [1]
Ausgehend davon erscheint es dringend erforderlich, die stadtbildprägenden Objekte und Strukturen der Altstadtgebiete zu erhalten und sie funktionell aufzuwerten. Das bedeutet kein vorbehaltloses Konservieren, sondern eine behutsame Verbindung des Bewahrenswerten mit dem erforderlichen Neuen. Unsere Erfahrungen signalisieren die Notwendigkeit der Erarbeitung von Instandsetzungskonzeptionen, um einer beginnenden Auflösung der Stadtstruktur u. a. durch flächenhaft notwendig werdende Abrisse im Stadtzentrum Einhalt zu gebieten. Gleichzeitig wird es erforderlich, verlorengegangene stadträumliche Qualität durch Neubau und Verdichtung wiederzugewinnen. Dabei muß sich der Haus- und Wohnungsbau in seiner Architektur mit den prägenden Elementen im Stadtbild harmonisch in Beziehung setzen [2]. Ersatzneubau in industriellen Bauweisen muß demzufolge in Übereinstimmung mit den städtebaulichen Gestaltungserfordernissen stehen. Darüber hinaus wird auch traditionelles Bauen an kleineren Standorten zur Schließung einzelner Baulücken, zur Abrundung von Straßenzügen bzw. Quartieren unumgänglich. Zentrumsnahe Wohngebiete der kleinen Mittelstädte und Kleinstädte können, ausgehend von unseren Erfahrungen – wenn erforderlich –, in industriellen Bauweisen erneuert werden. Jedoch ist der Einsatz der industriellen Plattenbauweise nur zum Teil möglich. Unter Nutzung spezifischer topographischer und Lageaspekte und unter Wahrung der Maßstäblichkeit, können solche Gebiete ggf. auch veränderte Strukturen erhalten, die jedoch immer mit dem Charakter der kleinen Stadt in Beziehung stehen müssen.

4. Untersuchungen zur Reproduktion der baulichen Grundfonds und Entscheidungen über die erforderlichen Proportionen zwischen Instandsetzung, Modernisierung und Neubau sollten in der notwendigen Komplexität erfolgen und die Realisierungsbedingungen und deren Entwicklung einschließen.

In den 90er Jahren wird der Übergang zum innerstädtischen Bauen immer stärker erforderlich. Unsere Erfahrungen weisen darauf hin, daß Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen ein noch größeres Gewicht als der Ersatzneubau erhalten. Erweiterungsneubau wird u. E. in Mittel- und Kleinstädten die Ausnahme darstellen. Gebäudekonkrete Untersuchungen als Entscheidungsgrundlage für die notwendigen Proportionen werden im Rahmen der städtebaulichen Leitplanung unumgänglich, weil nur dadurch zum einen die stadtgestalterischen Erfordernisse exakt berücksichtigt werden können und zum anderen nur auf diesem Wege die konkreten Funktionsmischungen in Reproduktionsberechnungen einbezogen werden können, die insbesondere in den Altstadtgebieten von Mittel- und Kleinstädten in großer Dichte auftreten. Mit einem Anteil von 22 m^2 Bruttogeschoßfläche produktiver Bereiche je Wohnungseinheit weist z. B. die Altstadt der Lutherstadt Eisleben analoge Werte zu vergleichbaren Städten auf. [3] Hinzu kommen im Altstadtbereich die zahlreichen gesellschaftlichen Einrichtungen. Die hohe Verflechtung der Funktionen Wohnen-Arbeiten-Versorgen, vor allem im Altstadtbereich, macht demzufolge komplexe Untersuchungen und Reproduktionsberechnungen der Hochbausubstanz erforderlich. Voraussetzung für die Realisierung der ermittelten Reproduktionserfordernisse der Hochbausubstanz sind Vorlaufleistungen im Tiefbau, da sich sonst alle Folgemaßnahmen nicht in der notwendigen Art und Weise durchführen lassen und später mit bedeutend höheren Aufwendungen zu rechnen ist. [4]
Die sich abzeichnende Struktur der Bauaufgaben stellt veränderte Anforderungen an Struktur und Umfang des Bauaufkommens in den 90er Jahren. Um die notwendigen Bauaufgaben der Mittel- und Kleinstädte in den 90er Jahren lösen zu können, sind zum einen die Untersuchungen zur Reproduktion der Hoch- und Tiefbausubstanz mit Untersuchungen zur Entwicklung des Bauaufkommens zu verknüpfen. Das kann nur in einem iterativen Arbeitsprozeß erfolgen. Zum anderen sind unterschiedliche Möglichkeiten zur Realisierung der Bauaufgaben zu erschließen.


1


2

5. Untersuchungen zur Struktur der Bauaufgaben und zur Entwicklung des Bauaufkommens müssen gekoppelt werden, und es sind vielfältige Quellen zur Lösung der Bauaufgabe zu erschließen.

Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie Ersatzneubau werden in den 90er Jahren in zunehmendem Maß – allerdings in den einzelnen Städten unterschiedlich – die Bauaufgabe bestimmen. Dazu wird die Einbeziehung unterschiedlicher Quellen erforderlich und möglich:

- eine Zunahme der Eigenleistungen der Bürger bei Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen vorwiegend bei Ein- und Zweifamilienhaussubstanz. Voraussetzung dafür ist die planmäßige Bereitstellung erforderlicher Baumaterialien. Zu berücksichtigen ist, daß anhaltende Wanderungsverluste zu einer relativen Erhöhung des Anteils älterer Bürger führen würden, woraus Konsequenzen für das Potential an Eigenleistungen zu erwarten wären,
- verstärkte Initiierung von Mitwir-



3

1 *Querfurt. Marktplatz mit Rathaus*

2 *Eisleben. Am Markt*

3 *Bernau. Ernst-Thälmann-Straße*

kungsleistungen von Betrieben und Bürgern bei der Errichtung von Stadthäusern, Reihen- und Einfamilienhäusern bzw. bei der Rekonstruktion und nachfolgenden Nutzung kulturhistorisch – wertvoller Bausubstanz. Hierbei entstehen zumindest Teilanforderungen an Leistungen des kreislichen Bauwesens, die im Planungsprozeß berücksichtigt werden müssen,

- verstärkte Einbeziehung von Handwerkern und Gewerbetreibenden in die städtebauliche Umgestaltung, ggf. durch Ausbau von Handwerkerstraßen u. ä.,
- Vervollkommnung des Kreisbaubetriebes entsprechend den spezifischen Hoch- und Tiefbauaufgaben sowie hinsichtlich der notwendigen Proportionen zwischen Bauhaupt- und Baunebengewerken bei Erhöhung der Leistungsfähigkeit,
- zunehmend bessere Befähigung des bezirklichen Bauwesens zur Lösung der klein- und mittelstadtspezifischen Bauaufgaben.

6. Entscheidungen über den Einsatz und die Entwicklung der Bauweisen müssen standortkonkret im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der städtebaulichen Leitplanung vorbereitet werden.

In Städten unterschiedlicher Größe und Funktion war und ist die industrielle Plattenbauweise dominierend. Untersuchungen [5] signalisieren, daß der Einsatz der industriellen Plattenbauweise beim innerstädtischen Ersatzneubau in kleinen Mittelstädten und Kleinstädten aus technischen, technologischen, ökonomischen und gestalterischen Gründen nur zum Teil möglich ist. Unsere Untersuchungen in der Lutherstadt Eisleben weisen darauf hin, daß es unumgänglich ist, im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der städtebaulichen Leitplanung die Möglichkeiten für den Einsatz der industriellen Plattenbauweise standortkonkret zu prüfen. Nur ein Baugebiet konnte z. B. in Eisleben ausgewiesen werden, das für eine zusammenhängende Bebauung in der industriellen Plattenbauweise geeignet erscheint. Ferner wird eingeschätzt, daß nur noch bis 1995 erforderliche Neubauten in dieser Stadt in der Plattenbauweise errichtet werden können.

Standortkonkrete Untersuchungen sind auch deshalb erforderlich, weil nur dadurch aus stadtstrukturellen und -gestalterischen Anforderungen resultierende Modifizierungen und Weiterentwicklungen der industriellen Plattenbauweise abgeleitet werden können.

Zur Sicherung des notwendigen Ersatzneubaus in Mittel- und Kleinstädten in der Einheit von sozialer und gestalterischer Wirksamkeit und ökonomischer Effektivität wird ein zunehmender Einsatz leichter Montagebauweisen in den 90er Jahren erforderlich. Entscheidungen über den Einsatz der einen oder anderen leichten Montagebauweise müssen gleichermaßen auf standortkonkreten Untersuchungen beruhen. Für den Einsatz dieser Bauweisen sind in der Regel erst die Kapazitäten zu schaffen. Auch dabei sollten die größeren Betriebe des Territoriums im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Realisierung beteiligt werden. Die städtebauliche Umgestaltung der kleinen Mittelstädte und Kleinstädte erfordert in den 90er Jahren darüber hinaus einen größeren Anteil als gegenwärtig am traditionellen Bauen. Das trifft vor allem für die historischen Altstadtgebiete zu.

7. Zum Erreichen einer hohen Plansicherheit in der Umsetzung der Ergebnisse der städtebaulichen Leitplanung in den 90er Jahren sollte ein Maßnahmenplan mit konkreten Terminen und exakten Verantwortlichkeiten erarbeitet werden.

Im Ergebnis der städtebaulichen Leitplanung der Mittel- und Kleinstädte stehen eine Vielzahl unterschiedlicher einzuleitender und durchzuführender Maßnahmen sowie zu treffender Entscheidungen an. Sie betreffen die Ebenen Stadt, Kreis und Bezirk und umfassen sowohl die Einrichtungen des Bauwesens, des Städtebaus, der Territorialplanung und die Fachplanträger als auch Betriebe des Territoriums, den VEB Denkmalpflege, das WBK, den VEB WAB, das Energiekombinat u. v. a. m.

Die rechtzeitige Entscheidungsfindung, Durchsetzung und Koordinierung erforderlicher Maßnahmen sind entscheidende Voraussetzungen für die erfolgreiche Realisierung der städtebaulichen Umgestaltung der Mittel- und Kleinstädte in den 90er Jahren. Der Maßnahmeplan zur Realisierung der Ergebnisse der städtebaulichen Leitplanung kann dafür ein notwendiges Arbeitsinstrument für den örtlichen Rat darstellen und eine hohe Plansicherheit ermöglichen.

Die Qualität der Vorbereitung der städtebaulichen Umgestaltung der Mittel- und Kleinstädte entscheidet maßgeblich darüber, wie es gelingen wird, diesen städtebaulichen Umgestaltungsprozeß in den 90er Jahren einzuleiten und zu realisieren. Da fast jede dritte Stadt in der DDR zu dieser Stadtkategorie gehört, wird das Bild unseres Städtenetzes zu einem hohen Anteil durch die kleinen Mittel- und Kleinstädte geprägt. Damit entscheidet die Qualität der dritten Etappe der Generalbebauungsplanung wesentlich mit darüber, wie das Städtenetz in der DDR künftig gestaltet und funktionell geprägt ist.

Gleichzeitig soll darauf hingewiesen werden, daß die Mehrzahl der Städte der DDR kreisangehörige Kleinstädte mit weniger als 10 000 Einwohner sind. Die Erhöhung der sozialen und ökonomischen Leistungsfähigkeit auch dieser Städte durch städtebauliche Maßnahmen in den 90er Jahren ist eine Aufgabe von hoher Aktualität. [6]

Literatur

[1] Siehe hierzu: Autorenkollektiv unter der Leitung von Bach, J.. Umgestaltung kleiner Mittelstädte. HAB Weimar, 1981, Forschungsbericht S. 38

[2] Ergebnisbericht zur Erarbeitung der Leitplanung für die städtebauliche Entwicklung und ihre bauliche Realisierung in der Lutherstadt Eisleben.
Erarbeitet von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Grönwald, B.; Dietl, K. und Rosenkranz, C., Berlin 1988, S. 11/12

[3] Ebenda, S. 9

[4] Ebenda, S. 26

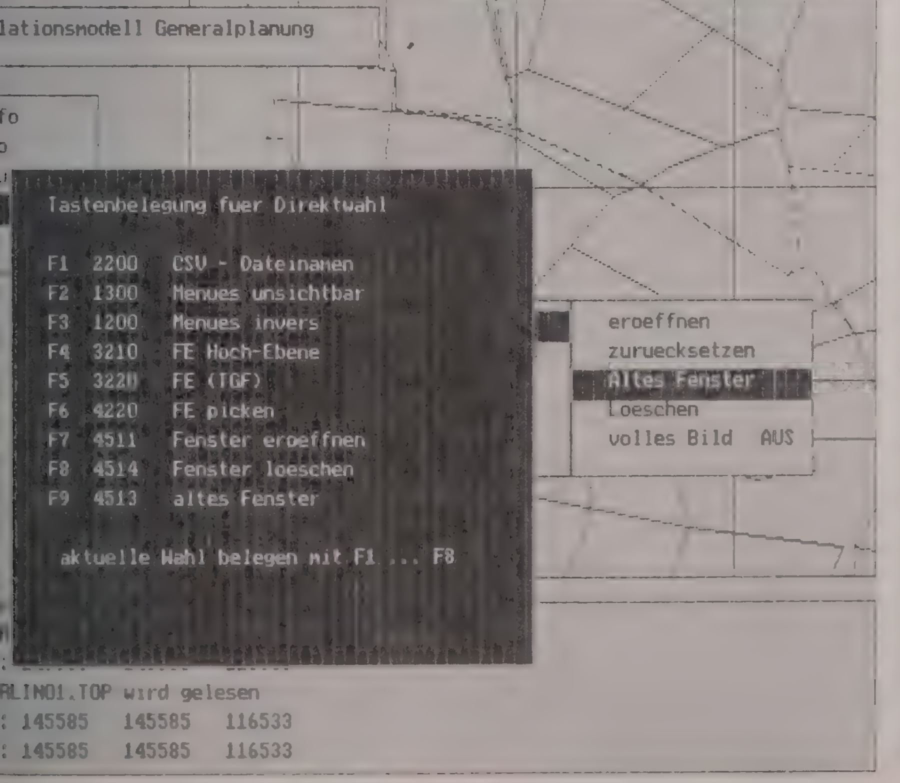
[5] Ebenda, S. 36–38

[6] Siehe hierzu: Rosenkranz, C.. Zur gesellschaftlichen Funktion und Entwicklung kreisangehöriger Kleinstädte in der DDR. In: Architektur der DDR, 1988, Heft 7
Rosenkranz, C.. Demographische und soziale Aspekte der gesellschaftlichen Funktion kreisangehöriger Kleinstädte. In: Architektur der DDR 1988, Heft 7.

CSV – ein neues Verfahren für die Generalbebauungsplanung

Gösta Baganz
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur
Abteilung Generalbebauungsplanung

Das computergestützte Simulationsverfahren Generalbebauungsplanung (im weiteren als CSV bezeichnet) ist ein Programmsystem für die Simulation strategischer städtebaulicher Entscheidungen auf der Grundlage des am Institut für Städtebau und Architektur entwikkelten Modells städtebaulicher Repräsentanten und deren Anwendung für den Planungsprozeß. Es ist gegenwärtig für Wohn- und Mischgebietsflächen realisiert. Die Version 1.0 des Programmsystems ist die rechentechnische Umsetzung eines Teils des gesamten, im Heft 4/88 der Architektur der DDR skizzierten Verfahrens. Sie ist ein laufzeitoptimierter Prototyp, der unter besonderer Berücksichtigung benutzerfreundlicher Eigenschaften entwickelt wurde und über solche Ausstattungsmerkmale wie interaktive Grafik, Steuerung über Pop-Up-Menüs, kontextsensitive Hilfen und dynamische Funktionstastenbelegung verfügt. (Abb. 1)
Ziel dieser Ausführungen ist es, die dem CSV zugrunde liegenden Prinzipien, die für eine Anwendung erforderlichen Voraussetzungen und den Leistungsumfang des Programmsystems zu beschreiben.



Terminologie des CSV

Da das CSV weitestgehend außerhalb der gegenwärtig geübten Planungspraxis arbeitet, wurden im Laufe der Entwicklung des Verfahrens Begriffe geprägt, von denen die wichtigsten, um Mißverständnissen oder Fehlinterpretationen vorzubeugen, an dieser Stelle erläutert werden sollen.

Flächenelemente

Die Flächenelemente sind die sogenannten „atomaren" Komponenten des Flächennutzungsmodells. Sie können maximal die Größe eines Wohnbezirkes, minimal die eines Grundstückes annehmen und sind während der Abarbeitung des Verfahrens nicht weiter teilbar. Sie sind über einen in einem definierten Raster liegenden Bezugspunkt oder über den TGS (territorialer Grundschlüssel) adressierbar.

Strukturtypen

Die Strukturtypen stellen die qualitative Charakterisierung relativ homogener städtebaulicher Situationen dar. Die Gliederung der Strukturtypen reicht von Strukturtyp 1 (dörfliche Bebauung) bis Strukturtyp 7 (Neubaugebiete) und kann zur genaueren Beschreibung durch Untergruppen untersetzt sein. Bei der Bildung des Flächennutzungsmodells innerhalb des CSV werden die Flächenelemente so gewählt, daß dieses Element mit 4- bis 5geschossigen Mehrfamilienhäusern der Gründerzeit in geschlossenen, relativ kleinteiligen Quartieren mit starker Überbauung ausgestattet ist.

Prinziplösungen

Unter einer Prinziplösung wird der Maßnahmeplan verstanden, nach dem die komplexe Umgestaltung für einen bestimmten Strukturtyp durchgeführt wird. Sie ist also kein Satz von Kennziffern, sondern umfaßt diejenigen Maßnahmen, die den Ist-Zustand eines Strukturtypes in seinen von der gewählten Prinziplösung abhängigen Planungszustand transformieren. Gegenwärtig kommen 14 sich in erreichbarer Nutzungsintensität, Umgestaltungsaufwand und städtebaulicher Qualität stark unterscheidende Prinziplösungen zur Anwendung. Der Ist-Zustand eines Strukturtypes wird durch eine als PL 99 bezeichnete Prinziplösung charakterisiert, d. h., die Menge der dieser Prinziplösungen zuzuordnenden Umgestaltungsmaßnahmen ist leer.

Repräsentant

Der Repräsentant einer städtebaulichen Situation ergibt sich aus der Anwendung einer Prinziplösung auf einen Strukturtypen. Durch die Auswertung von Beispielplanungen wurde ein Satz von etwa 40 städtebaulich relevanten flächenbezogenen Merkmalen bestimmt, durch den die Ist- und Planungszustände der Strukturtypen quantitativ erfaßbar sind. Dabei werden nicht alle Prinziplösungen auf alle Strukturtypen angewandt, alle Strukturtypen sind aber mindestens durch den Ist-Zustand (PL 99) und einen Planungszustand repräsentiert. Wird ein Repräsentant auf ein Flächenelement bezogen, so lassen sich die konkreten Werte der Merkmale dieses Flächenelementes ermitteln, z. B. die Anzahl der Einwohner oder Wohnungen.

Basisdaten

Der Basisdatenfond des Systems besteht aus vier Komponenten:

■ Repräsentantenspeicher (RSP), der die Kennziffern der städtebaulichen Repräsentanten als flächenbezogene Dichten enthält. Diese Repräsentanten charakterisieren für jeden Strukturtyp den IST-Zustand und eine Reihe von Planungszuständen nach bestimmten Prinziplösungen.

■ Flächenelementespeicher (FES) mit den Angaben zu den durch d[illegible] Gliederung des Untersuchungsge[illegible]es nach Flächennutzungskategorie und städtebaulichen Strukturtypen entstandenen Flächenelementen (TGS, Strukturtyp, Flächennutzungskategorie, Strukturtyp, Bezugspunkt usw.). (Abb. 2)

■ Wohnbezirksspeicher (WBS) mit aus-

gewählten städtebaulichen Kennziffern auf der Basis der Wohnbezirke. Die Ebene der Wohnbezirke wurde gewählt, da die erforderlichen Daten auf Flächenelemente bezogen in der Regel nicht vorliegen.

- Topographiespeicher (TOP), enthält die Grundkarte in digitalisierter Form.

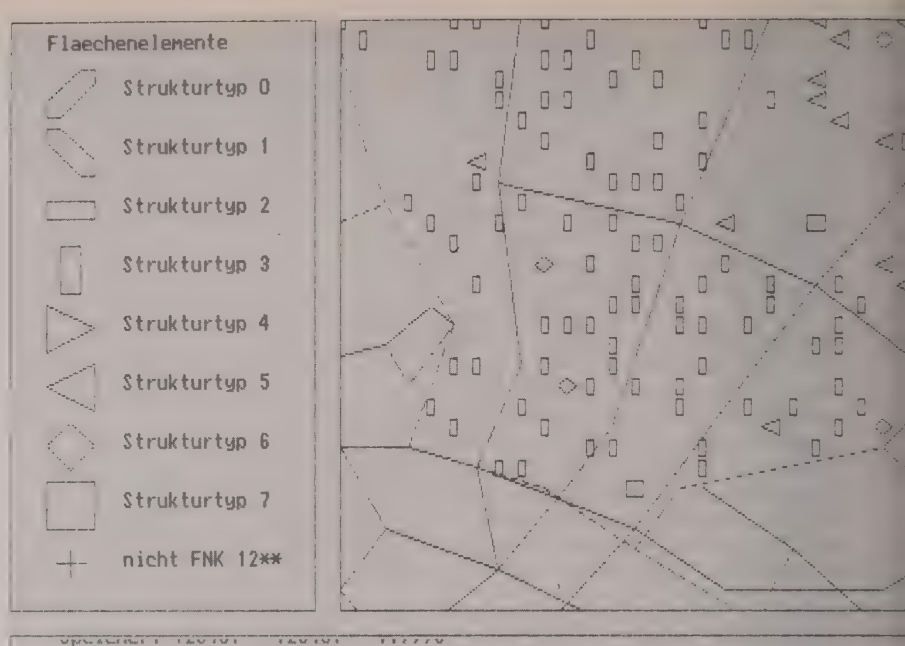
Die für die Arbeit mit dem System erforderlichen Daten müssen für jedes Untersuchungsgebiet erarbeitet werden. Der am ISA erarbeitete Standardrepräsentationsspeicher wird stadtkonkret angepaßt, der Flächenelementespeicher wird entsprechend der Richtlinie GBP (Februar 1988) aufgebaut. Von den oben genannten Komponenten sind die beiden ersten für das CSV unerläßlich, während die beiden letzteren für erweiterte Anwendungen bzw. eine komfortable Nutzerumgebung benötigt werden. Diese Datenbasis wird mit einer dBASE III-kompatiblen Datenbank verwaltet, sortiert und konvertiert an das eigentliche Simulationsprogramm übergeben. Aus den hier gezeigten Grundlagen des CSV soll klar geworden sein, daß die Erhebung des Datenbasisfonds, insbesondere des Flächenelementespeichers, mit Sachkenntnis und Sorgfalt erfolgen muß, da mögliche Fehler, wie z. B. die falsche Abgrenzung von Flächenelementen oder die Zuordnung eines falschen Strukturtypen zu einem Flächenelement nur schwer abschätzbare Auswirkungen auf die Ergebnisse des CSV haben. Es gibt auch noch keine Möglichkeit, solche Fehler innerhalb der Systemphilosophie des CSV zu lokalisieren.

Desaggregation (Abgleichvektoren)

Da es keinen direkten Bezug zwischen den im Repräsentantenspeicher gehaltenen städtebaulichen Ist-Kennwerten des CSV und den entsprechenden Daten des Planungsgebietes im Wohnbezirksspeicher gibt, wurde die Möglichkeit geschaffen, Daten, die auf der Ebene der Wohnbezirke vorhanden sind, auf die Flächenelemente aufzuteilen, d. h. einen der Aggregation umgekehrten Prozeß (Desaggregation) iterativ durchzuführen. Der Abgleich-Vektor ist ein Spaltenvektor, der über alle Flächenelemente gebildet wird und auf ein bestimmtes Merkmal bezogene Werte (z. B. Anzahl der Wohnungen je Flächenelement) enthält. Die Summe dieser durch das CSV berechneten Werte aller Flächenelemente eines Wohnbezirkes wird mit dem tatsächlichen, aus dem Wohnbezirksspeicher erhaltenen Wert des Wohnbezirkes für dieses Merkmal abgeglichen. Der Prozeß ist nur für den gesamten Flächenelementespeicher, nicht aber für daraus abgeleitete Teilgebiete sinnvoll, da die Repräsentanten des CSV für das ganze Planungsgebiet gültig sind.

Der dem Verfahren zugrunde liegende Algorithmus setzt eine inhomogene Verteilung der Strukturtypen im Planungsgebiet voraus und nutzt die über das Planungsgebiet relativ gleichmäßig verteilte wohnbezirksbezogene Information, um die Durchschnittswerte eines Merkmals für jeden Strukturtyp zu berechnen.

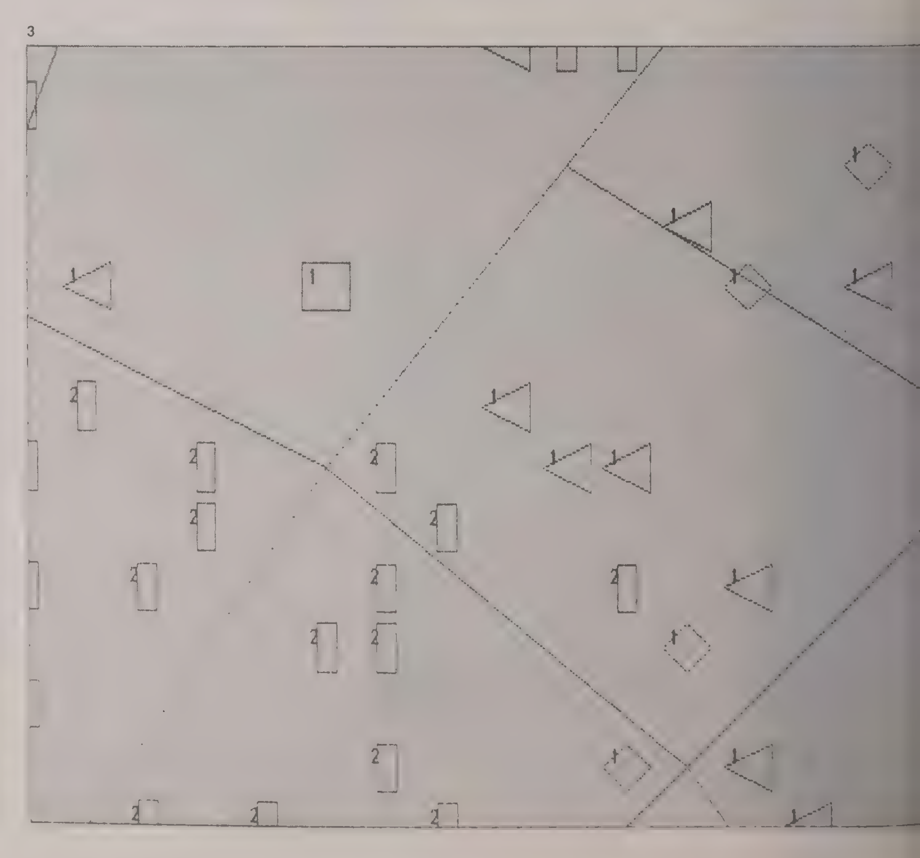
Da es sich bei diesem Vergleich um ein statistisches Verfahren handelt, ist die Güte der Ergebnisse für die einzelnen Strukturtypen weitgehend von der Zahl der Flächenelemente, die mit diesem Sturkturtyp belegt sind, abhängig. Diese Qualität widerspiegelt sich beim Vergleich des Ergebnisses der letzten Itera-




```
Speicher: 128481   128481   119995
Datei BERLIN01.TOP wird gelesen
Speicher: 128481   128481   119995
Speicher: 128481   128481   119995
Speicher: 128481   128481   119995
```

2

3



1 *Nutzeroberfläche des CLV*

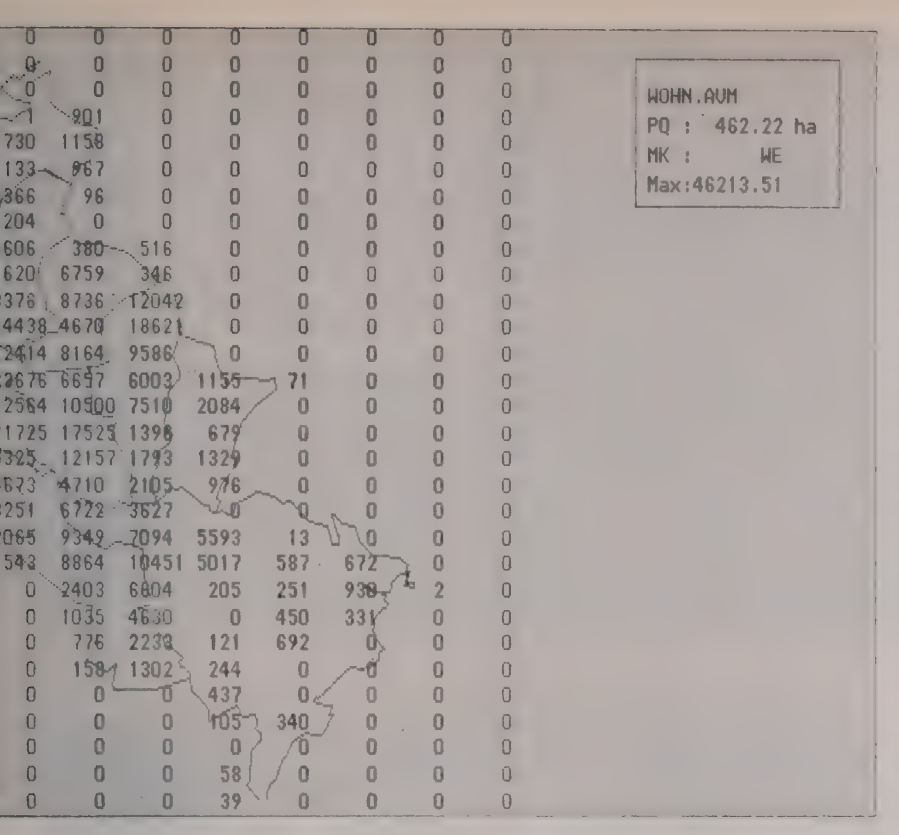
2 *Graphische Ausgabe des Flächenelementespeichers*

3 *Vergabe von Prinziplösungen*

4 *Planquadrate, numerische Ausgabe*

5 *Planquadrate, Funktionswertgebirge*

(für die hier gezeigten Abbildungen wurden Hardcopys verwendet. Das Programmsystem ist farbtüchtig.)



tionsstufe mit dem Ergebnis der vorherigen Iteration.
Die ermittelten Werte können mit Fehlern behaftet sein. Sie stellen jedoch die einzige Möglichkeit dar, die Qualität der Modellierung zu überprüfen bzw. in den IST-Repräsentanten (PL 99) vorhandene Werte in einen direkten Vergleich mit den tatsächlichen Dichten im Territorium zu stellen.
Es wird für jeden Strukturtyp die Verteilung der Werte der Flächenelemente angegeben, so daß Art und Stärke der Abweichung vom Mittel statistisch untersucht werden können.

Definitionen der Umgestaltungsstrategie

Die Technologie der Arbeit mit dem CSV sieht die Definition eines oder mehrerer, sich aus Flächenelementen zusammensetzende Teilgebiete (wobei ein Teilgebiet das gesamte Untersuchungsgebiet umfassen kann) vor. Anschließend wird eine auf vorher festgelegte Teilgebiete bezogene Umgestaltungsvariante definiert. Diese beschreibt Umgestaltungsziele, die durch die Auswahl geeigneter Prinziplösungen erreicht werden. Da die Prinziplösungen auf Flächenelemente angewendet werden, die durch genau einen Strukturtyp charakterisiert sind, wird mit der Anwendung der Prinziplösungen auf diesen Strukturtyp der geeignete Repräsentant gefunden. Die Selektion von Repräsentanten erfolgt im allgemeinen durch das System, kann aber auch durch den Nutzer festgelegt werden. (Abb. 3).

Simulation und Ergebnisse

Die Simulation der Stadtentwicklung mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen erfolgt durch die Variation von Umgestaltungsgebieten und Umgestaltungszielen, wobei der Planer in jeden Untersuchungsschritt seine Erfahrung und Ortskenntnis einfließen lassen kann. Das Verständnis der dem Modell zugrunde liegenden Methode ist unabdingbare Voraussetzung für die Arbeit mit dem CSV. Das Ergebnis einer Simulation ist die Anwendung der städtebaulichen Kennziffern aus dem Repräsentantenspeicher auf die Flächenelemente des Teilgebietes (oder der Teilgebiete), die innerhalb einer Umgestaltungsvariante angesprochen werden, d. h. eine Matrix mit nun nicht mehr flächenbezogenen Kennwerten, die, wenn erforderlich, noch mit den Kennwerten für den IST-Zustand ergänzt werden kann. Diese Matrix wird sofort auf Wohnbezirke und Strukturtypen aggregiert und kann mit anderen Matrizen gleicher Struktur direkt mittels Differenzbildung verglichen werden. Eine weitere Möglichkeit der Ergebnisauswertung bietet die Planquadratmethode. Hierbei wird im grafischen Dialog ein Planquadratraster über das auszuwertende Gebiet (Gesamtstadt oder beliebiges Teilgebiet) gelegt. Durch das CSV werden die Flächenelemente über ihrem Bezugspunkt den einzelnen Planquadraten zugeordnet, so daß die quantitative Ausprägung eines durch den Nutzer zu wählenden Merkmales ermittelt werden kann. Das Ergebnis kann alphanumerisch oder als isometrisches Funktionswertgebirge ausgegeben werden. (Abb. 4 und 5) Außerdem ist es möglich, über eine offline-Kopplung Eingangsdaten für Verkehrsrechnungen auf dem Großrechner zur Verfügung zu stellen.

Ausblick

Es wurde gezeigt, wie mit einem Repräsentantenmodell in der städtebaulichen Planung gearbeitet werden kann. Die weitere Arbeit wird zwei Richtungen verfolgen. Zum einen wird eine Überlagerung des Flächennutzungsmodells mit einem Verkehrsmodell und den Modellen der technischen Infrastruktur implementiert, und zum anderen wird versucht, Möglichkeiten zu finden, die gewisse Starrheit, die jeder an Repräsentanten gebundenen Modellierung der Realität zu eigen ist, durch eine direkt an städtebauliche Objekte gebundene Merkmalsrepräsentation zu vermeiden.

Der 1. Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee in Berlin – ein Rückblick

Prof. Dr. sc. phil. Hans-Joachim Kadatz
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur



1

Der weltweit bekannte städtebauliche Raum im Herzen der DDR-Hauptstadt reflektiert und symbolisiert wie kaum ein anderer noch heute aus einem Abstand von nahezu 4 Jahrzehnten eines der lebendigsten Kapitel interessanter Baugeschichte aus den Gründungsjahren der Republik. Angesichts tiefgreifender Umschichtungen gesellschaftlicher und ökonomischer Grundlagen wurde damals eine vollständige Reorganisation der Stadt, eine Um- und Neuorientierung ihrer Elemente und damit ihres gesamten Wohn- und Wirtschaftsgefüges vorausgesehen und angestrebt. Aus den Problemstellungen des antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbaus und der Städteplanung ergaben sich nicht nur in Berlin, sondern an vielen anderen Orten erste umfangreiche Bestandsaufnahmen, Untersuchungen über Standorte, zweckmäßige Verlagerungen und die Konzentration von Industrie-, Handels- und Verwaltungsbauten, ferner über den Aufbau neuer Erwerbszweige, den rationellen Ausbau bestehender Verkehrsnetze und die Lösung damit unmittelbar verknüpfter Fragen des Arbeitens, des Wohnens, der Kultur, Bildung und Erholung sowie insgesamt der allgemeinen Verbesserung der sozialen Lage der Menschen im demokratischen Nachkriegsdeutschland.

Der große Elan, mit dem 1952 bis 1956/58 dieser 1,8 km lange zentrumsnahe Boulevard als erstes großes komplex aufgefaßtes und durchorganisiertes Aufbaugebiet errichtet wurde, erscheint inzwischen beinahe legendär. Doch viele, die damals zu den Erbauern und Mitgestaltern, zu den ersten Bewohnern oder zu den nicht wenigen Neugierigen gehörten, die nach der Zerschlagung des Faschismus das Werden und Wachsen dieser ersten sozialistischen Großbaustelle erlebten, wissen um die enorme Kraft, die in harten Diskussionen um das Für und Wider ihrer gestalterischen Details von dieser Straße als Fanal friedlichen Aufbauwillens des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates ausstrahlte. Es hat seitdem, wie auch sonst in der Beurteilung der Baukunst verschiedenartige, sich auch wandelnde Interpretationen und Wertungen dieser Leistungen gegeben, die inzwischen zu den anerkannten, bereits denkmalwerten städtebaulichen Anlagen jüngerer Vergangenheit gehören. Für viele war es ein vielversprechender Anfang auf dem beschwerlichen Weg der



2

3



1 Nationales Aufbauprogramm 1953. Lageplan des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain 1954 mit Schwerpunkten des Wiederaufbaus und der städtebaulichen Neugestaltung des Abschnitts der Verkehrsmagistrale Karl-Marx-Allee. Gestaltungskollektive:
Prof. H. Henselmann, Prof. R. Paulick, K. W. Leucht, E. Hartmann, Prof. H. Hopp, K. Souradny, 1951–58

2 Nationales Aufbauprogramm 1952. Freiwilliger Aufbausonntag zur Enttrümmerung der schwer zerstörten Frankfurter Allee

3 Blick auf den Strausberger Platz. Gestaltung: Prof. H. Henselmann und Kollektiv. Bauzustand 1953

4 Blick vom Strausberger Platz in Richtung Frankfurter Tor

5 Entwurf Fassadengestaltung Wohnblock C-Süd (Kollektiv R. Paulick)

6 Fassadengestaltung am Strausberger Platz (Kollektiv H. Henselmann)

7 Entwurfszeichnung 1953 für Fassadengestaltung Block G



4

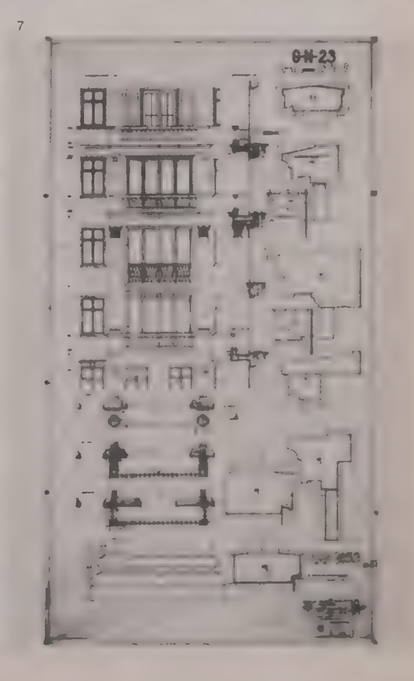
Auferstehung der Stadt aus 70 Millionen Kubikmetern Trümmerschutt. Es war ein wirksamer Beginn, den Wiederaufbau unter neu formulierten Bedürfnissen der Werktätigen in einer neu begründeten Gesellschaftsordnung, den vorhandenen ökonomischen Möglichkeiten entsprechend, großzügiger als in der Vergangenheit zu planen. Noch fehlten viele materielle Voraussetzungen, weil sich gerade in diesen Jahren die Industrie der DDR als Wirtschaftskraft in einem ehemals stark agrarisch geprägten Territorium neu formieren mußte. Vorherrschende Basis des Bauens mit überwiegend handwerklichen Mitteln waren Materialien, die vor Ort aus dem Abriß der Ruinen geborgen wurden, doch der Zielspruch lautete: „Lieber tausend Tropfen Schweiß für den Frieden, als einen Tropfen Blut für den Krieg!" Dieses entscheidende Bekenntnis zur „Arbeit in Frieden" gehörte zu den tiefsten inhaltlichen Motivationen der Bautätigkeit.
Trotz des noch niedrigen Standes der technischen Ausrüstungen bereicherten neue Gedanken und Methoden das traditionelle Bauwesen. Große Wohnungsnot – in Berlin waren etwa 185 000 Wohnungen zerstört – verlangte kurze Bautermine. Zur körperlichen Erleichterung auf den Baustellen entstanden neuentwickelte Etagen- und Turmkräne, Schnellaufzüge, rationalisierte Baustelleneinrichtungen, spezielle Strecken der Fließfertigung, die kontinuierliche Organisation der Baustofftransporte auf Kleinbahnsystemen und anderes mehr. Auf dieser Basis wuchs das industrielle Baudenken, das sich dann ab 1955 voll durchzusetzen begann. Aber auch hier zeigten sich in der Karl-Marx-Allee ab 1952/53 schon erste Ansätze, unter anderem in der Kombination der Ziegelbauweise mit vorfabrizierten Decken- und Stützelementen. Am Block C-Nord fanden Erprobungen der Stahlbetonskelett-Montagebauweise für den vielgeschossigen Wohnungsbau statt, und an den Hochhausbauten des Strausberger Platzes erfolgte die Einbeziehung von Betonfertigteilen.
Der 2. Januar 1952 leitete die Verwirklichung des von der Staatsführung beschlossenen „Nationalen Aufbauprogramms Berlin 1952" durch einen beispielgebenden freiwilligen Einsatz zur Trümmerbeseitigung ein, an dem sich über 45 000 Berliner aus allen Schichten der Bevölkerung beteiligten. Über 100 000 waren es, die sich am 3. Februar 1952 zur hi-



5

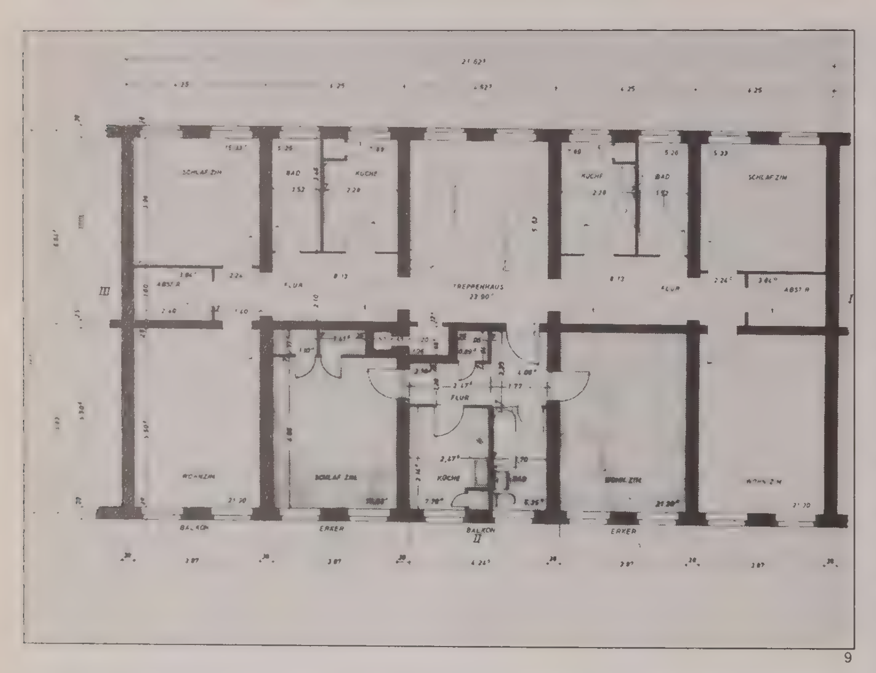


6



7





8 *Entwurfszeichnung für die Innenraumgestaltung einer Gaststätte*

9 *Wohnungsgrundrisse 1952, Mittelsektion Abschnitt C-Süd*

10 *Fassadendetail*

11 *Karl-Marx-Allee, 1. Bauabschnitt, Block C-Süd (Kollektiv R. Paulick)*

storischen Grundsteinlegung des 1. Bauabschnittes am Block E-Süd einfanden. Betriebe als allen Teilen der Republik entsandten materielle Hilfe und Arbeitskräfte, darunter viele Angehörige des sozialistischen Jugendverbandes der FDJ. Aufbausparen und eine Aufbaulotterie unterstützten das Vorhaben. So wurde das zunächst fast unerreichbare Ziel der Rohbaufertigstellung aller geplanten Wohnbauten zwischen Strausberger Platz und Frankfurter Tor bis zum Gesamtrichtfest des Ensembles am 27. September 1952 in knapp 9 Monaten unter großem Einsatz erfüllt. Drei Monate später, im Dezember 1952, konnten fast 2200 moderne Neubauwohnungen sowie zahlreiche gesellschaftliche und Handelseinrichtungen an die Erbauer der Allee, an hervorragende Arbeiter, Angestellte und Wissenschaftler übergeben werden. Dies war zweifellos ein zugleich politisch bedeutsamer Moment für die sich entwickelnde Republik und für deren Hauptstadt, die sich seit der Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 in einem besonderen gesellschaftlichen Spannungsfeld an der sensibelsten politischen Nahtstelle der beiden großen Weltlager befand.

In der damals noch nicht abgeschlossenen Phase schwieriger Schädenbeseitigung des zweiten Weltkrieges wurden mit dem Berliner Beispiel – und fast parallel dazu mit der Neuanlage von Eisenhüttenstadt – nicht nur städtebaulich-architektonische, sondern auch soziale Perspektiven gesetzt, die von der Bevölkerung der DDR optimistisch und zukunftsorientiert aufgenommen wurden. Sie begründeten für die Folgezeit eine noch heute gültige Entwicklung, die durch aktives Interesse, Mitspracherecht und Mitbeteiligung vieler Bürger am aktuellen kommunalen und Baugeschehen gekennzeichnet ist.

Die Erfahrungen der Bautätigkeit an dieser „ersten sozialistischen Straße Berlins" setzten auch für den Wohnungsbau und für die Mietpolitik bis in die Gegenwart reichende Maßstäbe.

Die bauliche Fertigstellung des 1. Teils der Allee in den Jahren 1952–1958 bestimmte einen entscheidenden Augenblick, in dem sich in Berlin seit dem Kriegsende wieder großstädtisches Leben in räumlich intakter Form zu entfalten begann. Es war zugleich ein komplexer, mit Mitteln der Architektur geschaffener Ausdruck des Willens nach politischer, wirtschaftlicher und kultureller Konsolidierung entsprechend der vom Dichter Johannes R. Becher formulierten Nationalhymne: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt."

Ein Jahr zuvor hatte Bertolt Brecht für das von Hermann Henselmann errichtete Wohnhochhaus an der benachbarten Weberwiese die einfachen, aber programmatischen Verse verfaßt: „Friede unserm Hause, Friede unserer Stadt, daß sie den gut behause, der sie erbauet hat". Und Oscar Niemeyer, der damals die Gelegenheit nahm, diesen Neubeginn voller Interesse zu studieren, äußerte vor allem im Hinblick auf die neuen Inhalte der Architektur: „Die Formen unserer Bauten werden sich ändern, aber dieser Beginn, wie ihr ihn hier in der Deutschen Demokratischen Republik unternommen habt, ist die sicherste Möglichkeit, die Architektur avantgardistisch zu verändern!"

Im Vordergrund der städtebaulichen Planung standen als vordringliche Ziele: die Überwindung der stark zerstörten ursprünglichen Mietskasernenbebauung in einem Teil des Stadtbezirks Friedrichshain, der zu den traditionsreichsten und typischsten Arbeiterwohngegenden des Berliner Ostens gehörte, und die sich daraus ableitende Neuformung des städtebaulichen Antlitzes durch eine großzügige Maßnahme der Anbindung an das Kerngebiet der Stadt.

Die durch spekulative Terrain- und Bodenpreispolitik gekennzeichnete Entwicklung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts hatte den geplanten Weiterausbau der großen, Berlin durchquerenden West-Ost-Magistrale im Anschluß an die Allee Unter den Linden zwischen Alexanderplatz und Strausberger Platz blockiert. Nun bot sich die einmalige Gelegenheit, diesen Durchbruch zwischen den Bezirken Mitte und Friedrichshain mit direktem Anschluß an die alte Frankfurter Allee zu vollziehen.

Durch die städtebauliche Neufassung nach Entwürfen der Architektenkollektive Henselmann, Paulick, Hartmann, Hopp, Souradny und Leucht trat an die Stelle der gründerzeitlichen Karreestruktur des ursprünglichen Bebauungsplanes von James Hobrecht (1861) mit engen Korridorstraßen und Hinterhofquartieren ein 80 m breiter, beiderseits bebauter Straßenraum. Sein räumliches Erlebnis in Richtung Stadtzentrum wurde durch



10



11

zwei dominante Punkte der Gesamtkomposition gesteigert: das Frankfurter Tor und den Strausberger Platz, die gleichzeitig auch die Anschlüsse zweier zentrumsnaher Verkehrsradialen akzentuierten. Die neue Struktur der Bebauung, eine räumliche Folge von Straßen und Plätzen, schloß sich bewußt älteren historischen Kompositionsprinzipien an, die auf der Steigerung architektonischer Eindrücke von der Peripherie zum Zentrum der Stadt bestimmt waren. In der raumplastischen Gesamtauffassung, den Grundrißbildungen und der Baukörperverteilung wurde jedoch das Wechselspiel zwischen geschlossener und offener Bebauung angewendet, um ein abwechslungsreiches architektonisches Gesamtbild zu erreichen. Seine Weiträumigkeit wurde durch Besonnung und Begrünung bestimmt, blieb jedoch frei vom Siedlungscharakter der 20er und 30er Jahre, für den sich zunächst zahlreiche Entwürfe eines vorangegangenen internationalen Wettbewerbs ausgesprochen hatten. Wie die Vergangenheit zeigte, bestätigte sich das neue Bekenntnis zur architektonischen Einheitlichkeit der Komposition, insbesondere unterstrichen durch die Werkstein- und Keramikverkleidungen der Fassaden und die Rhythmisierung des Ensembles durch teilweise 250 m lange, 7–10geschossige Baukörper.

Mit der Gestaltung des 1. Abschnittes der Karl-Marx-Allee verband sich ein komplizierter geistig-politischer Umdenkungsprozeß, bei dessen heutiger Wertung Erscheinungen historisierender Rückgriffe auf ältere Stilformen, die mit progressiven und revolutionären Ereignissen vergangener Gesellschaftsperioden in Zusammenhang standen, inzwischen unwesentlich geworden sind. Denn trotz mancher Überbetonung der künstlerischen Seite der Architektur und der Rolle des nationalen Kulturerbes verdichteten sich die Vorstellungen über vielerlei Möglichkeiten der Erzielung größerer, wirkungsvollerer städtebaulich-sozialer Programme. Es klärten sich Auffassungen über die Rolle der Magistralen, der geschlossenen Ensembles, des Wohn- und Gesellschaftsbaues, der Schaffung neuer Arbeitsstätten und Erholungsräume, verkehrsmäßiger Erschließungen u. a. m.

Theoretische Anregungen zur inhaltlichen und formalen Durcharbeitung des Gesamtprojektes der Karl-Marx-Allee lieferten die bereits 1950 formulierten, durch den Ministerrat der DDR bestätigten „16 Grundsätze des Städtebaues" und das „Gesetz über den Aufbau der Städte in der DDR und in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin (Aufbaugesetz)". Dies waren zwei für die damaligen Jahre programmatische Dokumente mit teilweise noch heute gültigen Aussagen, die ausgehend von der entscheidenden Rolle der Stadt bei der Prägung des Zusammenlebens der Menschen die damals aufgestellten Prinzipien und Methoden neuen sozialistischen Städtebaues formulierten. Danach wurde die Stadt nach wie vor als die kulturreichste Siedlungsform betrachtet, die Industrie als wichtigster Faktor der Entwicklung angesehen. Mit diesen gesetzlichen Bestimmungen waren grundlegende Forderungen an die Gesellschaft, um die viele Architekten und Städtebauer seit Generationen gekämpft hatten, erfüllt – insbesondere die gegebenenfalls staatliche Verfügbarkeit über bebaute oder unbebaute Flächen im Gesamtinteresse gesellschaftlicher Nutzung.

Schon in den ersten, seit 1946 aufgestellten Wiederaufbauplänen der Städte und Gemeinden waren tragende Gedanken und Zielstellungen neuer demokratischer Städtebaupolitik fixiert. Als künftiges Ziel sah man Städte, in denen sich vor allem Arbeit, Kultur und Wohlstand der werktätigen Bewohner ausdrücken sollten. Die Auflockerung der Bebauungsstrukturen, die Wiederherstellung kriegszerstörter kulturhistorisch wertvoller Substanz und die Pflege guter baulicher Traditionen sollten aber zugleich auch engherzigen Restaurierungsversuchen in den vernichteten städtischen Zentrums- und Wohnbereichen entgegenwirken. Mit Architekten wie Otto Haesler, Max Taut, Heinrich Tessenow, Hans Scharoun, Carl Fieger, Selman Selmanagic, Reinhold Lingner und anderen nahm sich eine Reihe namhafter Architekten der älteren Generation der neuen Aufgaben an. Ihnen folgten jüngere, ebenfalls erfahrene, ideenreiche und schöpferische Persönlichkeiten, an ihrer Spitze Hermann Henselmann, Richard Paulick und Hanns Hopp, die ehemaligen Leiter der drei Meisterwerkstätten an der im Dezember 1951 neugegründeten Bauakademie der DDR, die nunmehr die koordinierende Leitung der Gesamtprojektierung der Allee übernahm.

Maximale materielle und qualitative Anforderungen wurden bereits damals an die Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes im 1. Fünfjahrplan gestellt. 60 % der Wohnungen der Allee mit Küche, Bad, Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Telefon, Müllschlucker und Aufzug umfaßten 2 Räume mit durchschnittlich 67 m^2 Gesamtnutzfläche. 30 % entfielen auf Dreiraumwohnungen; 10 % auf Ein- und Vierraumwohnungen.

Bei relativ selbständiger architektonischer Durchbildung der Bauabschnitte innerhalb der einzelnen Kollektive wurden die partiellen Teile des Gesamtabschnittes unter Einhaltung bestimmter Maßmodule in ihren gegenseitigen Beziehungen und in ihren Proportionierungen zum Ganzen auf eine einheitliche kommunikative Wirkung ausgerichtet. Einige geplante gesellschaftliche Gebäude kamen erst in den 60er Jahren verändert zur Ausführung, als die Allee während der 2. industriell geprägten Bauphase in Richtung Alexanderplatz vollendet wurde.

Mancher erinnert sich vielleicht noch des Dezembers 1953, als in den 1. Abschnitt der Karl-Marx-Allee viele Familien in ihre neuen Heime mit modernem Wohnkomfort zu niedrigen Mietpreisen einzogen, nach langen dunklen Notjahren die bandförmig aneinandergereihten Läden der Untergeschosse der Baukörper in der hell erleuchteten Magistrale ihre Waren anboten, die ersten modernen mehrgeschossigen Großrestaurants ihre Pforten öffneten sowie Kinderkrippen und Ambulatorien, benachbarte Schulen und Wäschereien sowie viele andere Einrichtungen erstmals in dieser Komplexität ihren Dienst aufnahmen.

Wir betrachten und achten heute die Realisierung dieses Ensembles als eines der großangelegten praktischen Beispiele des Städtebaues der 50er Jahre, das zu vielerlei Erkenntnissen und Erfahrungsgewinn führte, aber auch zeigte, daß neue gesellschaftliche Inhalte von Architektur und Städtebau nicht durch spezielle Bau- und Stilformen, sondern vor allem durch soziale Funktionen ausgedrückt werden können. Das seit 1971 in Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgeführte große Wohnungsbauprogramm der DDR und die Maßnahmen des innerstädtischen Bauens kennzeichnen die gegenwärtige Prägung dieses Zieles.

Bauen in Kuba

Prof. Dr.-Ing. habil. Oskar Büttner, KdT
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Sektion Architektur

Prof. Dr.-Ing. José Flores Mola
Instituto Superior Politecnico
„José A. Echeveria", Havanna/Kuba
Facultad de Arquitectura



1

Die gesellschaftliche und bautechnische Entwicklung in Kuba, dem Land, das seit jeher wegen seines Klimas und seiner reizvollen Landschaft, seiner herrlichen Badestrände und nicht zuletzt wegen der optimistischen Lebensfreude seiner Menschen, als Perle der Antillen bezeichnet wird, ist seit über einer Generation mehr denn je in unser Blickfeld gerückt. Besonders die zurückliegende und die gegenwärtige Entwicklung im Bauwesen ist nicht nur für uns Bauschaffende in der DDR von großem Interesse.

Zunächst ein kurzer Rückblick auf die Ereignisse vor der Revolution. Mit dem Sturm auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba im Südosten des Landes am 26. Juni 1953 wurde in Lateinamerika eine revolutionäre Epoche eingeleitet, die 6 Jahre später, im Januar 1959, mit dem Einzug der siegreichen Revolutionäre unter der Führung von Fidel Castro in Havanna ihren ersten Sieg in der westlichen Hemisphäre, 90 Meilen vor der Küste der USA, errang. Dieser Sieg blieb nicht ohne gesellschaftliche Auswirkungen in Lateinamerika.

Seit diesem historischen Ereignis sind in Kuba 30 Jahre sehr harter sozialistischer Aufbauarbeit, trotz Blockade, Invasionsdrohung und großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten, erfolgreich verlaufen.

Einen großen Anteil am Aufbau einer neuen sozialistischen kubanischen Gesellschaft, an der materiellen Produktion und besonders an einer leistungsfähigen Bauwirtschaft, unter den spezifischen tropischen, geographischen und materiellen Bedingungen, hat die Jugend.

Das Studium an den Architektur- und Bauingenieurfakultäten der technischen Hochschulen und Universitäten dauert wie in der DDR 5 Jahre. Entsprechend den spezifischen Anforderungen der Praxis müssen z. B. die Architektur-Absolventen nach Abschluß des Studiums in der Lage sein, Wohnungsbauten selbständig zu projektieren, einschließlich TGA + Elektro + gesamter Bauwirtschaftsteil + Stahlbetonbewehrungspläne + Statik, und die Bauleitung bis zur Schlüsselübergabe fachgerecht durchzuführen.

Nach der Revolution bestand zunächst einmal die Hauptaufgabe darin, die überkommenen katastrophalen Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen aus der Zeit der Batista-Diktatur schrittweise zu verbessern. Gewaltige Anstrengungen wurden unternommen, das Analphabetentum zu beseitigen. Gleichzeitig mußten die hygienischen und medizinischen Bedingungen in einer relativ kurzen Zeit grundlegend geändert und verbessert werden. Die hier erzielten Ergebnisse sind in Lateinamerika ohne Beispiel. So konnte die Säuglingssterblichkeit von 60 Kindern vor der Revolution auf gegenwärtig 11,8 Kinder je 1 000 Lebendgeborene gesenkt werden. Heute ist die Säuglingssterblichkeit in Kuba niedriger als in Washington, der Hauptstadt der USA. Auch die Lebenserwartung konnte um 15–20 Jahre verlängert werden, sie beträgt für Frauen 73, für Männer 70 Jahre. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung erfolgt durch ein so dichtes Netz von Ambulatorien, Krankenhäusern und dezentralisierten Familienarztpraxen in den Wohngebieten, wie es ein hochindustrielles Land aufweist. Gegenwärtig

2



3



1 Restaurant „Las Ruinas“ im Leninpark in Havanna, erbaut aus Stahlbeton-Fertigteilen in den 70er Jahren
Entwurf: Arch. Antonio Quintana

2 Slums am Rande der Stadt Havanna – ein Erbe der Batista-Diktatur. Aufnahme vor der Revolution im Jahre 1957

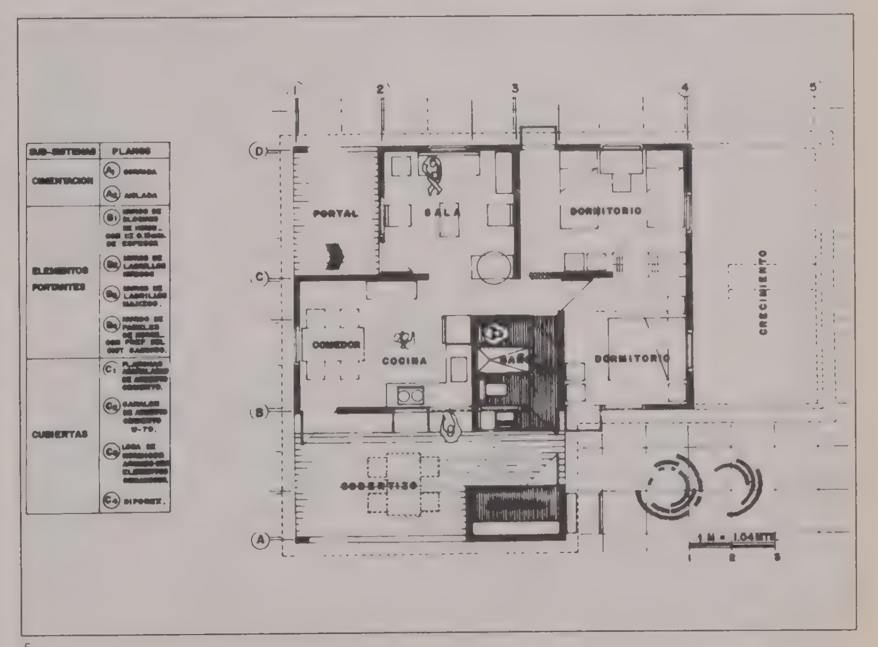
3 Vielfalt der Fassadengestaltung im 4geschossigen Wohnungsbau der 30er Jahre in Havanna

4–5 Sozialer Wohnungsbau nach der Revolution mit dem Stahlbeton-Fertigteilsystem SANDINO, eine Weiterentwicklung des Bausystems NOVOA:
– Stützen mit eingeschobenen leichten Wandelementen und verputzt
– Montage ohne schwere Hebemittel, in Nachbarschaftshilfe möglich

6 Familienarztpraxis, Praxis und Arztwohnung in einem Wohngebiet Havannas.
Projektierung und Realisierung durch Mitarbeiter und Studenten der Fakultät Architektur an der TH Havanna (ISPJAE)
Entwurfsbeispiel: Prof. arq. Alfonso Alfonso C.S.c.



4



5

stehen in Krankenhäusern 82 000 Betten den Patienten zur Verfügung. Allein in der Hauptstadt Havanna entstehen bis zum 30. Jahrestag der Revolution ein Kinderkrankenhaus mit 450 Betten und ein Krankenhaus für Allgemeinmedizin mit 1 000 Betten.
In Havanna werden die genannten Familienarztpraxen weitgehend von Studenten und Mitarbeitern der TH, Fakultät Architektur, projektiert und auch mitgebaut. Die Familien- oder Hausärzte, wie sie bei uns genannt werden, betreuen zwischen 100 und 150 Familien. So ist beispielsweise die Zahl von 180 Ärzten vor der Revolution auf heute 2 470 Ärzte gestiegen.
Zum Wohnungsbau: Bis in unsere Gegenwart ist die schrittweise Beseitigung der Wohnraumnot ein Problem ersten Ranges. Besonders in der Hauptstadt Havanna und in den Provinzhauptstädten hatte sich vor der Revolution infolge der Landflucht, der Arbeitslosigkeit und durch den Verfall der Wirtschaft die soziale Lage der Arbeiter und Bauern ständig verschlechtert. An den Stadträndern entstanden riesige menschenunwürdige Slumgebiete mit Hütten aus Abfallmaterial, die von den Bewohnern selbst errichtet wurden. Sie waren ohne ausreichende hygienische Einrichtungen, ohne ausreichende Wasserversorgung und Abfallbeseitigung.
Nach der siegreichen Revolution im Jahre 1959 fehlten rund 700 000 Wohnungen. Zunächst wurden die Slumgebiete aufgelöst und die Bewohner in menschenwürdigen Wohnungen untergebracht. Improvisation und Selbsthilfegruppen waren im ersten Jahrzehnt nach der Revolution sehr gefragt.
Der Mangel an ausgebildeten Facharbeitern im Bauwesen war eines der Haupthindernisse zur schnellen Beseitigung der Wohnungsnot. Die konsequente Entscheidung für den Stahlbetonbau mit Fertigteilen auf der Grundlage des industriellen Bauens half, den Mangel abzustellen. Dabei wurden die

6



7 Beispiel eines Motels in der Provinz Pinar del Rio, im Westen Kubas. Das Bauwerk ist in Stahlbeton ausgeführt. Bemerkenswert ist hier die Übernahme von Elementen des „spanischen Kolonialstiles" aus dem 19. Jahrhundert: Durchlaufende Balkone mit Rundgitterabgrenzungen

8 Beispiele der Sonnenschutzauskragungen im Schulbau. Das Bausystem mit Stahlbeton-Fertigteilelementen verwendet konische Riegel (viga inclinada)

9 Stahlbeton-Skelett-Fertigteilbausystem GIRON, 2,10 Mp, wurde 1970 zunächst für Schulbauten konzipiert. Nach seiner guten Bewährung wurde GIRON auch für andere Gesellschaftsbauten eingesetzt.
Entwicklung: Ministerium für Bauwesen
Beispiel einer 4geschossigen Schule in Havanna. Typisch sind auch hier die hohen Jalousieelemente in der Außenfassade, die oft auch in die Innenwände eingesetzt werden.



7

8

9

Erfahrungen der sozialistischen Länder voll genutzt. 1974 konnten 10 000 Wohneinheiten übergeben werden, gegenwärtig sind es 4,5 mal so viel. Bis zum Jahre 2000 soll das Wohnraumproblem zu 90 % gelöst sein.
In diesem Zusammenhang sollen die Leistungen und der Ideenreichtum bei der Entwicklung industriell vorgefertigter Stahlbetonskelett-Tragwerke der Bauweisen GIRON, SAE und SMAC nicht unerwähnt bleiben, die besonders im Gesellschaftsbau eingesetzt werden. Auch im Industriebau werden vorgefertigte Stahlbeton-Bausysteme verwendet. Das Kernstück des Bauwesens bildet der Ausbau der Baustoffindustrie, insbesondere der Zementindustrie. Die Zementproduktion stieg von 130 000 Tonnen vor der Revolution auf gegenwärtig 3 Mill. Tonnen jährlich an.
Haben wir in der DDR schon Probleme bei der Sanierung und Rekonstruktion unserer innerstädtischen Gebiete, besonders solcher mit historisch wertvoller Altbebauung, so stehen unsere kubanischen Kollegen schon seit langem vor einer ungeheuren Aufgabe: Die Sanierung und Rekonstruktion der Altstadt von Havanna mit ihren wertvollen Bauten aus der Kolonialzeit und den letzten 100 Jahren in einer Flächengröße von über 1 km^2. Wenn dieses einzigartige Kulturdenkmal der Menschheit erhalten bleiben soll, ist schnellste tatkräftige Hilfe durch die UNESCO und durch die sozialistischen Länder erforderlich. Ein hoher Prozentsatz der historischen Bausubstanz von Havanna ist heute bereits vom Verfall bedroht. In diesem Zusammenhang muß der Beschluß der UNESCO, die Altstadt von Havanna als baugeschichtliches Flächendenkmal der Weltkultur auszuweisen, besondere Beachtung finden.
Eine wesentliche Unterstützung bei der Realisierung von Bauaufgaben im Wohn- und Gesellschaftsbau sind die Mikrobrigaden. Über sie wurde schon des öfteren berichtet, hier nur kurz ihre



10

10 *Raumstabwerkstruktur in Stahlrohren über einen Hof im Pionierpalast im „Lenin-Park“ in Havanna*

11 *Kongreßpalast „Palacio de las Convenciones“*
Entwurf: Achitekt Antonio Quintana

12 *Beispiel – Stahlbeton-Schalentragwerk einer Sporthalle für rund 2000 Besucher am Malecon in Havanna. Die Halle ist allseitig offen, bemerkenswert ist die Scheibengestaltung an den Giebelseiten.*



11



12

Charakteristik: Auf Initiative der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben wurden sie 1970 gegründet. Ihre Aufgabe ist die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für die Betriebsangehörigen. Die betrieblichen Aufgaben der Mikrobrigaden werden zusätzlich von ihren Betriebskollegen übernommen. In Kuba arbeiten gegenwärtig über 30 000 Brigadisten. Von 15 000 Bauarbeitern in Havanna sind 8 000 Mitglieder von Mikrobrigaden. Der so zusätzlich geschaffene Wohnraum wird unter Beachtung sozialer und gesellschaftlicher Gesichtspunkte auf Vollversammlungen in den Betrieben öffentlich verteilt.

Zu berichten wäre noch über zahlreiche Beispiele bei der Entwicklung von Schulbauten, von Bauten für Kinder im Vorschulalter, von Bauten der Energiewirtschaft, der Produktions- und Nahrungsgüterwirtschaft, was aber aus Platzmangel nicht möglich ist.

Abschließend kann festgestellt werden: Die Leistungen des kubanischen Bauwesens spiegeln im Gesamtkomplex der sozialistischen Wirtschaft die Grundtendenz von 30 Jahren sozialistischen Aufbaues wider. Eine Entwicklung, die, wie Fidel Castro am 26. Januar 1988 auf der Festveranstaltung anläßlich des 35. Jahrestages des Sturmes auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba feststellte, nur möglich war, weil Kuba die Erfahrungen der sozialistischen Länder Europas für seine Zwecke „schöpferisch entwickelte und nicht einfach kopierte“.

Eine bedeutende Sphäre der Baukunst

XI. Internationales Seminar über die Architektur und den Bau von Einrichtungen des Gesundheitswesens

Architekt Daniel G. Kopeljanski

1/2 *Kinderklinik für viele Spezialgebiete in Riga. Architekten M. Gelsis, A. Reinfelde, S. Kalinka, Konstrukteur S. Usinsch*

Vom 25. bis 30. September 1988 fand in Moskau und Leningrad das Internationale Seminar statt, dessen globale Bedeutung für einen großen Kreis von Spezialisten verschiedener Richtungen, der Medizin, der Psychologie, der Soziologie, der Architektur und des Städtebaues nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Phantasie setzt auch das eigentliche Thema des Seminars frei: „Analyse der Projektierung, des Baues und des Betriebes von medizinischen Einrichtungen im Licht der Strategie der Weltgesundheitsorganisation – bis zum Jahr 2000 Gesundheit für alle". Dieses überaus humane und edle Ziel zog über 60 Vertreter aus 30 Ländern aller Kontinente zum Erfahrungsaustausch und zur Erarbeitung prognostischer Empfehlungen in die UdSSR.

Organisatoren dieses repräsentativen Forums waren der Internationale Architektenverband (UIA), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Internationale Krankenhausverband (IHF), der Bund der Architekten der UdSSR und das Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR.

In den Mitteilungen des Ehrenmitgliedes des Amerikanischen Institutes der Architekten, des Arbeitsgruppensekretärs der UIA, Richard I. Sahl, und des Präsidenten des Internationalen Krankenhausverbandes, Tadeusz Tolloczko, wurden die beachtenswerten Ereignisse des zu Ende gehenden Jahres 1988 hervorgehoben, die dem Seminar die Zielsetzung lieferten. Es handelt sich um das vierzigjährige Bestehen der Weltgesundheitsorganisation und des Internationalen Architektenverbandes.

Viele Redner stellten auch fest, daß das Seminar nicht zufällig auf den zehnten Jahrestag der Deklaration von Alma-Ata über die Erste Hilfe für die Bevölkerung fällt.

Dem führenden Referenten aus der UdSSR, dem Direktor des Staatlichen Forschungsinstitutes für Gesundheitswesen, Boris Schubnoj, folgend, möchten wir besonders betonen, daß das Seminar den Aufgaben der wichtigsten Sphäre der sozialen Entwicklung des Landes in der Etappe der Umgestaltung entspricht. Während die Umfänge der für die Entwicklung der materiellen Basis des Gesundheitswesens im laufenden Planjahrfünft bereitgestellten Investitionen 8,7 Milliarden Rubel betragen, steigen sie im XIII. Planjahrfünft auf das Dreifache, auf 25,3 Milliarden Rubel. Mindestens 40 % der bewilligten Investitionen werden für die Finanzierung der Projektierung und des Baus von therapeutischen Einrichtungen – Entbindungsheimen, Frauenberatungsstellen, Kinderkrankenhäusern, Polikliniken und Ambulatorien – in Stadt und Land verwendet. Der Referent stellte die jeweiligen Typenprojekte sowie architektonisch-bauliche Lösungen für große Therapie- und Diagnosezentren vor, die in vielen Regionen des Landes aufgebaut werden sollen.

Die Vertreter einer Reihe von Ländern zeigten an konkreten Beispielen auf, wie bedeutsam die schöpferische Adaption der Architektur an die gestiegenen Bedürfnisse und an die Richtungen des dynamischen Prozesses der Entwicklung des Gesundheitswesens unter den Bedingungen begrenzter ökonomischer Ressourcen ist. Weitreichende Ideen der Schaffung von ausdrucksvollen architektonisch-baulichen Hüllen für die sich ändernden Funktionen der therapeutisch-prophylaktischen Einrichtungen waren in den Reden der Architekten und Mediziner aus Ländern mit den unterschiedlichsten ökonomischen Potentialen enthalten, darunter aus den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Südamerikas. Zu den beeindruckendsten Vorträgen auf diesem Gebiet gehörte der Bericht zum Thema „Bedeutung der Planung von medizinischen Einrichtungen im Lichte der Strategie Gesundheit für alle", den der namhafte Vertreter der WHO, Carlos Montoya-Aguilar, gegeben hat. Nach einer Analyse des Standes des Gesundheitswesens in den Ländern Lateinamerikas und des Karibischen Raumes wies Montoya-Aguilar darauf hin, daß nicht weniger als 140 Millionen Menschen (d. h. etwa einem Drittel der Bevölkerung) der Zugang zur primären Grundversorgung mit medizinischen Einrichtungen verschlossen ist. Unter diesen schwierigen Bedingungen, so betonte der Vertreter der WHO, sieht die Strategie der Architektur als vorrangige Aufgabe die Entwicklung und Realisierung von ganzheitlichen medizinischen Versorgungssystemen der Regionen und nicht einzelner Prestigeobjekte vor. Einen wichtigen Platz muß bei der Lösung dieser Aufgabe die internationale Zusammenarbeit unter der Schirmherrschaft der UIA, des Internationalen Krankenhausverbandes und der Internationalen Bank für Rekonstruktion und Entwicklung einnehmen.

Aktuelle Probleme der Erneuerung von therapeutischen Einrichtungen haben in ihren Vorträgen die Spezialisten solcher europäischer Länder behandelt, die eine größere Substanz an vor 30 bis 100 Jahren erbauten Krankenhäusern haben. Das sind die DDR, die BRD, die CSSR, England, Schweden, Finnland und einige andere Länder. In diesen Ländern besteht die Hauptaufgabe offensichtlich in der Rekonstruktion und Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz zusammen mit der Schaffung einer komplexen Wohnumwelt, die der Bevölkerung ein gesundes Leben garantiert. In diesem Zusammenhang zogen verdientermaßen die Erfahrungen der Architekten der DDR Aufmerksamkeit auf sich, besonders die Arbeit über die Rekonstruktion und Erweiterung der Berliner Charité (Vortrag von Professor P. Corneli).

Ein Programm für eine sich mit der Zeit ändernde Projektierung, eines flexiblen Objektes, wurde auch in den Berichten des schwedischen Architeken D. O. Gorman und des englischen Architekten Jone Weeks dargelegt. Letzterer führte eine unserer Ansicht nach sehr zuverlässige Methode zur Lösung dieser komplizierten Aufgabe in Verbindung mit dem Problem, einen flexibel gestaltbaren städtischen Krankenhausbereich zu schaffen, ins Feld. Dabei schlägt Weeks unter Berücksichtigung der zu prognostizierenden Entwicklungsdynamik des Gesundheitswesens vor, in den Generalplänen nur strategische Richtungen der Standortverteilung und Entwicklung von Krankenhauskomplexen vorzusehen. Im Prinzip sind die Ideen Weeks der im Seminar dargelegten Methodik des sowjetischen Architekten W. Duchownyi nahe, der vorschlägt, als Grundlage das Modell eines komplexen, städtebaulich begründeten Netzes von therapeutischen Einrichtungen auf einem bestimmten Territorium unter Beachtung der Dynamik der sozialökonomischen Veränderungen zu nehmen.

Natürlich werden die genannten und andere Empfehlungen der Seminarteilnehmer auch durch ein vielfältiges Herangehen an die Lösung konkreter Aufgaben charakterisiert. Gerade deshalb findet ja auch die wissenschaftliche Diskussion statt.

Zugleich möchten wir darauf aufmerksam machen, daß die Architekten in ihren Vorträgen ziemlich einmütig für die Entwicklung und Anwendung von typisierten Projekten der Gebäude für medizinische Einrichtungen eingetreten sind, aber unbedingt mit der Garantie,

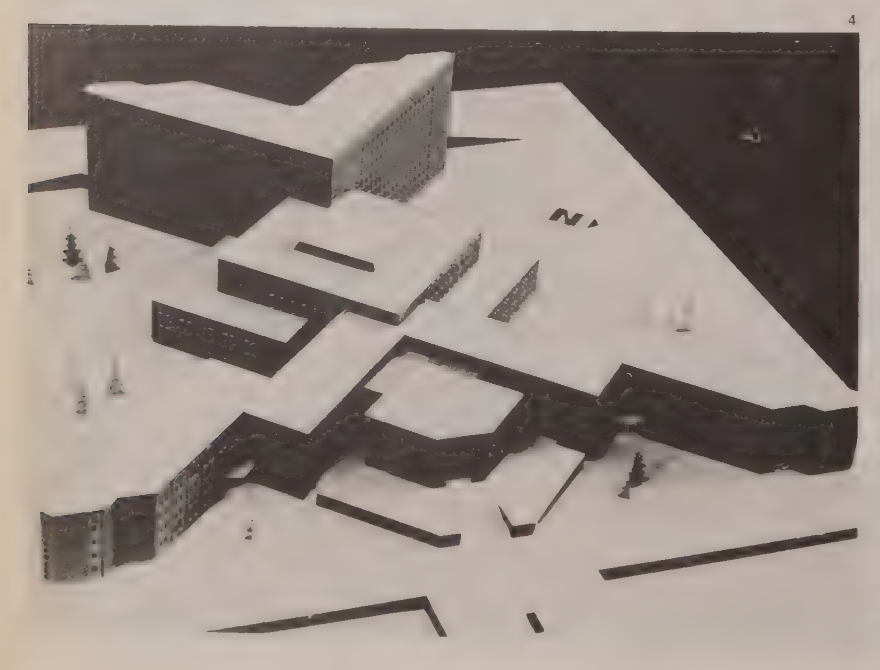
1

2

3

daß ihre funktionelle und architektonisch-bauliche Erweiterung möglich ist. Richtig ist auch die Bemerkung des dänischen Spezialisten Michael Hopkinson, daß man, ehe man die Frage zugunsten des Neubaues löst, sorgfältig dessen ökonomische Zweckmäßigkeit gegenüber einer möglichen Rekonstruktion und Modernisierung vorhandener Gebäude abwägen muß.
Lehrreich und von Interesse sind zweifellos auch die Erfahrungen mit der rechnergestützten Projektierung von Gebäuden und Komplexen für Einrichtungen des Gesundheitswesens mit Zugriff zu einer Datenbank, die Professor Jan Delrue, Belgien, den Kollegen vermittelte. Aus seinem Bericht geht hervor. daß die modernen automatisierten Verfahren in den Ländern Europas, Afrikas und des Mittleren Ostens sehr verbreitet sind, d. h. unter ganz verschiedenen geographischen, sozialen und klimatischen Bedingungen, wozu die in einer Datenbank gespeicherten Materialien der WHO beigetragen haben. Das Seminar ist abgeschlossen. Es wurden wissenschaftliche, schöpferische und menschliche Kontakte zum gegenseitigen Nutzen hergestellt. Vor uns liegt eine gewaltige Arbeit – die Realisierung des weltweiten Programms „BIS ZUM JAHR 2000 GESUNDHEIT FÜR ALLE".

4



3 *Wissenschaftliches kardiologisches Zentrum in Moskau. Architekten I. Winogradskij, Ja. Muchamedchanow, W. Legoschin, M. Kryschtal u. a.*

4 *Projekt des Forschungsinstitutes für Kardiologie des Tomsker wissenschaftlichen Zentrums der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR*

Das Forschungsinstitut für Kardiologie ist in mehreren Häusern mit unterschiedlicher Geschoßzahl untergebracht: das Hauptgebäude besteht aus sieben Blöcken – A, B, C, D, E, F und G.

Der **Block A** *nimmt zwei neungeschossige Gebäude mit einem Installationsgeschoß ein, die unter einem Winkel von 90° zueinander angeordnet sind. An der Verbindungsstelle ist der Aufzug projektiert. Hier befinden sich eine Station mit 300 Betten, die Apotheke, die Aufnahmeabteilung und die Intensivstation.*

Der **Block B** *ist ein fünfgeschossiges Haus mit einem Installationsgeschoß und einem Teilkeller. Hier sind die therapeutisch-diagnostische Abteilung, ein Teil der Neben- sowie Wirtschafts- und Verwaltungsräume vorgesehen. In Höhe des 2. Geschosses ist im Mittelteil ein Wintergarten projektiert.*

Die **Blöcke C und D** *sind viergeschossige Gebäude mit einem Installationsgeschoß. Hier sind ein Wohnheim mit 150 Plätzen und eine Poliklinik für 120 Besucher/Schicht untergebracht.*

Die **Blöcke E und F** *sind viergeschossige Gebäude mit einem Installationsgeschoß. Sie dienen dem experimentellen Teil.*

Der **Block G** *ist viergeschossig und besteht aus Vestibül, Konferenzsaal mit Foyer sowie Bibliothek mit Magazin und Lesesaal.*

Das **pathologisch-anatomische Gebäude** *ist zweigeschossig und für 700 Obduktionen im Jahr vorgesehen.*

Der **Küchen- und Speisetrakt** *für Patienten und das Personal mit Kantine für 100 Sitzplätze ist als einzeln stehendes zweigeschossiges Haus mit einem Installationsgeschoß geplant.*

Das **Vivarium** *wird in einem einzeln stehenden eingeschossigen Gebäude beherbergt.*

Das Gebäude der **Wäscherei** *mit der Desinfektionsabteilung hat ein Geschoß. Die Garage, die Werkstätten und Lager befinden sich in einem zweigeschossigen Gebäude (für 25 Autos).*

Autoren des Komplexes: Architekten M. I. Desjatnikow und L. M. Jakowljewa

Autoren der einzelnen Gebäude: Architekten M. I. Golostschapowa, L. I. Chutorskaja, A. G. Woronowa, Konstrukteure M. S. Podolskij, W. I. Dmitrijew



„Ich arbeite gern und bin begeisterungsfähig. Ich bekenne mich dazu, Ideen aufzugreifen und Projekte zu entwickeln. Ich betrachte es als meine Pflicht, diese Ideen und Projekte in Realitäten umzusetzen. Das geht alles nur mit einer lebensbejahenden konsequenten Grundeinstellung, die ich auf alle Genossen und Kollegen, mit denen ich zusammenarbeite, übertragen möchte ... damit es mit unserer Republik vorangeht." (Erhard Gißke in: Bauen – mein Leben, Dietz Verlag Berlin 1987)

Ehrhardt Gißke zum 65. Geburtstag

Prof. Dr.-Ing. Dr. h. c. Ehrhardt Gißke, der Generaldirektor der Baudirektion Berlin des Ministeriums für Bauwesen, feiert am 2. 3. 1989 seinen 65. Geburtstag. Er ist ein Mann der Tat. 40 Jahre seines Bauens setzten historische Zeichen des politischen Lebens, des ästhetischen Wollens, der materiellen und organisatorischen Leistungsfähigkeit der DDR. Wie alle Architektur ist auch die unter seiner Leitung konzipierte und gebaute objektiver Spiegel gesellschaftlicher Kraft. Ehrhardt Gißke zählt zu den Baumeistern unseres Berlins. Er sagt zu seinem effektiven Lebensstil vier Worte: menschlich, praxisnah, einfach, produktorientiert.

Ich meine, er ist auch ein gutes Stück an der Gestaltung der Inhalte beteiligt. Offenheit und starker Wille bestimmen seine Arbeit mit den Entwerfenden, den Architekten, bildenden Künstlern und Technologen. Er ist zugleich Erfinder für Funktionsabläufe, Bautechnik und unbürokratische Kooperation. Immer ist das ganze Ziel im Blick. Schon das Gesicht seiner Baustellen zeigt das. Kombinate und Arbeiter achten ihn. Viele Mitstreiter sind seinen Erfolgen verbunden. Er ist ein glücklicher Genießer des mit Mühe Erreichten und prüft kritisch mit den Benutzern den Effekt. Das dient der nächsten Bauaufgabe. Zu den unter seiner Leitung in den letzten 15 Jahren entstandenen rund 130 Bauwerken, an denen Bauleute aus Berlin und allen Bezirken mitwirkten, gehören als besonders markante Leistungen:

- Der Palast der Republik, 1973–76, pulsierendes Herz des Berliner Zentrums. Offenes Haus für den Staat, für jeden Bürger und Besucher, neuer Bautyp mit modernster Technik,
- das Sport- und Erholungszentrum, ein lichtes, ständig volles Gesundheits- und Vergnügungshaus am Volkspark Friedrichshain für alle
- der Thälmannpark, 1981–86, Grün, Wohnungen, Handel und Kultur, das Ernst-Thälmann-Denkmal von Lew Kerbel, Spielplätze, Sportstätten, Schule und Planetarium,
- die Charité, Revitalisierung des historischen Krankenhausareals. Subtile Erneuerung des Alten. Moderne Haltung im Neuen. Enorme Technologie für den Gesundheitsbau, Baupräzision vom VEB Kombinat Ingenieurhochbau Berlin,
- das Nikolaiviertel, romantisch wiederbelebte Stadtgeschichte, Objekte mit Kultur-Ereignissen mit den Bedürfnissen der Bewohner und Gäste verbindend,
- das Schauspielhaus, der Platz der Akademie, glänzende Rekonstruktion der Bauten des ehemaligen Gendarmenmarktes, vitale Erneuerung der Funktionen,
- der Pionierpalast in der Wuhlheide, Paradies für Kinder, ein Erlebnis von Wissenschaft und Technik, Sport und Kunst,
- der Berliner Hauptbahnhof und Industriebauten für Leuna, Schwedt, Hennigsdorf, das Textilgroßlager Berlin,
- das Internationale Handelszentrum am Bahnhof Friedrichstraße, mit und für Firmen aller Welt gebaut, beeindruckende Modernität,
- das Grandhotel Unter den Linden, Interhotel der Spitzenklasse mit meisterhafter Qualität aller daran beteiligten Gewerke des Bauens und der Ausstattung,
- die Friedrichstraße im Werden als neue alte Straße der Metropole mit dem Friedrichstadtpalast, seiner großartigen Technik und charaktereigenem Glanz und Glimmer, mit gutem Sichtbetonmaterial und Schaumbetondach,
- Denkmalpflege mit Modernisierung des Inneren im Palais Unter den Linden, an der Deutschen Staatsoper, an den Kammerspielen und dem Deutschen Theater,
- die Otto-Grotewohl-Straße, ein großes Wohngebiet, ist in der Innenstadt im Bau.

Wie der Volksmund sagt: „Wer da bauet an der Straßen, muß die Leute reden lassen."

Aus seinem Lebensweg:

Am 2. 3. 1924 in Schönstedt bei Bad Langensalza geboren, Maurerlehre, Staatsbauschule Gotha 1942,

Leitung eines Architekturbüros im thüringischen Langensalza, Lehmbauten, Kindergärten, 1950 innerhalb von 50 Tagen Wiederaufbau des von einer Naturkatastrophe zerstörten Ortes Bruchstedt, Sportbauten in Oberhof und Leipzig,

Nationales Aufbauwerk Berlin, Leiter des Transportstabes beim Bau der Stalinallee, 1953 Leitung des Sonderbaustabes

Stellvertretender Chefarchitekt der Hauptstadt der DDR 1955–58, Stadtbaudirektor bis 1963, Dissertation an der Bauakademie über Metalleichtbau, 1967–73 Direktor des Institutes für Industriebau der Bauakademie der DDR,

Generaldirektor der Baudirektion Berlin des Ministeriums für Bauwesen seit 1973.

Würdigungen: Karl-Marx-Orden, Nationalpreise, Verdienter Bauarbeiter der DDR u. a. Auszeichnungen

Dem verdienstvollen Baumeister Professor Ehrhardt Gißke gilt zu seinem Geburtstag in hoher Achtung für seine Arbeit meine herzliche Gratulation, und ich weiß, daß ich dies für viele sagen kann. *Dietmar Kuntzsch*

Alfred Hoffmann zum 60.



Wenn man sagt, nichts sei praktischer als eine gute Theorie, dann ist daran sicher viel Wahres. Was ganz generell für die Rolle der theoretischen Arbeit gilt, trifft natürlich auch auf die Architektur zu. Ein Kollege, der auf diesem Gebiet etwas vorangebracht hat, ist auch unter Praktikern wohlbekannt. Gemeint ist Alfred Hoffmann, der am 19. März seinen 60. Geburtstag begeht und den viele Kollegen als Fachmann, als sachkundigen Referenten in Weiterbildungsveranstaltungen des BdA und als Dozenten am WBI kennen sowie als optimistischen Kritiker und als ebenso humorvollen wie vertrauenswürdigen Ratgeber schätzen.

Große Achtung genießt Alfred Hoffmann im Bund der Architekten der DDR, in dem er als gewähltes Mitglied des Präsidiums schon seit vielen Jahren eine außerordentlich aktive Rolle spielt. Sein Wort gilt hier viel, ob es ernst oder erheiternd, polemisch oder mitunter auch nachdenklich vorgetragen wird. Man weiß, daß er seine Meinung nicht nur mit der Autorität des Sekretärs der Parteigruppe des Bundesvorstandes vorträgt, sondern, daß er mit seiner ganzen Person dahinter steht. Sein Standpunkt kommt ihm stets aus dem Herzen. Bekannt ist ebensogut, daß er aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, Probleme beim Namen nennt und für jeden das passende Wort findet. Wer selbst das Leben kennt und weiß, daß es darin immer genug harte Ecken gibt, wird das zu schätzen wissen.

Weniger bekannt ist vielleicht, daß Alfred Hoffmann seinen Beruf, wie man so sagt, von der Pike auf gelernt hat als Tischler, als Architekt und Bauleiter für Innenraumgestaltung und Ausstellungen und danach als Projektant in einem Berliner Entwurfsbüro. Nachdem er zusätzliche Erfahrungen in der Parteiarbeit für das Bauwesen gewinnen konnte und noch ein zweites Studium mit dem Diplom des Gesellschaftswissenschaftlers abgeschlossen hatte, wurde er von der Bauakademie der DDR als Leiter der Abteilung Theorie und Geschichte der Architektur des Institutes für Städtebau und Architektur berufen. In den Jahren seiner Tätigkeit in der Bauforschung hat er nicht, wie es wohl mitunter noch üblich ist, die Arbeit seiner Mitarbeiter als sein persönliches Ergebnis publiziert, sondern die Kollegen seiner Abteilung dabei gefördert, selbst mit ihren Arbeiten an die Öffentlichkeit zu treten. Und das ist allein in den letzten Jahren nicht wenig. Neben rund einem Dutzend „Architekturführern DDR" sind aus dieser Abteilung eine ansehnliche Zahl von Monographien, wissenschaftlichen Werken mit Rang, darunter einige Bestseller des Verlages für Bauwesen, sowie zahlreiche andere Publikationen hervorgegangen.

Als Leiter, streitbarer Partner und Kollege, der stets ein offenes Ohr für andere hat, ist es sicher sein Verdienst, eine Atmosphäre geschaffen zu haben, wo gute Arbeit gedeihen kann. Für seine persönlichen wissenschaftlichen Verdienste wurde er als Korrespondierendes Mitglied der Bauakademie berufen. Seine gesamten Leistungen bei der Entwicklung des Architekturschaffens in der DDR fanden durch die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens, des Ordens Banner der Arbeit, der Verdienstmedaille der DDR und anderer staatlicher Auszeichnungen hohe Anerkennung. Der Bund der Architekten ehrte ihn mit der Schinkel-Medaille in Gold.

Damit wurde insbesondere sein politisch engagiertes Wirken für die Entwicklung unserer Architektur, für die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms und für eine enge Zusammenarbeit zwischen unserem Architektenverband und den Bruderverbänden in der Sowjetunion und den anderen befreundeten sozialistischen Ländern gewürdigt.

Alfred Hoffmann zieht sich nicht auf einen Elfenbeinturm der Theorie zurück, sondern ihn bewegen die Fragen unserer sozialistischen Praxis mit all ihren Problemen und Chancen. Wenn man ihn mit einem Wort charakterisieren sollte, so würde ich sagen: ein kämpferischer Geist für den Fortschritt in unserer Architektur.

G. Krenz

Berichtigung

Mitautor des Beitrages über Mansarddächer in unserem Heft 1/89 ist **Dr.-Ing.** Peter Liebau. Im gleichen Heft muß die Bildunterschrift von Abb. 2 auf Seite 34 richtig lauten: Wittenberge, Gehrenweg.

Arbeitsgruppentreffen der UIA-Arbeitsgruppe Habitat in der DDR

1 *Prof. Lasch, Stadtarchitekt von Rostock, erläutert den Gästen am Modell die Problematik der weiteren innerstädtischen Umgestaltung Rostocks*

Dipl.-Ing. Helga Fernau
Bund der Architekten der DDR
Bundessekretariat

Die UIA-Arbeitsgruppe Habitat, in der Wohnungsbauexperten aus mehr als 20 Ländern aller Kontinente vertreten sind, trifft sich wie alle anderen UIA-Arbeitsgruppen einmal jährlich zur Beratung in einem der Mitgliedsländer, um Gedanken und Erfahrungen zur Stimulierung einer neuen Umwelt auszutauschen und um damit die Ideale der UIA für eine internationale Zusammenarbeit und Verständigung zu verfolgen.

1972 war die DDR erstmals Gastgeberland für ein Seminar der UIA-Arbeitsgruppe Schulbau und nun nach 16jähriger Pause 1988 Gastgeber für das Treffen der Arbeitsgruppe Habitat.
Dieses Treffen, zu dem der Präsident unseres Bundes der Architekten der DDR Prof. Henn eingeladen hatte und zu dem 17 Teilnehmer aus 13 europäischen Ländern, aus den USA und Israel angereist waren, fand vom 10. bis 17. September in den Städten Berlin und Rostock statt.

Auf dem UIA-Kongreß 1983 in Kairo hatte die Arbeitsgruppe Habitat beschlossen, sich dem jeweiligen Gastgeberland zur Verfügung zu stellen, um Expertisen für Wohnungsbauvorhaben zu erarbeiten, in denen Vorschläge und Ideen für konkrete Standorte vieler Länder zusammengefaßt sind.

Für Berlin und Rostock wurden in enger Zusammenarbeit zwischen den Büros für Städtebau und der Zentralen Fachgruppe „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" des Bundes der Architekten der DDR je eine Aufgabe formuliert und vorbereitet.

Für Berlin sollten Grundlagen für die städtebaulich-räumliche und architektonische Gestaltung von sieben Wohnquartieren einschließlich des alten Wasserturmes im Stadtbezirk Prenzlauer Berg erarbeitet werden.

Für Rostock wurde die Wiederbebauung der Nordseite des Ernst-Thälmann-Platzes, des im zweiten Weltkrieg stark zerstörten ehemaligen Marktes, als Aufgabe vorbereitet.

In nur 1 1/2 Tagen intensiver und schöpferischer Arbeit haben die in zwei Gruppen arbeitenden Experten die Expertisen erarbeitet, die den Oberbürgermeistern beider Städte zur weiteren Nutzung übergeben wurden.

Ergebnis der Aufgabe Berlin

Neben der allgemeinen Einschätzung der vorhandenen städtebaulich-architektonischen Situation des Bearbeitungsgebietes formulierte die Arbeitsgruppe eine generelle Meinung und leitet daraus eine Verpflichtung ab, die die Grundlage für die Revitalisierung des Gebietes bildet:



1

„Die Erhaltung des alten Berlin, des wenigen, was noch existiert, ist eine kulturelle Verpflichtung und oberstes Gebot".
Davon ausgehend wurden drei Hauptaufgaben und eine Reihe von Unterpunkten formuliert.

1. Die Erhaltung von bestehenden Quartieren ist das grundlegende Prinzip für jeden künftigen Neubauersatz und für jeden Lückenbau.

2. Alle Quartiere sind individuell zu bearbeiten. Es sind Möglichkeiten der Wiederbelebung der Quartiere zu suchen und Formen einer neuen Nutzung.

3. Der Platz mit dem Wasserturm ist bestimmendes Element. Es sind Lösungen für den Verkehr und für das Parken im Gebiet vorzuschlagen.

Der Wasserturm, so wird von der Bearbeitungsgruppe eingeschätzt, sollte in seiner Typik als Wohnturm erhalten bleiben. Seine Erdgeschoßzone und die angrenzenden Freiflächen wären durch eine neue gesellschaftliche Nutzung aufzuwerten. Das gesamte Gebiet sei insbesondere durch eine konsequente Belebung der Erdgeschoßzonen durch gesellschaftliche Einrichtungen zu aktivieren.

Ergebnis der Aufgabe Rostock

Das Ergebnis der Aufgabe Rostock enthält eine Vielzahl unterschiedlicher Bebauungsvarianten, denen aber eine einheitliche Auffassung zur städtebaulichen Situation und zur Lösung des Problems zugrunde liegt.
Generell ist die Bearbeitungsgruppe zu folgendem Ergebnis gekommen:

– Das historische Zentrum der Stadt bleibt auch künftig das Zentrum und muß in dieser Funktion eine Aufwertung erfahren.

– Die Nordseite des Ernst-Thälmann-Platzes ist zu schließen, um den Charakter des wichtigsten städtebaulichen Raumes der Stadt zu betonen.

– Das bisherige System der Fußgängerverbindungen und Erlebnisach-


2 *Die Seminarteilnehmer vor dem Rathausportal in Rostock*

3 *Tagungseröffnung in Rostock*


2

sen soll sinnvoll ausgebaut und erweitert werden.

– Das vorgegebene Straßensystem – Tangentensystem – wird akzeptiert und der Bearbeitung zugrunde gelegt.

– Die Straßenbahn wird als wichtiges Element beibehalten. Ihr Verlauf soll zugunsten des Platzes korrigiert werden.

– Ein Unterparken des Platzes wird abgelehnt.

– Der Maßstab der alten Bebauung ist für alle weiteren Baumaßnahmen verbindlich und soll sich in der neuen Bebauung fortsetzen.
Die neue Architektur soll nicht in Konkurrenz zur alten treten.

– Die mit der neuen Platzbebauung einzuordnenden Funktionen sollen öffentlichen Charakter, aber auch Wohnfunktion haben.

– Generell soll die begonnene Freiflächengestaltung und Begrünung fortgesetzt werden und auf andere Bereiche der Innenstadt ausgedehnt werden.

Die Mitglieder der UIA Arbeitsgruppe hatten neben der Besichtigung beider Bearbeitungsstandorte die Möglichkeit, sich mit den Ergebnissen des Achitekturschaffens der letzten 20–30 Jahre in der DDR vertraut zu machen.
So wurden große Teile der Berliner Innenstadt, das Stadtzentrum, die Karl-Marx-Allee, der Bersarin-Platz, Anton-Saefkow-Platz, Straße der Befreiung und Teile des Wohngebietes Marzahn besichtigt.

In Rostock wurden neben der historischen Altstadt die Neubauwohngebiete von Lütten-Klein bis Schmarl sowie Warnemünde besucht. Besichtigungen von Wismar und Neubrandenburg machten die Arbeitsgruppenmitglieder mit dem Baugeschehen kleinerer bzw. mittlerer Städte bekannt.

Ihre Eindrücke und Einschätzung des Baugeschehens in der DDR sowie ihre Vorschläge für eine weitere Entwicklung, basierend auf dem Gesehenen und dem DDR-Beitrag „Der Wohnungsbau in der DDR", hat die Arbeitsgruppe in einem „Statement" zusammengefaßt, das auch den Arbeitsgruppenmitgliedern in ihren Ländern weitere Anregungen vermitteln soll.

An allen Besichtigungsorten wurden von den Arbeitsgruppenmitgliedern Vorträge über Wohnungsbauprobleme der eigenen Länder gehalten. Insgesamt waren es sieben Vorträge, zu denen BdA-Mitglieder der jeweiligen Kreisgruppen eingeladen worden waren. Diese in schriftlicher Form vorliegenden Beiträge werden in einer Broschüre gemeinsam mit den Arbeitsergebnissen zusammmengefaßt und veröffentlicht.

Den Abschluß der Arbeitsgruppenberatung bildete in Rostock die Übergabe der Expertise an den Oberbürgermeister Gen. Dr. Henning Schleiff. Der Leiter der Arbeitsgruppe – Rostock –, Laszlo Papp aus den USA, sprach als Vertreter der Bearbeitungsgruppe zum vorgelegten Ergebnis.

In Berlin bildeten ein Gespräch bei Staatssekretär Karl-Heinz Martini im Ministerium für Bauwesen und die Übergabe der Expertise an Genossen Dr. Wolfgang Schmohl, Stellvertreter des Oberbürgermeisters, im Wappensaal des Roten Rathauses den Abschluß. Hier erläuterte Bill Reed aus Großbritannien das Ergebnis der Arbeitsgruppe – Berlin.

In einer überaus herzlichen Atmosphäre des Abschlußabends bedankten sich die Gäste beim Präsidenten und den Organisatoren des Bundes der Architekten der DDR für die gelungene Veranstaltung, auf der intensiv gearbeitet und außerordentlich engagiert für eine gute humane Architektur in der ganzen Welt gestritten wurde.

3


43. Tagung der Sektion Städtebau und Architektur gemeinsam mit der Sektion Wohnungs- und Gesellschaftsbau

Dr.-Ing. Hedwig Pahnke
Sekretär der Sektion
Städtebau und Architektur des Plenums der Bauakademie der DDR

Aufgaben der städtebaulichen Entwicklung nach 1990 und daraus abgeleitete Anforderungen an den innerstädtischen Wohnungsbau waren Beratungsgegenstand der 43. Tagung der Sektion Städtebau und Architektur, die gemeinsam mit der Sektion Wohnungs- und Gesellschaftsbau und Vertretern der Sektion Ökonomie des Plenums der Bauakademie der DDR am 3. und 4. 11. 1988 in der Ingenieurhochschule Cottbus stattfand. Mit dieser Thematik wurde eine bereits auf der 42. Tagung der Sektion Städtebau und Architektur am 22. April 1988 im Bauhaus Dessau begonnenen Aussprache auf der Grundlage neuer Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung, langfristiger städtebaulicher Planung und praktischer Bautätigkeit weitergeführt und vertieft.

Die Sektionstagung eröffnete der Vorsitzende der Sektion Städtebau und Architektur, Prof. Dr. Wolfgang Urbanski. Auf die künftigen städtebaulichen Aufgaben eingehend, begründete Prof. Dr. sc. Bernd Grönwald, Vizepräsident der Bauakademie der DDR und Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur, in seinem Referat das Erfordernis einer qualitativ neuen Herangehensweise, die durch die Berücksichtigung der Komplexität aller Funktionen in der Stadt und die Orientierung auf die intensiv erweiterte Reproduktion der Bausubstanz geprägt sein müsse. Ausgehend von dem bis 1990 zu Erreichenden, insbesondere den sozialpolitischen und städtebaulichen Ergebnissen bei der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms, zeichne sich für die 90er Jahre eine neue Bauaufgabe ab – die komplexe Umgestaltung und Erneuerung unserer Städte entsprechend den sozialen und kulturellen Bedürfnissen und dem Leistungsvolumen im Territorium. Die Bewältigung dieser Aufgabe erfordere eine auf den Bedarf ausgerichtete Entwicklung und Profilierung der Bauproduktion auf der Grundlage der Eigenerwirtschaftung der Mittel. Mit der gemäß Ministerratsbeschluß vom 11. Februar 1988 durchzuführenden Generalbebauungsplanung für die Städte müßten Bauaufgaben und Baubedarf nach 1990 stadtkonkret bestimmt und entsprechende Entscheidungen vorbereitet werden. Weiterhin lenkte Prof. Dr. sc. Grönwald die Aufmerksamkeit auf vorliegende und geplante Forschungsergebnisse des Instituts für Städtebau und Architektur zum Thema der Tagung.



1

Der stellvertretende Direktor im Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Dr. Klaus Beyer, referierte über Aufgaben und Probleme bei der Erzeugnis- und Verfahrensentwicklung für das innerstädtische Bauen. Kriterien für die Weiterentwicklung des Wohnungsbaus seien u. a. Variabilität im Erscheinungsbild und in der Gebäudestruktur, bessere gestalterische Anpassung an die innerstädtischen Standorte und erweiterte Funktionsunterlagerungen sowie höhere Dauerbeständigkeit und erhaltungsgerechtes Bauen.

In der Diskussion gab Dr. Karlheinz Schlesier aus der Sicht des Ministeriums für Bauwesen einen Überblick über den derzeitigen Stand bei der Generalbebauungsplanung der Städte. Die bisherigen Ergebnisse der Analysen in den Bezirksstädten und übrigen Stadtkreisen ließen erkennen, daß, territorial differenziert, die Aufgabe der Erweiterung des Wohnungsbestandes nicht mehr dominierend sei und es in stärkerem Maße um qualitative Verbesserungen der vorhandenen und den Ersatz schlechter Bausubstanz gehe. Wichtiges Erfordernis der langfristigen konzeptionellen Arbeiten sei der ökonomische Nachweis der Effektivität der Reproduktionsstrategien.

Über Erfahrungen bei der Generalbebauungsplanung und in diesem Rahmen erfolgende Variantenuntersuchungen zur Reproduktion der Wohnbausubstanz in den jeweiligen Städten berichteten Dr. Bodo Freyer, Büro für Städtebau der Hauptstadt Berlin, Dr. Werner Fichte als Stadtarchitekt von Cottbus und Dipl.-Ing. Wolfgang Geißler, Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig.

Ausgehend von den Arbeiten an einer Leitplanung für die Innenstadt von Brandenburg, hob Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge, stellvertretender Direktor im Institut für Städtebau und Architektur, hervor, daß eine Konzentration der Bau-

2





3

maßnahmen auf die für die jeweilige Stadt entscheidenden Bereiche angestrebt und durch Leitplanungen vorbereitet werden müsse.
Der Diskussionsbeitrag von Dr. Peter Goralczyk, Generalkonservator, beschäftigte sich mit den Aufgaben der Denkmalpflege bei der Generalbebauungsplanung und den Problemen der Erhaltung der historisch wertvollen Altstadtbereiche.

Oberingenieur Wilfried Eichelkraut, stellvertretender Direktor des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, wies auf die hohen Anforderungen an die Entwicklung des kreisgeleiteten Bauwesens zur Leistungssteigerung für Erhaltung und Modernisierung hin. An Beispielen in Berlin, Magdeburg und Meißen berichtete Dr. Jens Wegner aus demselben Institut über Erfahrungen bei der Vorbereitung komplexer Umgestaltungsgebiete.

Auf Anforderungen an die funktionelle, gestalterische und soziale Qualität des Wohnungsbaus in den 90er Jahren gingen Prof. Dr. sc. Werner Rietdorf, Institut für Städtebau und Architektur, und Prof. Heinz Graffunder, Hauptarchitekt für Berlin-Marzahn, ein.
Der Direktor der Sektion Architektur der TU Dresden, Prof. Dr. sc. Eberhard Berndt, sprach über statisch-konstruktive Ansätze zur Weiterentwicklung der Bausysteme für innerstädtische Bauaufgaben. Anhand von Dias zeigte Dipl.-Arch. Hansgeorg Richter, Komplexarchitekt im WBK Cottbus, Ergebnisse der Erzeugnisentwicklung für den Altstadtbereich von Cottbus.
Thema des Diskussionsbeitrags von Oberingenieur Hans-Karl Wieland aus dem Institut für Projektierung und Standardisierung waren Stand und Aufgaben zur Verbesserung der Vorbereitung und Projektierung von Maßnahmen der Erhaltung und Modernisierung auf der Grundlage rechnergestützter Methoden.
In seinem Schlußwort schätzte Prof. Dr. Urbanski die Tagung als konstruktiv ein. Schlußfolgernd wies er auf das Erfordernis der intensiven und komplexen städtebaulichen Entwicklung hin, aus der sich auch die Schwerpunkte der weiteren Arbeit beider Sektionen ableiten. Für die Generalbebauungsplanung hob er die Aufgaben der stadtkonkreten Bestimmung volkswirtschaftlich und städtebaulich effektiver Proportionen der Reproduktionsformen der Bausubstanz und der Ermittlung des realen Baubedarfs für eine den Anforderungen gerecht werdende Kapazitätsplanung und -entwicklung hervor. Das innerstädtische Bauen erfordere die Entwicklung und gezielte Anwendung eines variablen Gebäudeangebotes mit guten gestalterischen, konstruktiven und bautechnologischen Lösungen für ein volkswirtschaftlich effektives Bauen unter differenzierten Standortbedingungen. Weiterhin müßten effektive Leitungsformen für Planung, Vorbereitung und Baudurchführung unter Berücksichtigung der Gleichzeitigkeit von Bauen, Wohnen und Arbeiten gefunden sowie eine Reduzierung der Umweltbelastungen bei der Bautätigkeit angestrebt werden. Das gelte mit zunehmender Bedeutung auch für die Klein- und Mittelstädte. Auf der Ebene der Bezirke und Städte sollten verstärkt Problemberatungen zur langfristigen Entwicklung von Städtebau und Architektur im Territorium unter Einbeziehung von Vertretern der Baukombinate durchgeführt werden.

4



1 *Innerstädtischer Wohnungsneubau im Wendischen Viertel in Cottbus*

2 *Postgebäude in Berlin-Marzahn*

3 *Blick vom Marktplatz in die Scharrenstraße in Frankfurt(Oder)*

4 *Bauen in der Einheit von Werterhaltung und Neubau am Altmarkt in Cottbus*

22. Weiterbildungsseminar der BdA-Bezirksgruppe Berlin

Prof. Dr. sc. techn. Werner Rietdorf
Vizepräsident des BdA/DDR und
Mitglied des Vorstandes der Bezirksgruppe Berlin

„Grundlagen, Beispiele und internationale Anregungen für die weitere sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR“ – unter diesem Gesamtthema fand in der Zeit vom 13. September bis 1. Dezember 1988 das 22. Weiterbildungsseminar der Berliner Bezirksgruppe des Bundes der Architekten der DDR statt. An ihm beteiligten sich 110 Architekten der Hauptstadt, darunter 37 Kolleginnen, und mit einem Anteil von etwa 50 Prozent an der Gesamtzahl der Delegierten auch bemerkenswert viele jüngere Fachkollegen und -kolleginnen unter 40 Jahren.

Elf Vortragsveranstaltungen umfaßte das Seminar, zuzüglich einer zweitägigen Exkursion, die diesmal in die Südbezirke, nach Karl-Marx-Stadt, Freiberg und Dresden führte. Veranstaltungsort für die Vorträge war wie in vielen vorangegangenen Jahren der Kinosaal der Berlin-Information im Fernsehturm, der beste Bedingungen für eine solche, vorrangig auch auf die visuelle Informationsvermittlung ausgerichtete Veranstaltungsreihe bietet.

Zwei Themenkomplexe standen auf dem Programm:

1. Erfahrungen und Beispiele bei der Lösung der vor uns stehenden Aufgaben zur weiteren sozialistischen Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR
2. Internationale Tendenzen der Städtebau- und Architekturentwicklung und Aktivitäten der DDR im internationalen Rahmen.

Der 1. Themenkomplex wurde erstmals in dieser Form ausschließlich unter den Untertitel gestellt: „Stadtarchitekten haben das Wort“ mit der Zielstellung, den Teilnehmern des Seminars, die wiederum aus den unterschiedlichsten Berliner Baukombinaten, -betrieben und Projektierungsbüros sowie anderen Institutionen der Hauptstadt kamen, am konkreten Beispiel einiger ausgewählter Großstädte unserer Republik einen Überblick über gegenwärtig anstehende Bauaufgaben und Wege zu ihrer Lösung zu geben. Dabei war es von vornherein erklärte Absicht des Veranstalters, neben der Darlegung der objektiv ablaufenden Arbeitsprozesse insbesondere auch den entscheidenden subjektiven Faktor bei der Tätigkeit der Stadtplaner, Architekten und Projektanten herauszuarbeiten und auf diese Weise offenzulegen, wie gerade die Mitglieder unseres Fachverbandes durch den Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit, ihres Wissens und Könnens zur erfolgreichen Meisterung der von der Gesellschaft gestellten Aufgaben von heute und morgen beitragen können.

Am Beginn des Seminars hatte in Vertretung des Chefarchitekten der Hauptstadt der 1987 neu berufene Direktor des Büros für Städtebau Berlin, Dr.-Ing. Günter Stahn, das Wort. Ausgehend von einer überzeugenden Darlegung des bisher Erreichten bei der Realisierung des Wohnungsbaus insbesondere auf den innerstädtischen Standorten der Hauptstadt, sprach er zu bedeutsamen Grundfragen der weiteren Standortverteilung des komplexen Wohnungsbaus in Berlin, zu künftigen Anforderungen an die Gebäudeentwicklung im Wohnungsbaukombinat Berlin und zu unaufschiebbaren Herausforderungen an die Erhöhung der Effektivität und Produktivität der Projektierung. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich gemacht, daß die umfangreichen Planungs- und Bauaufgaben der 90er Jahre in Berlin von allen Beteiligten ein neues, auf die komplexe Reproduktionsstrategie der Entwicklung der Stadt ausgerichtetes Denken und Handeln verlangen.

Dr. Manfred Vogler, Stadtarchitekt von Frankfurt (Oder) und Vorsitzender der BdA-Bezirksgruppe, im Juni 1988 mit dem Architekturpreis der DDR ausgezeichnet, stellte in einer zweiten Vortragsveranstaltung in Wort und Bild neueste Ergebnisse des innerstädtischen Bauens in seiner Stadt vor. Im Mittelpunkt seiner mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen standen dabei vor allem die Erfahrungen und Erkenntnisse, die unsere Frankfurter Kollegen bei der kommunalpolitischen und städtebaulich-architektonischen Vorbereitung und Realisierung der Baumaßnahmen im Bereich der Großen Scharrnstraße, der Karl-Marx-Straße, des Herbert-Jensch-Platzes und des Karl-Ritter-Platzes (s. Architektur der DDR 1/1989) gewonnen haben, so z. B. hinsichtlich der wohnungspolitischen Prämissen für ein solches innerstädtisches Bauen, der Beziehungen zwischen räumlicher Qualität und Verkehrsfunktion, der Einbeziehung bildkünstlerischer Werke und der demokratischen Zusammenarbeit mit den Bürgern in diesen Umgestaltungsbereichen.

Ergebnisse und Aufgaben des innerstädtischen Bauens in der Ostseemetropole Rostock legte der Chefarchitekt der Stadt, Prof. Dr.-Ing. Rolf Lasch, dar. In seinem reich illustrierten und mit großem Engagement vorgetragenen Beitrag stellte er sowohl komplexe innerstädtische Bauleistungen wie die Nördliche Innenstadt und die in der Umgestaltung befindliche Östliche Altstadt vor als auch bemerkenswerte Einzelleistungen wie das kürzlich mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnete Fünfgiebelhaus am Universitätsplatz und eine Reihe interessanter Lückenschließungen im Bereich der Rostocker Innenstadt.

Dr.-Ing. Wulf Brandstädter, Stadtarchitekt von Halle, setzte sich mit Nachdruck dafür ein, neben der baulich-architektonischen Formulierung des Neuen in unseren Städten noch mehr zu tun für die Sicherung, Bewahrung und Nutzung des erhaltenswerten Alten. Seine hochaktuellen Bildbeispiele vom innerstädtischen Neubau auf den Standorten Brunos Warte, Großer Berlin, Domplatz und Neumarkt in Halle legten Zeugnis ab von der beharrlichen, verantwortungsvollen Suche nach einer zeitgemäßen architektonischen Form, die im Kontext mit rekonstruierten Baudenkmalen ein lebendiges Bild der Stadt ermöglicht, in dem Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu einer überzeugenden Einheit verschmelzen. Beeindruckend seine Haltung dazu, wie gerade auch wir als Mitglieder des Architektenverbandes ganz konkret dazu beitragen können, Unwiederbringliches zu erhalten und zugleich im Neubau die Produktivität und Effektivität des innerstädtischen Bauens wirksam zu erhöhen.

Den Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen mit der Planungs- und Projektierungspraxis in unserem Land zu fördern, war selbstverständlich auch Anliegen der zweitägigen Exkursion am Freitag und Sonnabend 30. 9./1. 10. 1988 nach Karl-Marx-Stadt, Freiberg und Dresden.

Es war diesmal ein sehr vielfältiges Programm, zu dem wir uns als Veranstalter entschlossen hatten. Industriebau stand dabei auf der Tagesordnung ebenso wie Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Denkmalpflege ebenso wie Rekonstruktion und Modernisierung.

Schon die erste Besichtigungsaktivität war ein beeindruckendes Erlebnis. Gemeinsam mit dem Leiter des Projektierungskollektivs, Dipl.-Ing. Martin Decker von der Industriepro-

1



2



jektierung Karl-Marx-Stadt, besuchten wir die Gießerei „Rudolf Harlaß“, einen Betrieb der Schwarzmetallurgie, der vorbildlich geplant und durchgestaltet wurde und dessen Projektanten 1988 mit vollem Recht den Achitekturpreis der DDR erhielten. Wie hier mit sparsam eingesetzten Mitteln Bedeutendes für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Werktätigen und die Gestaltung der komplexen Arbeitsumwelt im Betrieb getan wurde, nötigte allen Teilnehmern unseres Rundgangs Respekt und Anerkennung ab.

Vorhaben, erste Ergebnisse und künftige Probleme des innerstädtischen Wohnungsbaus in Karl-Marx-Stadt lernten wir auf einem Stadtrundgang mit Dr.-Ing. Klaus Uhlmann vom Büro des Stadtarchitekten kennen. Zu den besuchten Bauschwerpunkten gehörten das Rekonstruktionsgebiet Sonnenberg, das innerstädtische Neubauensemble Karl-Liebknecht-Straße, der rekonstruierte Fußgängerbereich Brühl, die fertiggestellte Klosterstraße und der kürzlich teilweise im Außenraum erneuerte Rosenhof. Über jüngst gewonnene An- und Einsichten zum innerstädtischen Bauen wie auch zum Industrie- und Gesellschaftsbau diskutierten wir am Abend des ersten Exkursionstages im Hotel „Kongreß“ gemeinsam mit Vertretern der BdA-Bezirksgruppe, darunter der Vorsitzende der Bezirksgruppe, Dipl.-Ing. Günter Arnold, der Bezirksarchitekt Dr.-Ing. Rainer Krettek, Dipl.-Ing. Martin Decker und Frau Decker, die Sekretärin der Bezirksgruppe. Ihnen allen sei an dieser Stelle nochmals sehr herzlich Dank gesagt für die hervorragende Vorbereitung und Mitwirkung!

Der zweite Tag der Exkursion sah uns dann zunächst in der altehrwürdigen Bergbaustadt Freiberg, wo wir im Stadtarchitekten Dr.-Ing. Volker Benedix, der zugleich auch als Vorsitzender der BdA-Kreisgruppe Freiberg wirkt, einen sehr sachkundigen und umsichtigen Fachkollegen antrafen, der es brillant verstanden hat, uns Hauptstädter auch für seine zwar maßstäblich kleineren, aber nicht weniger anspruchs- und verantwortungsvollen Bauaufgaben in der Freiberger Altstadt zu interessieren. Auf einem ausgiebigen Innenstadtrundgang konnten wir uns mit eigenen Augen von bereits Gelungenem ebenso überzeugen wie von der Notwendigkeit künftiger weiterer systematischer Stadterhaltung und -erneuerung. Ein Besuch im weltbekannten Freiberger Dom mit seiner berühmten Tulpenkanzel und dem mittelalterlichen Portal der Goldenen Pforte schloß sich an, und schließlich reichte die zur Verfügung stehende Zeit auch noch für einen Abstecher zum neuerbauten Freibergtempel der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (Mormonen) an der Hainichener Straße am Nordwestrand der Stadt. Abschluß und weiterer Höhepunkt der Exkursion war dann in Dresden eine ausführliche Führung durch die wiederaufgebaute Semperoper, vorbereitet durch den Chefarchitekten und langjährigen Vorsitzenden der BdA-Bezirksgruppe Dresden, Kollegen Dipl.-Ing. Wolfgang Hänsch, der jedoch leider krankheitshalber an diesem Tag nicht selbst mit bei uns sein konnte. Soweit zur diesmaligen Exkursion, an der sich insgesamt 45 Mitglieder der Berliner Bezirksgruppe beteiligten.

Der 2. Themenkomplex wurde durch einen Lichtbildervortrag von Dr. Martin Wimmer, Mitglied des Präsidiums des BdA/DDR und Abteilungsleiter im Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR eröffnet. Er gab Eindrücke wieder vom Stand und von der Entwicklung von Städtebau und Architektur in Großbritannien, Dänemark und Finnland und ging dabei insbesondere auch auf aktuelle Formprobleme zeitgenössischer Architekturgestaltung, auf die Umnutzung ausgedienter Produktionsbauten, Kirchen u. a. für gesellschaftliche Zwecke sowie auf Probleme der kulturellen Identität beim innerstädtischen Bauen ein.

Prof. Blahomir Borovička, langjähriger Chefarchitekt von Prag und heutiger Hochschullehrer, sprach anhand zahlreicher Bildbeispiele über die städtebauliche und architektonische Strategie der Weiterentwicklung der Moldaumetropole und gab damit auch den Berliner Architekten Anregungen für das künftige schöpferische Wirken bei der Vervollkommnung, Umgestaltung und Erneuerung der Stadtstruktur und -gestalt im Zusammenhang mit der weiteren Qualifizierung der Arbeit am Generalplan der Stadt und der schrittweisen Umgestaltung historisch gewachsener städtischer Teilgebiete.

Prof. Dipl-Ing. Günter Nagel vom Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur an der Universität Hannover erläuterte, ausgehend von einer Systembetrachtung städtischer Grünräume mit den Ebenen Makro-, Meso- und Mikrosystem, neuzeitliche Beispiele für die Planung und Realisierung städtischer Grünraumsysteme im BRD-Land Niedersachsen und stellte dabei sowohl funktionelle, ökologische und gestalterische Probleme als auch methodische Fragen des Planungsprozesses in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Über Eindrücke und Erlebnisse eines Erfahrungsaustausches in der Mongolischen Volksrepublik berichtete Prof. Dr. sc. techn. Werner Rietdorf, Vizepräsident des BdA/DDR und Vorsitzender der Zentralen Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung. Im Rahmen einer weiteren Vortragsveranstaltung stellte er anhand reichen Bildmaterials Altes und Neues in der Architekturlandschaft Sowjetgeorgiens vor (s. auch Architektur der DDR 5/88 und 7/88).

Ergebnisse und Reiseeindrücke vom Internationalen Entwurfsseminar junger Architekten während einer gemeinsamen Mittelmeerfahrt im Juni 1988 auf dem sowjetischen Passagierschiff „Leo Tolstoi“ trugen in Wort und Bild drei junge Berliner Architekten vor, die das Glück hatten, an dieser bisher einmaligen Reise teilzunehmen, die vom Weltforum Junger Architekten organisiert worden war und für die in der DDR das Ministerium für Bauwesen, der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und der Bund der Architekten der DDR große Unterstützung gegeben haben. Dipl.-Ing. Dietrich Kabisch, Vorsitzender der ZAG Jugend des BdA/DDR, vom Wohnungsbaukombinat Berlin, Dipl.-Ing. Hannelore Vetter vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR und Dipl.-Ing. Martin Trebs vom Büro für Städtebau Berlin ließen in zwei Stunden intensiver Darstellung diese Reise nach Athen, Syracus, Split, Venedig, Kreta und Rhodos für alle Seminarteilnehmer lebendig werden.

Eine spezielle Veranstaltung des 22. Weiterbildungsseminars war schließlich auch dem länderüberspannenden Problem der menschlichen Unterkünfte gewidmet. Prof. Dr.-Ing. Gottfried Wagner von der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik in der UN-Kommission für menschliche Siedlungen (United Nations Commission for Human Settlements, UNCHS) sprach über das Anliegen der 1975 gebildeten Kommission, über Umfang und Schärfe des Wohnungsproblems in der Welt, über erkennbare Lösungsansätze und über die von der UNO beschlossene globale Strategie zur Schaffung von Unterkünften (shelters) bis zum Jahre 2000, unterstützt durch einen von der UNO herausgegebenen, äußerst eindrucksvollen Dokumentarfilm über „explodierende Städte“. Der Vortragende verwies in diesem Zusammenhang auch auf die engagierte Haltung der DDR zu den Aufgaben von „Habitat“, unsere Mitwirkung an den jährlichen Konferenzen der UNCHS sowie unsere 1987 und 1988 durchgeführten Habitat-Seminare für Vertreter aus den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

1 Stadtrundgang in Freiberg, Kreuzgasse

2 Karl-Marx-Stadt, Rekonstruktionsgebiet Sonnenberg: Aussonderung und Neubau von Wohnungen auf engstem Raum nebeneinander

3 Freiberg-Tempel der Kirche der Heiligen der letzten Tage in der DDR (Mormonen). Entwurf: Kollektiv Dr. Hantschke, Bauakademie der DDR

4 Die rekonstruierte Semperoper in Dresden mit dem sehr sorgfältig angefügten neuen Funktionsgebäude auf der Westseite. Entwurfsleitung: Dipl.-Ing. Wolfgang Hänsch

3



4

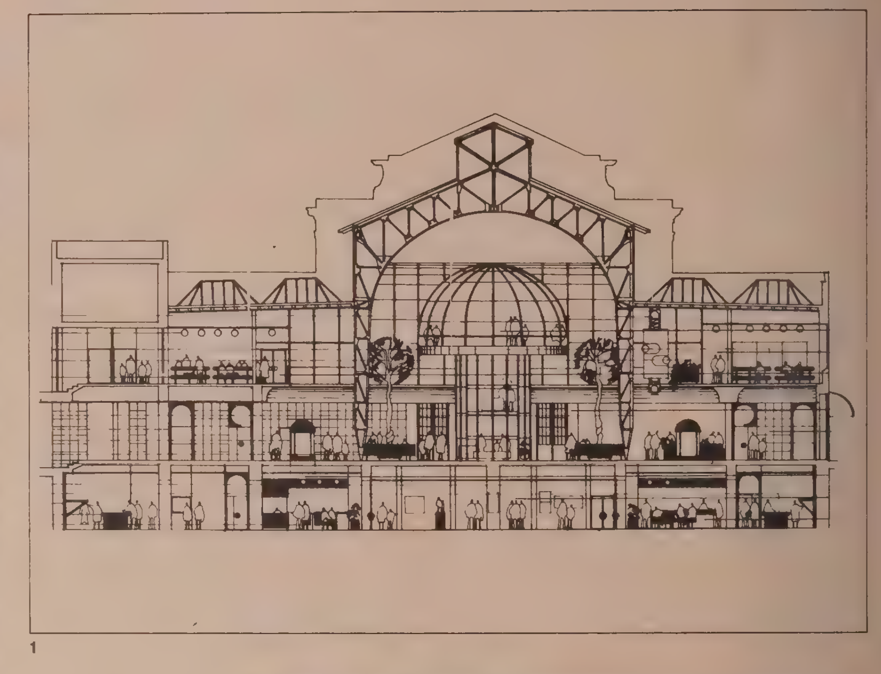


Kultur- und Handelszentrum „Forum“ in Bratislava

Architekten: V. Cvengrosova, V. Droppa

Wie in den meisten europäischen Großstädten entstand Anfang des 20. Jh. auch in Bratislava eine Markthalle als weitgespannte Stahlkonstruktion.
Es wurde nun beschlossen, dieses alte Gebäude zu einem mehrfunktionalen Zentrum umzubauen bzw. zu rekonstruieren. Dabei behielten die Architekten weitgehend die alte Hülle bei und ordneten ihr neue Funktionen zu. Ziel dieses Entwurfes ist es, dieses Gebäude zu einem Brennpunkt traditioneller und neuer gesellschaftlicher Aktivitäten der Stadt zu machen.
Im Erdgeschoß sind 2 kleine Kinos, eine Diskothek, eine Halle für Theatervorstellungen bzw. Ausstellungen und ein Café vorgesehen. Auf Grund der vorgegebenen Konstruktion und der darauf aufbauenden Projektierung wird das Erdgeschoß den Charakter einer großräumigen Zentralhalle mit rekonstruierten Stahlprofilträgern. Am Rande der Halle werden kleine Einkaufsstätten im Boutique-Stil entstehen.
Das erste Geschoß wird entsprechend der alten Struktur als offene Galerie gestaltet und soll Möglichkeiten für kulturelle und gesellschaftliche Zwecke bieten, so sind u. a. Vortrags- und Leseräume vorgesehen.

(aus: Architektur und Gesellschaft 6 / J. Novotny)



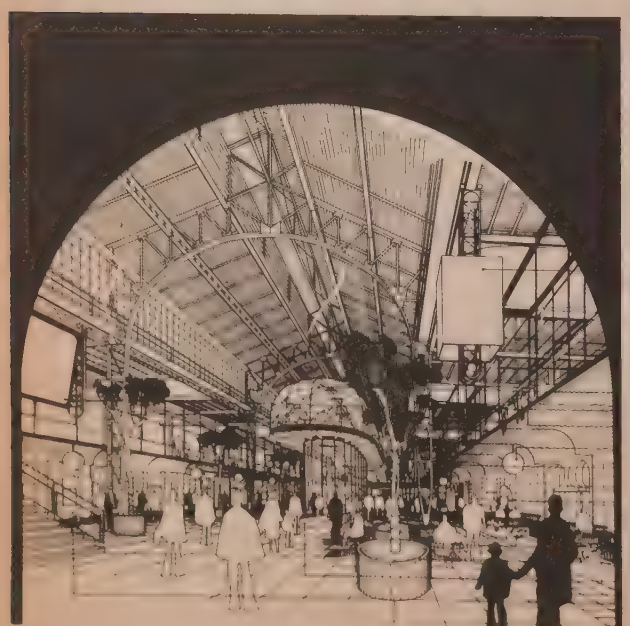
1

1 *Schnitt*
2 *Außenansicht*
3 *Erdgeschoß*
4 *1. Obergeschoß*



2

3



4



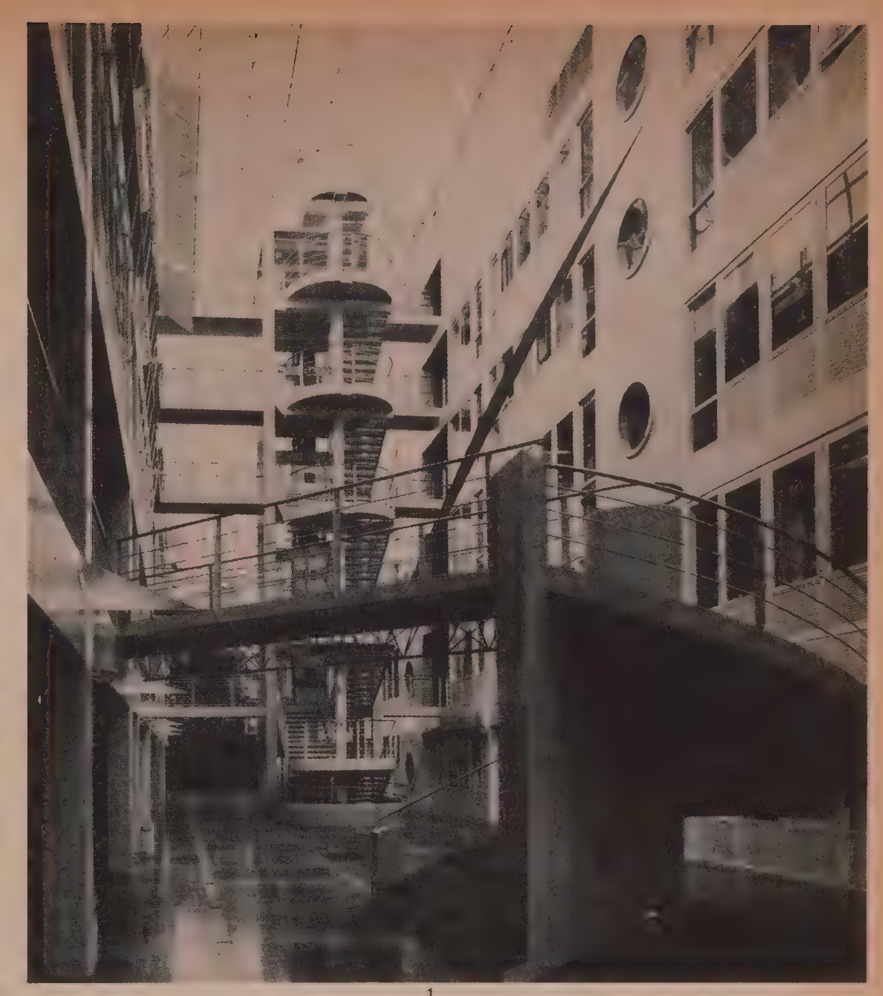
„Electrum" – neues Elektronikzentrum in Kista

Architekten: Coordinator Arkitekter AB

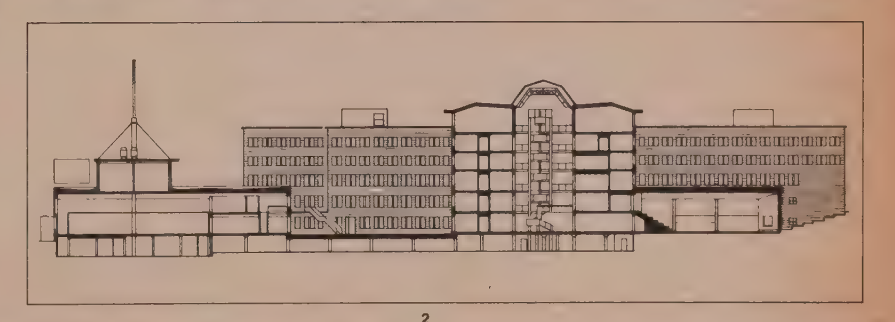
Nördlich von Stockholm entstand in den Jahren 1986/87 als multifunktionaler 5- bzw. 6geschossiger Neubau das „Electrum".
Ausgehend von einer verglasten Passage, erreichen Nutzer und Besucher die unterschiedlichen Bereiche.
Auf einer Gesamtfläche von 20 000 m² sind Ausbildungsräume für das Elektronik- und Datenverarbeitungsstudium untergebracht sowie ein Forschungsinstitut für Mikroelektronik. Die einzelnen Laboratorien, Seminarräume und ein Hörsaal sind um eine verglaste Galerie gruppiert. Neben dem Hörsaal mit 500 Plätzen und einer Bibliothek gibt es ein Restaurant und ein Café, die auch öffentlich genutzt werden können.
Die „Glasgatan" unter der Glaskuppel ist der zentrale gesellschaftliche Bereich, der allen Nutzern für Begegnungen und soziale Kontakte zur Verfügung steht.
Das äußere Erscheinungsbild des Gebäudes wird durch das durchlaufende Fensterband des obersten Geschosses und die Modifizierung von Grautönen an der Fassade geprägt.

(aus: arkitektur 5/1988)

1 *Innenraum*
2 *Schnitt*
3/4 *Außenansichten*



1



2



3



4

Das Opernhaus in Essen

Architekten: Alvar Aalto – Harald Deilmann

Schon 30 Jahre alt ist die Grundidee zum Opernhaus in Essen, den 1959 durchgeführten Wettbewerb gewann Aaltos Entwurf „wegen seiner hervorragenden künstlerischen Qualität in großem Abstand zu den übrigen Arbeiten“.

Das 1960–64 erarbeitete Projekt und dessen Überarbeitung bis 1974 konnten nicht zur Ausführung kommen. Nach dem Tod Aaltos 1979 wurde 1981 der ihm nahestehende Architekt Harald Deilmann mit der Erstellung des Ausführungsprojektes beauftragt. Bei Berücksichtigung inzwischen veränderter funktioneller und bautechnischer Forderungen blieb das architektonisch-künstlerische Konzept Aaltos gewahrt.

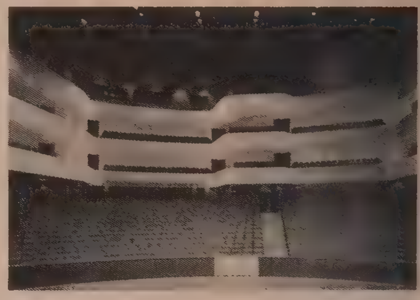
Der Baukörper ist bestimmt durch einen zweistufigen Dachaufbau.

Im Erläuterungsbericht zum Wettbewerb sagt Aalto zu seinem Entwurf: „... Durch die drei Hauptniveaus des Foyers bildet sich ein stufenförmiges Panorama mit breiten Paradetreppen. Der Verfasser glaubt, daß man damit für das gesellschaftliche Leben und die Festlichkeit die richtige Theaterstimmung auch außerhalb des Zuschauerraumes erhält. Das treppenförmige Bild findet seine Fortsetzung in den Treppen zu den Balkonen. Diese Balkone, die die Zugänge zu den Logen bilden, sind im ganzen Foyer sichtbar.
Der Zuschauerraum ist ein asymmetrisches Amphitheater mit einer gewellten Hinterwand der Logen und logenartigen Balkonen. Mit der asymmetrischen Form will der Verfasser einen Raum, der auch halberfüllt nicht auf die Vorstellung wirkt. ...“

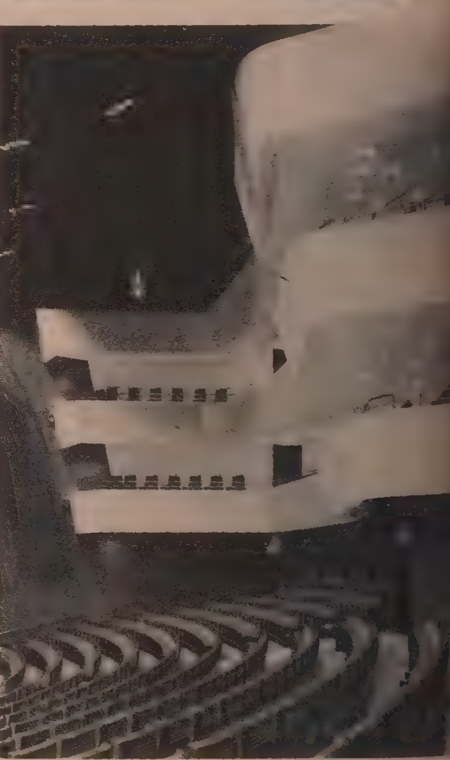
Nach dem im ersten Entwurf vorgeschlagenen Farbkonzept Aaltos sollte der Raum weitgehend in dunklem indigoblau zusammengefaßt werden, in dem die gekurvten Konfigurationen der Rangbrüstungen aus weißem Carrara-Marmor eine dominierende Optik ergeben sollten. Weiß bestimmt auch die übrigen Raumbereiche. Die Eingangshalle wurde mit Marmor belegt, Wände und Stützen sind mit glasierten Keramikstabstrukturen verstärkt, das Foyer erhielt einen taubenblauen Wollteppichbelag, zu dem das Weiß der Wand- und Deckenflächen einen frischen Gegensatz bildet.

(aus:DBZ 10/1988)





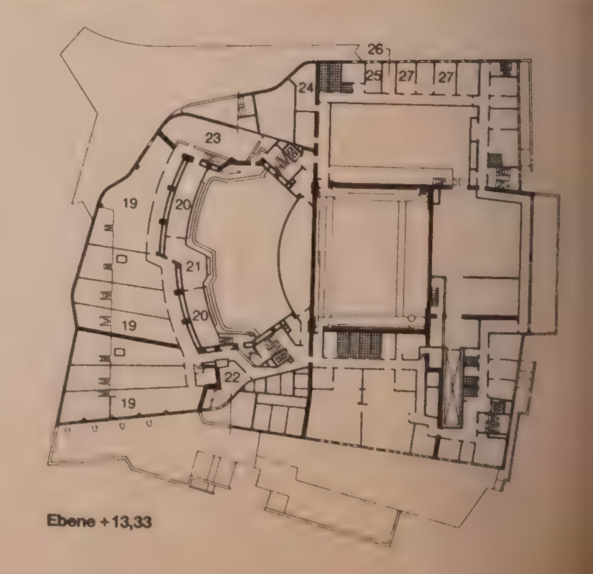






Ebene +10,00

Grundrisse
1 LR Foyer
2 Galerie
3 Balkon
4 Kascheur
5 Leiter Malersaal
6 Farblager
7 Kunststofflager
8 Malersaal
9 Personal
10 Umkleide
11 LR Bühne
12 Montagesaal
13 Schreinerei
14 Chor
15 Chefmaskenbildner
16 Maskenbildnerei
17 Repetitoren
18 Eiserner Vorhang
19 Kostüme
20 Beleuchterstand
21 Tonregie
22 Schuhmacher
23 Lüftung
24 Dunkelkammer
25 Ballettdirektor
26 Fotograf
27 Dramaturg



Ebene +13,33

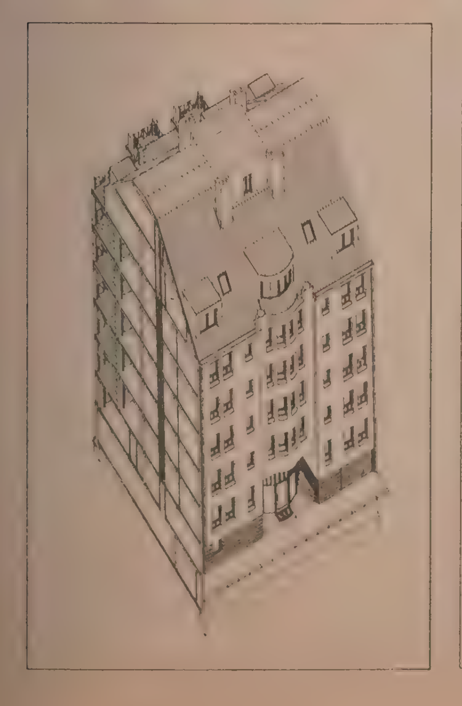
Wohngebäude in Wien

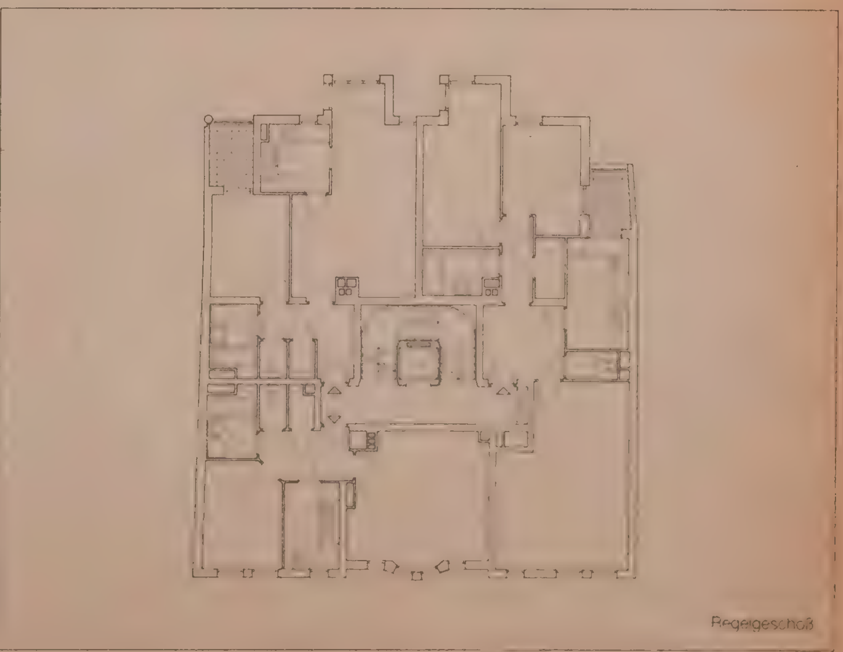
Architekt: Arch. Mag. arch. Werner Höfer

Nach 28 Monaten Bauzeit wurde das Wohngebäude in der Wiener Rückertgasse bezogen.
Der Eingang liegt zentral und ist kreisförmig als zweigeschossige „Rotunde“ gestaltet. Die damit akzentuierte axiale Gliederung des Gebäudes wird durch einen wellenförmigen Mittelrisalit weitergeführt und erhält durch Gaupe und geformte Dachaufbauten ihre Bekrönung. Der verflieste Sockel, die Fensterreihung und der betonte Traufbereich gliedern das Gebäude horizontal. Die Fenstergrößen sind den Raumfunktionen entsprechend differenziert, Schlafräume und Loggien liegen am ruhigen Hof. Die Rückertgasse wurde begrünt, verkehrsberuhigt und als Wohnstraße gestaltet.
Insgesamt 16 Wohneinheiten stehen 10 PKW-Abstellplätze in der Garage zur Verfügung.

aus: Bauforum 129







Wasseraufbereitung Valenton Val-De-Marne

Architekt: Adrien Fainsilber

Im Südosten von Paris steht das Wasseraufbereitungswerk auf einer Gesamtfläche von 81 500 m^2. Das aufzubereitende Wasser gelangt oft aus großen Entfernungen kommend in einen Wasserturm oder in zylindrische Speicherbecken. Dann wird es mit großem Kraftaufwand in die einzelnen Umlaufbecken gedrückt. Dabei legt das Wasser eine Distanz von mehreren hundert Metern zurück, alles arbeitet automatisch. Im Werk werden drei prinzipiell verschiedene Reinigungssysteme zur Aufbereitung verwendet. Alle drei Systeme haben sehr spezifische physikalische und chemische Anwendungsmöglichkeiten, die sich zum Teil ausschließen. Das erfordert eine strenge räumliche und architektonische Trennung der einzelnen Systeme.

Das Projekt von Adrien Fainsilber entspricht diesen Anforderungen. Es stellt sich sehr differenziert dar und bietet eine konkrete Übereinstimmung von Funktion und äußerer Gestalt für jedes System. Die Architektur umschließt oder isoliert die Maschinensysteme, wo es notwendig ist.

Mögliche Weiterentwicklungen des Werkes bis hin zur Erweiterung und Ausdehnung sind bei der bestehenden Konstruktion problemlos. Die architektonischen Kompositionen bilden in sich Kontraste mit vielen Details. Vor allem die funktionellen Aspekte des Projektes besitzen hohen technischen Anschauungswert. Aus diesem Grund ist beabsichtigt, das Werk für Besucher zu öffnen.

aus: techniques und Architecture / 7/88

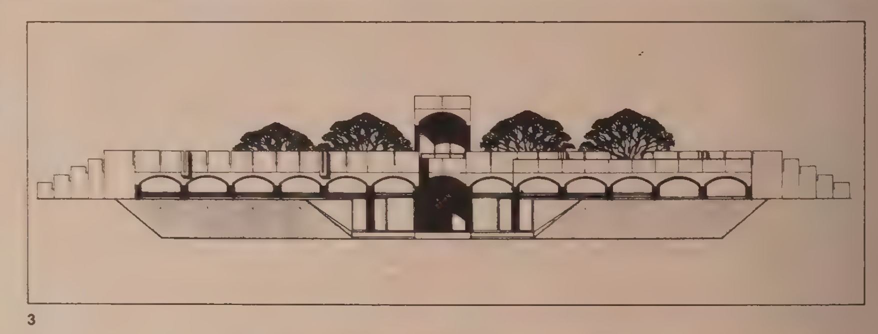
1 *Blick auf das Wasseraufbereitungswerk*
2 *Querschnittsansicht eines Teiles des Betriebes*
3 *Terrassengestaltung*
4 *Übersichtsplan der Werksanlage*
5 *Einblick in die Architektur des Werkes*



1

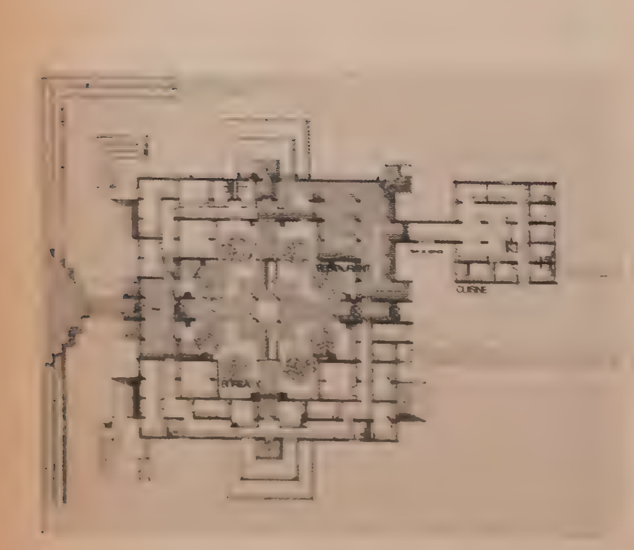


2



3

4



5



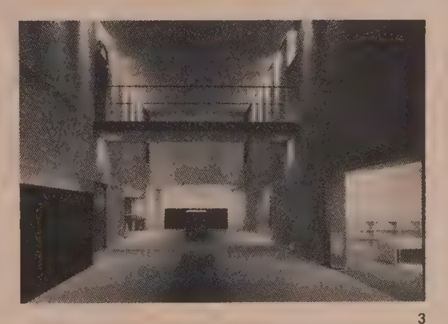
Naritasan Bibliothek und Institut

Architekten: Ken'ichi Iwasaki, Shin Usui, Joshiaki Akasaka

Zu den bedeutendsten Tempeln der japanischen Traditionen des Buddhismus gehört der Naritasan Slunsho-je Tempel.
Angrenzend an die große Halle des Tempels war 1906 eine Bibliothek gebaut worden. Das alte Ziegelstein-Gebäude konnte nicht länger die umfangreiche und wertvolle Sammlung buddhistischer Literatur beherbergen. Das war die Ursache, Projekte zu entwickeln und ein neues Gebäude zu errichten. Der gesamte neue Komplex konnte zur 1050. Gedenkfeier des Tempels im März 1988 übergeben werden. Er umfaßt neben der neuen Bibliothek zur Erforschung der regionalen Kultur auch ein Institut für Buddhistische Studien.
Der neue Gebäudekomplex steht in optischer Verbindung zum alten Tempel, aber nicht unmittelbar angrenzend. Er ist so gestaltet, daß er wie ein Rechteck einen schlichten freien Platz umschließt. Die Westseite mit der großen Halle als Zentrum ist weithin offen und damit ständig zugänglich, die Ostseite ist im Gegensatz dazu geschlossen. Sie beherbergt die neue Bibliothek und ermöglicht ein ungestörtes Arbeiten. Es war ein Bedürfnis die Bibliothek und das Institut räumlich zu verbinden, um die inhaltliche Zusammengehörigkeit zu repräsentieren. Alle Räume des neuen Tempelkomplexes befinden sich in optischer Harmonie zum Tempel, die große Halle in einer Front mit dem offenen Raum ist den traditionellen japanischen Religionsräumen nachempfunden. Alles strahlt Ruhe und Schlichtheit aus, wie es in buddhistischen Tempeln schon immer zu erleben ist.
aus: The Japan Architect 8810

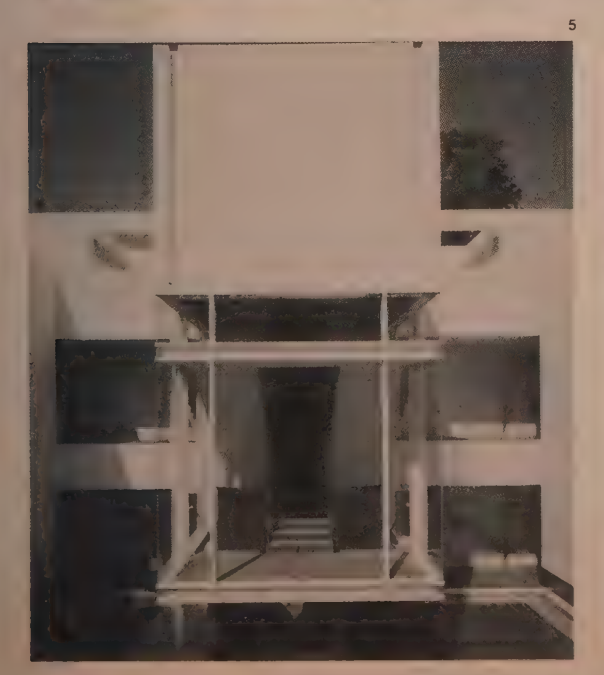

1

2


3


4

1 *Das neue Haus in unmittelbarer Nachbarschaft zum historischen Tempel*
2 *Eingangshalle zum Institut*
3 *Verbindungsflur zwischen Institut und Lesesaal*
4 *Lesesaal*
5 *Detail im Lichthof*
6 *Durchgang zum Garten an der Süd-Front*

5


6


Bücher

Magdeburg – Stadtentwicklung und Wohnmilieu

Soziologische Studie

Hrsg.: Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Sektion Gebietsplanung und Städtebau; Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur. Weimar, Berlin 1987; Teil 1–4, 325 S., 124 Tab., 59 Abb.

Die stadtsoziologische Studie dient der inhaltlichen und methodischen Unterstützung der neuen Phase der Generalbebauungsplanung. Aus der gesamtstädtischen Sicht der sozialen Prozesse wurden die ortkonkreten sozial-kulturellen Erfordernisse der Stadtentwicklung als Voraussetzung einer an der lokalen Spezifik der Lebensweise orientierten städtebaulichen Planung und Reproduktionsstrategie des Bauwesens abgeleitet. Der Teil I behandelt die sozialen Aspekte der generellen Stadtentwicklung nach folgenden Schwerpunkten:
- Historische Entwicklung der Stadt
- Gesellschaftliches Arbeitsvermögen und Entwicklung der Arbeitsstätten
- Bewohnerstruktur und Wohnraumbedarf sowie Ansprüche an die soziale und kulturelle Infrastruktur
- sozialräumliche Beziehungen in der Stadt
- Heimischfühlen und lokale Spezifik des städtischen Milieus
- Soziale Ziele der Stadtentwicklung und Aufgaben der Stadtplanung.

Die Teile II bis IV basieren auf der Untersuchung des Wohnmilieus im Stadtzentrum, im innerstädtischen Wohngebiet „Hasselbachplatz" aus der Gründerzeit, im Wohngebiet „Beimssiedlung" aus den 20er Jahren, im Experimentalwohngebiet „Olvenstedt" und im Dorf Alt-Olvenstedt. Diese Teile behandeln die gebietsspezifischen Besonderheiten, die für die städtebauliche Leitplanung von Interesse sind.
Da die soziale Entwicklung der Stadt als Ganzes als eine Voraussetzung der Generalbebauungsplanung untersucht wurde, sind die Adressaten der Studie nicht allein die städtebaulichen Planungsorgane, sondern vor allem die Räte der Städte als komplexe Führungsorgane und gesellschaftliche Auftraggeber.
Wenngleich die Studie inhaltlich die Stadt Magdeburg zum Gegenstand hat, ist ihre Methodik (mit Ausnahme der soziologiespezifischen Methode der Einwohnergespräche) verallgemeinerbar.
Die Studie ist in der Schriftenreihe der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar Nr. 44 erschienen und ist käuflich zu erwerben über die Redaktion der Wissenschaflichen Zeitschrift und Publikationen, W.-Bode-Str. 1, Weimar 5300.

Dipl.-Ing. Andrea Gaube

Karl Bernert

Umgebindehäuser

1. Aufl. 1988, 208 Seiten, etwa 400 Fotos (45 Farbfotos), etwa 100 Zeichnungen, Pappband zellophaniert, 06500, Ausland 65,– DM

In dem vorliegenden Buch wird in Wort und Bild ein Bestandteil der Architektur vorgestellt und gewürdigt, die speziell der Landschaft der Oberlausitz und Nordböhmens ihr unverwechselbares Gepräge gab. Noch heute prägen Umgebindehäuser das Dorfbild dieser Landschaft, Anlaß genug, in populärer Form die Umgebindebauweise als regionale Sonderform der Holzbauweise darzustellen.
In vier Abschnitte gegliedert:
1. Die Umgebindebauweise
2. Entstehung, Entwicklung und Nutzung der Umgebindebauten
3. Beschreibung der Umgebindebauten
4. Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung, Um- und Ausbau

will das Buch hauptsächlich den Bewohnern von Umgebindehäusern, aber auch interessierten Laien Anregungen für den Umgang mit einer vergangenen Architektur und die sachgerechte Behandlung der wertvollen Zeugnisse der alten Bauweise vermitteln. Einen besonderen Wert erhält das Buch durch seinen hohen Anteil an Abbildungen in Form von Fotos und Skizzen des Autors. Damit wird eine große Anschaulichkeit erreicht. Vor allem die Skizzen bieten die Möglichkeit, einen Zustand sehr detailgetreu darzustellen oder als unmittelbare Anregung zum sachgerechten Handeln zu dienen.

Juan Rodriquez-Lores/
Gerhard Fehl (Hrsg.):

Die Kleinwohnungsfrage

Zu den Ursprüngen des sozialen Wohnungsbaus in Europa,
Hans Christians Verlag, Hamburg 1988

„... nicht die Engelssche, sondern die reformerische Praxis entpuppt sich als illusionär." (S. 28) Damit benennt der Autor des ersten der zwanzig Beiträge den das gesamte Sammelwerk kennzeichnenden kritischen Analyseansatz zum angezeigten Thema. Ein notwendiger Ansatz, wie die Autoren nachweisen, geht es doch in dem vorliegenden 450 Seiten umfassenden Buch um nichts geringeres als einen Beitrag zur Geschichte der Lösung der Wohnungsfrage. Aus einer übergreifenden Position also fragen die Autoren, verbreiteten Pauschalisierungen von Geschichtsbildern entgegentretend – so etwa dem „Mythos der 20er Jahre" (S. 15) – nach den durch die Kapitalismusbildung provozierten frühen Lösungsversuchen der Wohnungsfrage. Ihre Betrachtungen beziehen sich dabei auf die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie auf Deutschland und Westeuropa. Den im Buchtitel implizierten „Antworten" der bürgerlich-reformistischen Lager werden durch die Autoren in drei Teilen systematisch nachgegangen und ihre Wirkungszusammenhänge im sozial-politischen Kontext verdeutlicht:
1. Kleinwohnungspolitik und Städtebau in Deutschland
2. Beispiele kommunaler Kleinwohnungspolitik in Deutschland
3. Kleinwohnungspolitik und Städtebau in anderen europäischen Ländern

Dabei tritt dem Leser ein erstaunliches Arsenal an stadtplanerischen, kommunal- und finanzpolitischen, rechtlichen oder institutionellen Mitteln gegenüber. Sie verdeutlichen, trotz der innewohnenden systembedingten „Quadratur des Kreises" (S. 105), wissenschaftliche Tiefgründigkeit und zeitübergreifende Potenzen. Diese geistigen und z. T. realisierten Leistungen, für die „gemischte Bauweise", „Zonierung" oder „Wohnungsgesetzentwurf" als Stichworte genügen müssen, führen zu dem Schluß, daß sie zugleich die entscheidenden Phasen der Entstehung einer wissenschaftlichen Stadtplanung und der modernen Wohnarchitektur markieren. In einen solchen übergreifenden Betrachtungshorizont, nämlich der disziplinären Herausbildung des Städtebaus" (S. 16 u. 199), fügt sich dieser, die 8. Folge der Reihe „Stadt-Planung-Geschichte" darstellende Band ein. Die zweijährlich stattfindenden „Planungsgeschichtlichen Kolloquien" der RW-TH Aachen bilden die Grundlage der sich fortsetzenden Publikationsreihe. (S. 16)
Die verständliche, durch zahlreiche Originalreproduktionen illustrierte Sprache gewährt dem Leser zu einer höchst aktuellen Frage einen erkenntnisreichen historischen Einblick. Korrespondenzen zu Forschungen in der DDR, Ansätze zu Disputen und weiterführenden Untersuchungen sowie die aktuellen Bezüge tragen, unterstützt durch die typografische Qualität des Buches, zum Reiz der Lektüre bei.

Dr.-Ing. Harald Kegler
Bauhaus Dessau

„Das Architektenrecht – Le droit de l' architecte",

herausgegeben von Peter Gauch und Pierre Tercier, Universitätsverlag Freiburg/Schweiz, 1986, 500 S.

Juristische Literatur für und über Architekten ist nur dünn gesät. Meist behandelt sie nur bestimmte Teilaspekte. Die Universität Fribourg in der Schweiz, die im zweijährigen Zyklus international bekannte Baurechtstage durchführt, legt in einem von Wissenschaftlern und Praktikern verfaßten Sammelwerk ein zwar vom nationalen Rechtszustand ausgehendes, gleichwohl aber Grundfragen der rechtlichen Stellung und Wirkung der Tätigkeit der Architekten umfassend erörterndes Buch vor. Prof. Peter Gauch, bekannt auch durch seinen schon in 3. Auflage vorliegenden systematischen Grundriß zum Werkvertrag, der zusammen mit Prof. Tercier als Herausgeber zeichnet, bringt diese Gesamtheit treffend zum Ausdruck: Sie „tragen dazu bei, den Lebensraum des Menschen zu formen und zu gestalten", ein Zitat übrigens aus der SIA-Norm 102.

Man ist versucht, das zweisprachig deutsch/französisch aufgemachte Buch ein Standardwerk zu nennen. Wenn die insgesamt 13 Autoren in den 14 Kapiteln des Buches nicht zu allen Fragen den gleichen systematischen Ausgangspunkt wählen, so mag das auch an dem Fehlen eines spezifischen oder doch adäquaten allgemeineren Vertragstyps liegen, wie er sich in der DDR als Vertrag über wissenschaftlich-technische Leistungen herausgebildet hat. Die unterschiedliche Qualifikation des Architekturvertrags stellt sich als „Werkvertrag" (soweit er Planung und Projektierung beinhaltet) dar, und als „Auftrag" entspricht er etwa unserem Dienstleistungsvertrag (soweit er Leistungsvergabe und Bauleitung umfaßt). Spätestens beim Gesamtvertrag wird es problematisch, wenn es z. B. um Mängelrügen oder die Vertragsauflösung geht (S. 16). Wenn Gauch dennoch für eine einheitliche Anknüpfung plädiert, die er im „Auftrag" sieht, so steht das im bewußten Gegensatz z. B. zur in der BRD herrschenden Auffassung, die zum Werkvertrag tendiert. Die Praxis versucht, diese Widersprüche mit Spezialbestimmungen, wie in der BRD die „Verordnung über Honorare und Leistungen der Architekten und Ingenieure (HOA)" oder Verbandsnormen, wie den schon erwähnten des „Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA)" zu lösen oder wenigstens zu mildern.

Es kann an dieser Stelle nicht auf weitere, gewiß interessante Rechtsfragen eingegangen werden. Die umfassende Sicht des Buches soll jedoch anhand der Themen der Fachkapitel demonstriert werden.

Nach den einleitenden, die Qualifikation des Architekturvertrages z. T. kontrovers behandelnden Kapiteln (Gauch, Abravanel) geht dann Tercier auf die Vertragsgestaltung ein (S. 47 ff.). Koller behandelt Stufen, Entscheid und Bedingungen von Achitekturwettbewerben (S. 69 ff.). Danach werden die allgemeinen Pflichten (Abravanel) und sehr ausführlich die Haftung für die unterschiedlichen Mängel und Leistungsstörungen (Schumacher) behandelt. Ausgangspunkt ist hier übrigens die Leistungsbeschreibung im Pflichtenheft entsprechend Art. 4 SILA 102 (S. 115). Vollmachten (Schwager) und Honorar (Egli) des Architekten schließen sich an. Leider etwas kurz scheint das Kapitel zum Urheberrecht (Cherpillod/Dessemantet) geraten. Hier hätte man sich auch ein Eingehen auf angrenzende technische Schutzrechte für Ingenieurleistungen gewünscht, auch zum Verhältnis von angestellten Urhebern. Dafür ist die vorzeitige Vertragsauflösung (Tercier), die Stellung des Achitekten als Sachverständiger (Cottier) und das Berufsrecht des Architekten (Knapp) eine interessante Bereicherung. Kapitel zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit (Riklin) und zur Haftpflichtversicherung (Schwager) runden das Gesamtwerk ab, das nicht nur für den Rechtsvergleich, sondern auch für internationale Wirtschaftsbeziehungen wertvolle Informationen und Anregungen enthält.

Dr. sc. jur. G. Berg
Technische Hochschule Leipzig

Beutel, M.; Weigel, W.
Zur Generalbebauungsplanung der Städte 8
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, S. 8–14, 10 Abb.

Anläßlich einer BdA-Bundesvorstandssitzung in Karl-Marx-Stadt untersuchen die Autoren prinzipielle Aspekte und Entwicklungstendenzen der Generalbebauungsplanung der Städte. Die langfristige städtebauliche Planung hat sich als wichtiges Instrument für ein zukunftsorientiertes, planmäßiges und koordiniertes Handeln für die Vervollkommnung von Städtebau und Architektur bewährt. Generalbebauungsplanungen und sie begleitende wissenschaftliche Untersuchungen zur effektiven Flächennutzung, zu Standorten und ihrer Erschließung sind wesentliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung des Wohnungsbauprogramms.

Beutel, M.; Weigel, W.
О разработке генеральных планов застройки городов
Architektur der DDR, Берлин **38** /1989/ 3, стр. 8–14, 10 илл.

По поводу заседания правления Союза архитекторов ГДР в г. Карл-Маркс-Штадте авторы рассматривают принципиальные аспекты и тенденции развития генеральной планировки застройки городов. Долгосрочная градостроительная планировка оправдала себя как важный инструмент для ориентированных на будущее, планомерных и скоординированных действий по усовершенствованию градостроительства и архитектуры. Разработка генеральных планов застройки, а также сопровождающие ее научные исследования по эффективному использованию территорий, по местам размешения и их освоению являются существенными предпосылками для успешного осуществления программы жилищного строительства.

Krettek, R.
Generalbebauungsplanung im Bezirk Karl-Marx-Stadt 15
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, S. 15–19, 14 Abb.

Die Bemühungen um ansprechende Gestaltung in der Serienproduktion, interessante Lösungen in Mischbauweisen, modifizierte Blockbauweisen und teilweise landschaftsgebundene Gestaltungen kennzeichnen den Wohnungsbau im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Erholungsbauten und der Industriebau sind ebenfalls Schwerpunkte der Planung. Für die Arbeit in den 90er Jahren sind u. a. das qualifizierte innerstädtische Bauen als Reproduktionsform, die Modernisierung erhaltenswerter Substanz und in städtischen Mischgebieten mit überwiegendem Produktionscharakter die Überprüfung der Struktur und eine Neuordnung dieser bei großflächigen Ersatzneubaulösungen als Tenzenden relevant.

Krettek, R.
О разработке генеральных планов застройки в округе Карл-Маркс-Штадт
Architektur der DDR, Берлин **38** /1989/ 3, стр. 15–19, 14 илл.

Старания о привлекательном оформлении в серийном производстве, интересные решения по смешанным способам строительства, модифицированные способы блочного строительства и отчасти соответствуюшие ландшафту архитектурные решения характеризуют жилищное строительство в округе Карл-Маркс-Штадт.
Как тенденции для работы в девяностые годы важными являются также улучшенное внутригородское строительство как форма воспроизводста, проверка структуры и ее преобразование при крупномасштабных решениях нового строительства в целях восполнения убыли жилого фонда.

Felz, A.
Landschaftstag Hiddensee 20
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, S. 20–23, 12 Abb.

Seit 1966 wurden in der DDR zu ausgewählten und durch besondere Naturbedingungen gekennzeichneten Territorien Landschaftstage einberufen. Der letzte fand im Oktober 1988 auf Hiddensee statt. Der Einfluß des Territoriums, Möglichkeiten zur Verringerung der Umweltbelastung, die wirtschaftliche Nutzung der landschaftlichen Gegebenheiten zugleich als Beitrag zum Naturschutz, die Verbesserung der baulichen und gestalterischen Situation der Wohnbebauung waren Anliegen des Seminars.

Felz, A.
День ландшафта острова Хиддензе
Architektur der DDR, Берлин **38** /1989/ 3, стр. 20–23, 12 илл.

С 1966 г. в ГДР объявляются дни ландшафта по выбранным и охарактеризованным особенными природными условиями территориям. Последний день ландшафта состоялся в октябре 1988 г. на острове Хиддензе. В центре внимания семинара стояли влияние территории, возможности уменьшения нагрузки окружающей среды, экономическое использование ландшафтных условий одновременно как вклад в охрану природы, а также улучшение строительной и архитектурно-планировочной ситуации жилищного строительства.

Rosenkranz, C.
Zur städtebaulichen Leitplanung von Mittel- und Kleinstädten 24
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, S. 24–26, 3 Abb.

Für die Mittel- und Kleinstädte der DDR mit weniger als 35 000 Einwohnern werden in den nächsten Jahren Leitplanungen ausgearbeitet. Sie sollen Entwicklungsziele und Wege ihrer weiteren Gestaltung in den 90er Jahren klären. Dabei ist die Spezifik jeder Stadt durch Erhaltung, Modernisierung und Erneuerung – besonders der Innenstädte – weiter auszuprägen.
Der Beitrag befaßt sich mit neuen qualitativen Anforderungen an die Leitplanungen im Zusammenhang mit der Entwicklung der für ihre Realisierung notwendigen Baukapazitäten und Bauweisen.

Rosenkranz, C.
О градостроительной руководящей планировке средних и малых городов
Architektur der DDR, Берлин **38** /1989/ 3, стр. 24–26, 3 илл.

В следующие годы будут разрабатываться руководящие планы для средних и малых городов ГДР населением менее чем 35 тыс. жителей. Они должны разъяснить цели развития и пути их дальнейшей архитектурно-планировочной композиции в девяностые годы. При этом специфика каждого города должна дальше формироваться сохранением, модернизацией и обновлением особенно центральных частей городов. Автор статьи занимается новыми качественными требованиями к разработке руководящих планов в связи с развитием необходимых для их реализации производственных мощностей строительных предприятий и способов строительства.

Baganz, G.
CSV – ein neues Verfahren für die Generalbebauungsplanung 27
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, S. 27–29, 5 Abb.

Das computergestützte Simulationsverfahren Generalplanung ist ein Programmsystem für die Simulation strategischer städtebaulicher Entscheidungen auf der Grundlage des am Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie entwickelten Modells städtebaulicher „Repräsentanten" und deren Anwendung für den Planungsprozeß. Es ist gegenwärtig für Wohn- und Mischgebietsflächen realisiert. Die Version 1.0 des Programmsystems ist ein laufzeitoptimierter Prototyp, der über solche Ausstattungsmerkmale wie interaktive Grafik, Steuerung über Pop-Up-Menüs und andere Benutzerhilfen sowie dynamische Funktionstastenbelegung verfügt.

Baganz, G.
Способ симуляции с применением компьютера – новый способ разработки генеральных планов застройки
Architektur der DDR, Берлин **38** /1989/ 3, стр. 27–29, 5 илл.

Способ симуляции разработки генеральных планов с применением компьютера является программной системой для симуляции стратегических градостроительных решений на основе разработанной в Институте градостроительства и архитектуры Академии строительства ГДР модели градостроительных „представителей" и их применение для процесса планировки. Версия 1.0 программной системы является оптимированным на время пробега прототипом, обладающим такими критериями оснащения как интерактивным графиком, управлением при помощи Поп-Уп-меню и другими пособиями пользователей, а также динамическим распределением функциональных клавишей.

Kadatz, H.-J.
Der 1. Bauabschnitt der Karl-Marx-Alle in Berlin – ein Rückblick 30
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, S. 30–33, 14 Abb.

Der weltweit bekannte städtebauliche Raum im Herzen Berlins reflektiert und symbolisiert noch heute eines der lebendigsten Kapitel der Baugeschichte aus den Gründungsjahren der DDR. Der große Elan, mit dem 1952 bis 1956/58 dieser 1,8 km lange zentrumsnahe Boulevard als erstes großes, komplex aufgefaßtes Aufbaugebiet errichtet wurde, gehört zu den Traditionen des Bauwesens der DDR. Trotz des noch relativ niedrigen Standes der technischen Ausrüstungen zeigten sich ab 1952/53 schon erste Ansätze industriellen Bauens, so z. B. in der Kombination der Ziegelbauweise mit vorgefertigten Decken und Stützelementen. Auf dieser Basis wuchs mit der Praxis das industrielle Baudenken, daß dann ab 1955 voll zur Entfaltung gebracht wurde.

Kadatz, H.-J.
Первая очередь строительства ул. Карл-Маркс-Аллее в г. Берлине – ретроспективный взгляд
Architektur der DDR, Берлин **38** /1989/ 3, стр. 30–33, 14 илл.

Всемирно известное градостроительное пространство в центре города Берлина по сей день отражает и символизирует один из замых бурных периодов истории архитектуры со времени оснований ГДР. Грандиозный план, по которому с 1952 по 1956/1958 гг. был возведен этот расположенный вблизи центра бульвар длиной 1,8 км как первый большой и комплексно рассмотренный район строительства, принадлежит к традициям строительства ГДР. Несмотря на еще относительно низкий уровень технического оборудования в 1952/1953 гг. появились первые начала индустриального строительства, так например, в сочетании кирпичной кладки с перекрытиями и опорами заводского изготовления.

Beutel, M.; Weigel, W.
Urban General Planning
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) No. 3, pp. 8–14, 10 illustrations

Basic aspects relating to trends in urban general planning were examined by the authors, with reference being made to a meeting in Karl-Marx-Stadt of the National Executive of the GDR Association of Architects (BdA). Long-range urban planning has proved to be an important instrument for planful, futureoriented, coordinated action, with a view to steady improvement of city design and architecture. General planning and accompanying scientific studies for effective land use and site development were found to be major prerequisites for good success of the national housing construction programme.

Beutel M.; Weigel, W.
8 **Plans d'aménagement généraux pour les villes**
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, pages 9–14, 10 illustrations

La planification urbaniste stipulée à long terme s'est evérée être un instrument efficace pour des activités orientées avenir, dirigées dans un but précis et harmonisées dans leurs détails – condition in idispensable pour le développement ultérieur de l'urbanisme et de l'architecture. Les plans d'aménagement généraux complétés par des documentations scientifiques concernant l'utilisation efficace des terrains disponibles, le choix des emplacements et la mise en valeur de ceux-ci influent décisivement sur la réalisation couronnée de succès du programme de construction de logements.

Krettek, R.
General Planning in Karl-Marx-Stadt Region
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) No. 3, pp. 15–19, 14 illustrations

Housing construction in Karl-Marx-Stadt Region is characterised by efforts for attractive designs in system construction, interesting solutions to mixed-building projects, modification of block building procedures, and landscape-adjusted architecture. Facilities für recreation and industrial buildings are other priorities in planning
Trends in the nineties will include intensified and enhanced building activities in urban centres as an important form of reproduction, modernisation of valuable building stock in mixed urban areas with predominance of industrial buildings, improvement of urban structures, and structural reorganisation with concomitant substitutional construction.

Krettek, R.
15 **Plans d'aménagement généraux pour le district de Karl-Marx-Stadt**
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, pages 15–19, 14 illustrations

Le secteur de la construction de logements au district de Karl-Marx-Stadt deploie des efforts multiples pour mettre au point des éléments intéressants pour la production de séries, des solutions de haut niveau pour des ouvrages mixtes, des systèmes modifiés de construction par blocs et des ouvrages qui s'harmonisent bien avec le paysage environnant.
Dans les années 90, l'accent sera mis sur la construction en site urbain, la réhabilitation de constructions dignes d'être conservées et, sur l'analyse des structures existantes et la réorganisation de celles-ci dans les cas où l'on prévoit l'implantation en grande envergure de constructions de remplacement.

Felz, A.
Hiddensee Landscape Meeting
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) No. 3, pp. 20–23, 12 illustrations

Landscape meetings on selected regional subjects influenced by particular natural conditions have been called in the GDR, since 1966. The latest meeting of that kind was held on Hiddensee Island, October 1988. On the agenda of that seminar were particular effects of the local area, possible approaches to mitigation of pollution, economic utilisation of landscape peculiarities, environmental conservation in general as well as improvements in housing construction in terms of design and architecture.

Felz, A.
20 **Journée du paysage „Hiddensee"**
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, pages 20–23, 12 illustrations

Organisée pour la première fois en 1966, la Journée du paysage est consacrée chaque fois à une autre région du pays présentant des structures territoriales particulières. Le dernier séminaire de ce genre s'est tenu en octobre 1988 sur l'île de Hiddensee. Parmi les sujets ayant figuré sur le programme, il convient de citer les suivants: l'influence des conditions territoriales, possibilité de la réduction des nuisances, le paysage et l'utilisation économique de ses ressources, protection de la nature, amélioration des conditions d'habitat côte construction et côté architecture.

Rosenkranz, C.
Guidance Planning of Medium and Small Towns
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) No. 3, pp. 24–26, 3 illustrations

Guidance plans are going to be prepared in the forthcoming years for the medium-size and small towns of the GDR with less than 35,000 inhabitants. They are intended to define and formulate development goals for the nineties and practicable ways to accomplish them. The local identity is to be more strongly pronounced, in this context, primarily through preservation, modernisation, and renewal of urban centres.
Particular reference is made in this article tonew qualitative demand on guidance planning in terms of building capacity and construction methods.

Rosenkranz, C.
24 **Planification pilote urbaniste pour des villes moyennes et petites**
Architektur der DDR, **38** (1989) 3, pages 24–26, 3 illustrations

Les planifications pilotes pour des villes moyennes et petites de la RDA (moins de 35 000 habitants) dont on prévoit l'établissement ces prochaines années, ont pour tâche de concrétiser les objectifs des années 90 ainsi que les voies à engager pour leur réalisation. Une attention particulière est attachée à conserver le caractère spécifique de chaque ville concernée, ceci par des mesures de conservation, de modernisation et de réhabilitation, notamment dans des zones centrales urbaines.

Baganz, G.
CSV – New Approach to General Planning
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) No. 3, pp. 27–29, 5 illustrations

CSV is the German abbreviation of a computer-assisted simulation method for general planning, a programme system for simulation of strategic town planning decisions on the basis of „representative" town planning models and their use in general planning, as devised at the GDR Academy of Building, Institute of Town Planning and Architecture. It has so far been completed for application to housing and mixed-purpose areas. The 1.0 version of the programme system is a time-optimised prototype with interactive graphic display, pop-up menu control, other user-oriented aids, and function-related keying.

Baganz, G.
27 **SAO – méthode nouvelle pour l'établissement des plans d'aménagement généraux**
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, pages 27–29, 5 illustrations

Le procédé de simulation assisté par ordinateur „planification générale" est un système de programme pour la simulation de décisions stratégiques en matière d'urbanisme. Il se base sur un modèle des „représentants" urbanistes et la mise en valeur de ceux-ci pour le processus de planification. A présent, ce système de programme est disponible pour des zones d'habitation et des zones mixtes. La version 1,0 du système de programme est constituée par un prototype optimisé du temps de marche avec des caractéristiques d'équipement telles que techniques graphiques interactives, commande via des menus de sortie et autres auxiliaires d'utilisation, occupation dynamique des touches de fonctions.

Kadatz, H.-J.
First Phase of Karl-Marx-Allee Project in Berlin – Retrospective Account
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) No. 3, pp. 30–33, 14 illustrations

Karl-Marx-Allee in the heart of Berlin has become world-known, over the past years, reflecting and symbolising one of the most dynamic periods in the building history in the founding years of the GDR. The great enthusiasm with which the 1.8 km boulevard was completed, between 1952 and 1956/58, as the first large, coherent reconstruction area close to the centre of Berlin is one of the traditions of building in the GDR. While the technological standards had been quite low, early approaches to industrialised construction were beginning to show, as of 1952/53. Masonry was combined, for example, with prefabricated floor components and columns for supporting structures.

Kadatz, H.-J.
30 **Karl-Marx-Allee à Berlin – une rétrospective**
Architektur der DDR, Berlin **38** (1989) 3, pages 30–33, 14 illustrations

L'espace urbain bien connu „Karl-Marx-Allee" situé en plein cœur de Berlin symbolise l'une des périodes les plus impressionnantes de l'histoire de bâtiment des années de fondation de la RDA. Réalisé dans les années 1952–1956/58, ce boulevard long de 1,8 km qui s'étend à proximité immédiate du centre-ville s'est taillé une place de choix dans l'histoire du bâtiment de la RDA. Malgré des équipements d'un niveau technique encore peu élevé, on notait déjà à partir de 1952/53 les premiers débuts de la construction industrielle (combinaison de la construction en briques et de plafonds préfabriqués, élements de support).

Neuerscheinungen 1989

Fred Staufenbiel
Leben in Städten



Kleine Reihe
Architektur

Fred Staufenbiel

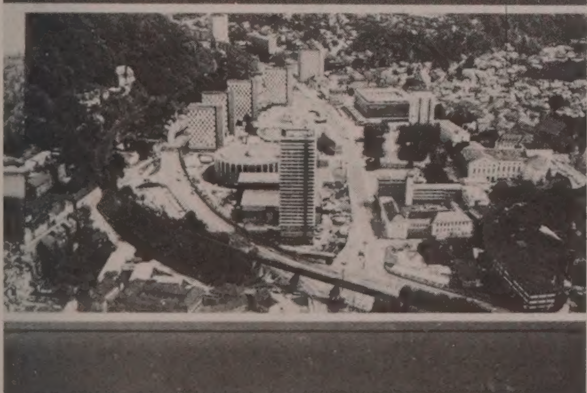
Leben in Städten

Kultursoziologische Aspekte der Stadterneuerung
Kleine Reihe Architektur

1. Auflage 1989, etwa 240 Seiten
mit 87 Abbildungen
und 43 Tabellen,
Broschur,
etwa 12,50 M,
Ausland etwa 18,– DM
Bestellnummer: 562 374 6, ISBN 3-345-00391-0

Aufgrund einer Fülle von kultur- und stadtsoziologischen Untersuchungen werden Zusammenhänge von Lebensweise und Stadtgestaltung, Kulturbedürfnisse und Umwelterleben, Historizität und Innovation in der Stadterneuerung, lokaler Spezifik der Lebensweise in Kleinstädten und Typen städtischen Wohnmilieus behandelt. Der Autor tritt für eine sozial determinierte Stadtplanung zugunsten der komplexen Erneuerung und Umgestaltung innerstädtischer Gebiete ein.





Rudolf Zießler und Autorenkollektiv

Architekturführer DDR – Bezirk Suhl

Herausgeber: Bauakademie der DDR,
Institut für Städtebau und Architektur,
Bund der Architekten der DDR,
Institut für Denkmalpflege in der DDR
1. Auflage 1989, etwa 160 Seiten mit 400 Fotos
und 100 Zeichnungen,
Broschur, etwa 6,– M,
Ausland etwa 9,– DM
Bestellnummer: 562 455 4, ISBN 3-345-00213-2

Der vorliegende Band erscheint in einer nach den Bezirken der DDR gegliederten Reihe. Anhand zahlreicher Abbildungen und knapper textlicher Erläuterungen werden hier bedeutende und interessante Bauwerke aus Vergangenheit und Gegenwart gleichermaßen vorgestellt. Die Auswahl der Objekte und Ensembles erfolgt nach ästhetischen, kulturhistorischen und städtebaulichen Gesichtspunkten in der Reihenfolge bewährter Besichtigungsrouten.

VEB Verlag für Bauwesen
Postfach 1232
Berlin
DDR - 1086
Ihr Fachverlag für Städtebau
Architektur · Wissenschaft
und Technik des Bauwesens

ISSN 0323-3413